

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 20) 24 1-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Filialblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Mr. Dänemark 8,00 Mr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr.
Großbritannien 65 P. Italien 1300 L. Jugoslawien 750,00 Din. Luxemburg 28,00 Mr.
Niederlande 2,00 Mr. Norwegen 7,50 Mr. Österreich 13,50 Sch. Portugal 100 Esc.
Schweden 6,50 Skr. Schweiz 1,50 Fr. Spanien 135 Ptas. Kaparische Inseln 150 Ptas

TAGESSCHAU

POLITIK

Menschenrechte: In ihrem Brief an Präsident Reagan berufen sich die sechs Deutschen, die in der amerikanischen Botschaft bei der „DDR“ in Ost-Berlin um Asyl nachgesucht haben, auf die in der UN-Charta vorgesehenen Menschenrechte. Die sechs hatten vergeblich versucht, eine Ausreisegenehmigung aus dem SED-Staat zu bekommen. (S. 1 und 3)

Generals-Treffen: Generalinspektor Altenburg hat die kommandierenden Generale und Admirale der Bundeswehr für Dienstag nach Bonn befohlen, um sie über den Fall Kießling zu unterrichten. Verteidigungsminister Wörner ist zu einer Aussprache mit Kießling bereit.

Rücktritt: Der amerikanische Justizminister William F. Smith (68) hat Präsident Reagan sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Dem Vernehmen nach stand Smith unter keinem Druck, den Ministerposten aufzugeben; er will wieder als Anwalt arbeiten.

Nixon mahnt: Der ehemalige Präsident fordert Moskau auf, mit einem Eingehen auf das Verhandlungsangebot Präsident Reagans nicht bis nach dessen Wiederwahl (im Herbst wird in USA gewählt) zu warten.

Spion im Ministerium: Auf dem Weg ins Ausland, um sich dort mit Vertretern des sowjetischen Geheimdienstes KGB zu treffen, wurde auf dem Flughafen Oslo der Pressechef des norwegischen Außenministeriums, Arne Treholt (42) festgenommen.

FDP, Wirtschaftspartei: Der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Morlok bezeichnet seine Partei auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzing als „Wirtschaftspartei“.

Heute: EG-Außenminister tagen zum ersten Mal unter französischer Präsidentschaft. Präsident Mitterrand und Premierminister Thatcher beraten in Paris über EG-Haushalt. - US-Kongress nimmt nach zweimonatiger Pause die Arbeit wieder auf. - Argentinisch-chilenische Gespräche über den Beagle-Kanal im Vatikan.

Gastgeschenk für Israel

„Das Ziel ist hoch, der Weg ist weit, und mes bons Juifs sind zuweilen recht mutlos“ – das schrieb Theodor Herzl 1897 über seinen Traum eines Judenstaats. Das Zitat findet sich in einem der drei kürzlich aufgefundenen Briefe Herzls, die Bundeskanzler Kohl bei seinem morgen beginnenden Besuch in Israel als Gastgeschenk mitbringt. Die WELT veröffentlicht die Briefe erstmals im Wortlaut. S. 3 und 13

WIRTSCHAFT

Brock kritisiert EG: Der Handelsbevollmächtigte des Weißen Hauses wendet sich gegen die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft in Europa, die zu einer Subventionierung der Agrarprodukte und zum Niedergang der Stahlindustrie geführt hätten. (S. 7)

Brasilien-Kredit: Das Paket mit einem Volumen von 6,5 Milliarden Dollar soll am Freitag unterzeichnet werden, bestätigt die Citibank in New York.

Lautke für KKW: Der Direktor der Internationalen Energieagentur kritisiert die Entwicklung in den USA, die zu Versteigerung der Kernkraftwerke führt. In Europa seien in der Grundlast noch immer Kostenvorteile der Kernenergie erkennbar. (S. 7)

Autokonjunktur: 1983 rollten mit 2 426 774 Fahrzeugen 12,6 Prozent mehr Neuwagen auf die Straße als 1982. Spitzenreiter blieb der VW-Konzern.

ZITAT DES TAGES



„Wir befinden uns nicht etwa in einer größeren Gefahr. Wir sind einem Krieg nicht näher gekommen, als wir es vor einigen Jahren schon waren.“

Präsident Ronald Reagan in einem Interview der „Washington Post“ zum dritten Jahrestag seines Amtsantritts. FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Roger Bini: Der französische Schauspieler und Regisseur, international vor allem durch seine Aufführungen Becketts und Genets bekanntgeworden, ist 78-jährig in Paris an Herzversagen gestorben.

Magnet-Wirkung: Änderungen des natürlichen Magnetfeldes können über die Zirkuläre des Sehsinns – vor allem in der Dämmerung – beeinflussen, wurde an der Universität Münster herausgefunden.

SPORT

Fußball: Der VfB Stuttgart, bisher hoher Favorit auf die Meisterschaft, verlor zum Auftakt der Bundesliga-Rückrunde in Braunschweig 0:1 und wurde von München überholt. (S. 10)

Ski alpin: Maria Epple belegte im Weltcup-Slalom von Verbier den zweiten Platz hinter Anni Kronbichler aus Österreich. Den Slalom von Kitzbühel gewann Ghardehli.

Ski nordisch: Peter Angerer gewann nach seinem Sieg über 20 km auch das 10-km-Rennen im Biathlon-Weltcup. Die Staffel der Bundesrepublik wurde Zweite hinter der DDR.

AUS ALLER WELT

Kältewelle: Die USA werden zur Zeit von der zweiten Kältewelle dieses Winters heimgesucht. In Colorado fiel das Thermometer auf 37 Grad Celsius unter Null. Mindestens 30 Tote. In Großbritannien wurde Nord-Schottland von schweren Schneestürmen „zugedeckt“. (S. 14)

Tarzan: Johnny Weissmüller, der wohl bekannteste Darsteller des Dschungel-Films, ist 78-jährig in Acapulco gestorben. (S. 14)

Wetter: Im Nordosten trocken und kalt, sonst nass. Im Westen bis plus vier Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Was sich Kolumbiens Militärs von Präsident Betancur erwarten S. 2
- Wohnkultur:** Gelsenkirchener Barock bis Postmoderne; Abschluss der Kölner Möbelmesse S. 3
- Hessen:** Beifall für den „neuen“ Wallmann; kämpferische Rede des hessischen CDU-Chefs S. 4
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 5
- Fernsehen:** Mit Moral zum Erfolg; Porträt des Film- und Fernsehregisseurs Wolf Gremm S. 6
- Schnee und Glotzels** behindern den Verkehr der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungsanlieferung.

Hilferuf der sechs Deutschen an Reagan beschäftigt Washington

Verhalten Ost-Berlins wird als Test für Ost-West-Klima gewertet

TH. KIELINGER, Washington
Mit äußerster Diskretion behandelt das amerikanische Außenministerium den Fall der sechs „DDR“-Bürger, die sich seit Freitag in der US-Botschaft in Ost-Berlin aufhalten und dort um politisches Asyl nachgesucht haben. Die sechs hatten am Freitag nachmittags das Foyer der Botschaft betreten und sich anschließend geweigert, das Gebäude zu verlassen, als die Mission routinemäßig um 17.30 Uhr ihre Pforten für die Öffentlichkeit schließen wollte.

Der Fall hat eine besondere politische Note bekommen durch einen Brief, den die Asylanter an Ronald Reagan geschrieben haben, und in dem sie den US-Präsidenten um „Schutz vor Verfolgung durch die ostdeutschen Sicherheitsorgane“ bitten. „Wir werden“, so schreiben sie, „diskriminiert, weil wir in den Genuss von Rechten kommen wollen, die für alle Menschen in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen sind und die für alle Amerikaner selbstverständlich sind.“

Dieser Appell könnte, wie man es in Washington sieht, früher als erwartet zum ersten Test für die Hoffnungen werden, die sich im Zusammenhang der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen (KVAB) um eine Verbesserung des Ost-West-Klimas ranken. Eine umgängliche Behandlung des Falls durch die Ostberliner Behörden würde nach Washingtoner Auffassung signalisieren, daß der Osten auf Zeichen westlicher Kooperations- und Dialogbereitschaft einzugehen gewillt ist, die in der vergangenen Woche zum ersten Test für die Hoffnungen werden, die sich im Zusammenhang der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen (KVAB) um eine Verbesserung des Ost-West-Klimas ranken.

Reagan spielte damit auf den berühmten Fall von sieben russischen Asylantern an, Mitgliedern der „Pentakostalen“, einer protestantischen Minderheitenkirche in der Sowjetunion, die insgesamt fünf Jahre in der amerikanischen Botschaft in Moskau zubrachten, ehe der Kream ihnen im letzten Sommer die Ausreise in die USA gestattete.

Das sowjetische Nachgeben in jenem Fall gehörte im letzten Jahr zu den vielen Indizien, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sich zu verbessern schienen. Im August 1983 hatten beide Seiten ein langfristiges Getreideabkommen geschlossen, und Gespräche über die Wiederaufnahme kultureller und erweiterter konsularischer Beziehungen standen bevor. Dieser Annäherungsprozess wurde durch den Abschluß des koreanischen Passagierflugzeuges am 1. September 1983 abrupt abgebrochen. Die amerikanische Seite sieht den Fall der sechs mitteldeutschen Asylanter daher als eine Frage des östlichen Fortschritts.

SEITE 3:
Und notfalls wollen sie hungern

che – angefangen mit der Rede Präsident Reagans – deutlich artikuliert worden sind. In seiner Rede hatte der Präsident darauf hingewiesen, daß „Verletzungen der Menschenrechte mehr als jedes andere Thema dazu beigetragen haben, Mißtrauen... in unsere Beziehungen zur Sowjetunion zu bringen“. Andererseits zeige die Erfahrung, „wie größerer Respekt für die Menschenrechte zu Fortschritten auch in anderen Bereichen der sowjetisch-

amerikanischen Beziehungen führen kann.“ Reagan spielte damit auf den berühmten Fall von sieben russischen Asylantern an, Mitgliedern der „Pentakostalen“, einer protestantischen Minderheitenkirche in der Sowjetunion, die insgesamt fünf Jahre in der amerikanischen Botschaft in Moskau zubrachten, ehe der Kream ihnen im letzten Sommer die Ausreise in die USA gestattete.

Das sowjetische Nachgeben in jenem Fall gehörte im letzten Jahr zu den vielen Indizien, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sich zu verbessern schienen. Im August 1983 hatten beide Seiten ein langfristiges Getreideabkommen geschlossen, und Gespräche über die Wiederaufnahme kultureller und erweiterter konsularischer Beziehungen standen bevor. Dieser Annäherungsprozess wurde durch den Abschluß des koreanischen Passagierflugzeuges am 1. September 1983 abrupt abgebrochen. Die amerikanische Seite sieht den Fall der sechs mitteldeutschen Asylanter daher als eine Frage des östlichen Fortschritts.

Reagans Bilanz: Welt wurde sicherer

Präsident sieht USA von Verbündeten und Gegnern wieder respektiert / Wirtschaftsboom

AFF/rtr, Washington
Mit einer positiven Bilanz seiner Politik hat US-Präsident Ronald Reagan am Wochenende den dritten Jahrestag seiner Amtseinführung begangen. Vor mehreren hundert Mitarbeitern zeigte sich Reagan zuversichtlich, daß die Sowjetunion die unterbrochenen Genfer Abrüstungsverhandlungen wieder aufnehmen werde.

In einem Interview mit der „Washington Post“ erklärte der Präsident, niemand gebe gern vor Vollendung seiner Arbeit auf. Er bekräftigte deshalb seine Absicht, bei den Präsidentschaftswahlen am 8. November erneut für die Republikanische Partei zu kandidieren. Als seine künftigen Ziele nannte Reagan die Fortsetzung des Friedens- und Abrüstungsprozesses, die Reform des Budgetsystems, die Wiedereinführung des Gebets in den Schulen und die Abschaffung des legalen Schwangerschaftsabbruchs.

Reagan sagte gegenüber der Zeitung, er glaube, daß die Welt seit seinem Amtsantritt sicherer geworden sei. „Wir befinden uns nicht etwa in einer größeren Gefahr. Wir sind

einem Krieg nicht näher gekommen, als wir es vor einigen Jahren schon waren“, erklärte er. Diese Überzeugung gründe er auf den militärischen Aufbau, der sich in den vergangenen drei Jahren in den USA vollzogen habe, betonte der Präsident. Die Sowjets seien realistisch genug, um einzusehen, daß ein Krieg mit den USA ihnen unannehmbare Schäden zufügen würde. Er glaube, die Amerikaner hätten wieder mehr Vertrauen in die Stärke ihres Landes, da die USA in ihren militärischen Bemühungen gegenwärtig mit der Sowjetunion gleichzögen.

Reagan betonte, die USA hätten eine „geistige Erneuerung“ gebraucht und würden heute von ihren Nachbarn, Verbündeten und Gegnern respektiert. „Die Amerikaner haben jetzt Vertrauen, wie ihre Reaktion nach unserer gelungenen Aktion in Grenada gezeigt hat“, sagte Reagan. Seinen harten Ton gegenüber Moskau begründete der Präsident damit, daß die Sowjets „realistisch“ behandelt und von dem Gedanken abgebracht werden müßten, ein Abkommen könne mit einem Handschlag besiegelt werden.

In seiner wöchentlichen Rundfunksprache erklärte Reagan außerdem, in den USA sei gegenwärtig einer der stärksten Wirtschaftsaufschwünge seit den 60er Jahren im Gange. Zur Sicherung dieses Trends sei jedoch eine weitere Kürzung der öffentlichen Ausgaben notwendig. Reagan sagte, das für 1985 auf etwa 180 Milliarden Dollar geschätzte Defizit im US-Budget könne durch Steuererhöhungen oder durch Ausgabenkürzungen sowie Wirtschaftswachstum verringert werden.

Der ehemalige Präsident Nixon setzte sich in einem Presseinterview für ein „neues Verhältnis“ in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ein. Grundlage dafür könne eine „realistische, abschreckende Entspannungspolitik“ sein. „Detente“ (Entspannung) sei ein schlechtes Wort, da es nur allzu oft mit „Entente“ verwechselt werde. „Detente“ lasse „nicht mehr, aber auch nicht weniger zu als Beziehungen zwischen zwei Gegnern“. Moskau, so Nixon, täte „besser daran, mit Präsident Reagan jetzt zu verhandeln, als bis nach seiner Wiederwahl zu warten“.

Generals-Treffen über Fall Kießling

Wörner gesprächsbereit mit dem Pensionierten: Schaden von der Bundeswehr abwenden

RÜDIGER MONTAG, Bonn
Eine Begegnung zwischen dem vorzeitig pensionierten General Günther Kießling und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner ist in den Bereich des Möglichen gerückt. Führende Politiker in der Union, die sich gegenüber der WELT äußerten, aber ungenannt bleiben wollten, halten ein Gespräch zwischen beiden für einen guten Weg, um diese Affäre, die das Ansehen der Bundeswehr schwer beschädigt und die Stellung der Bundesrepublik unter den NATO-Verbündeten stark schwächen, schließlich doch noch zu entschärfen.

Die Bereitschaft zu einem Gespräch mit dem von ihm vorzeitig zur Ruhe gesetzten General, das nach Ansicht Informierter noch vor der ersten Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses kommenden Donnerstag stattfinden könnte, bekundete auch Minister Wörner am Wochenende abends. Dies hatte er nach seinen Worten seit letztem September getan, als er Kießling im Beisein des Generalinspektors Altenburg mit dem Verdacht konfrontierte, wegen der Hinweise auf seinen angeblichen Umgang in einem undurchsichtigen Kölner Milieu möglicherweise für die Arbeit mit Geheimmaterial ein Sicherheitsrisiko zu sein. Mit seiner wieder geäußerten Bereitschaft, Kießling zu empfangen, reagierte Wörner auf einen offenen Brief des Generals, den die „Bild“-Zeitung am Samstag veröffentlicht hatte und in dem es hieß, der Schaden für die Bundeswehr werde von Tag zu Tag größer. „Deshalb appelliere ich an Sie, lassen Sie uns aufeinander zugehen. Geben Sie

ihm den Wunsch des Generals nicht scheitern. Unterredungen wurden über das Wochenende in den Bundestagsfraktionen die Vorbereitungen für die erste Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorangetrieben. Am Donnerstag will der Ausschuß über die zur Klärung der Umstände, die zur Entlassung Kießlings führten, notwendigen Beweisanträge beschließen. Wie es im Bundestag hieß, dürfte die erste Sitzung „sehr kontrovers“ werden und deshalb sehr schnell nach der Eröffnung in „nichtöffentlicher Form“ tagen. Schon für morgen sind die kommandierenden Generale der Bundeswehr von Generalinspektor Altenburg zu einer Besprechung nach Bonn beordert worden. Altenburg will dabei von den ranghöchsten Offizieren erfahren, wie die Generalsaffäre in der Truppe selbst aufgenommen wird. Gleichzeitig will der Generalinspektor den verantwortlichen Offizieren Einzelheiten erläutern, die zur Entlassung Kießlings führten, und will auch über Verlauf und Ergebnisse

SEITE 2:
Mut zur eigenen Meinung

mir meine Ehre wieder. Das wird auch Sie ehren.“ Darauf erklärte Minister Wörner in der „Bild am Sonntag“. „Ich war immer bereit, mit General Kießling zu sprechen. Ich bin es auch jetzt, obwohl der von ihm gewählte Weg, mir dieses Gespräch in einem offenen Brief anzubieten, zur Skepsis Anlaß gibt.“ Wenn Kießling wie er, Wörner, selbst bereit sei, Schaden von der Bundeswehr abzuwenden, werde an

Fortsetzung Seite 6

Andropow befördert seine Vertrauten

AFF/rtr, Moskau
Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat erneut demonstriert, daß er trotz seiner schweren Krankheit immer noch seine politischen Vorstellungen durchzusetzen weiß. Bereits die ersten Ergebnisse der Abstimmung über die Besetzung der 157 Regionalkomitees in der sowjetischen KP weisen auf starke personelle Veränderungen an der Parteibasis hin. 38 der 157 regionalen Spitzenfunktionäre sind in den Ruhestand oder in ein anderes Regionalkomitee versetzt worden.

Obwohl erst rund die Hälfte der Ergebnisse bekannt geworden ist, zeichnen sich zwei Tendenzen ab: Betroffen von den Ablösungen sind vor allem alte Funktionäre, die Mitte der 60er Jahre zu Beginn der Breschnew-Ära eingesetzt worden waren. Damit werden Plätze mit politischer Verantwortung für Andropow-Vertraute frei. Zum anderen hat es der Parteichef aber verstanden, einige auch mit schweren Vorwürfen belastete Funktionäre nicht durch Rückstufungen zu verprellen. Die Betroffenen wurden nur in andere Städte versetzt oder auf gleicher Rangstufe zwischen Partei und Verwaltung ausgetauscht.

Ziel des Kreml-Chefs bei den Umbesetzungen scheint es u. a. zu sein, die Bildung von „Freundeskreisen“ an der Parteibasis zu verhindern, die zu einer Gegenmacht und einer Gefahr für ihn werden könnten. Bereits Chruschtschow hatte sich dieser Strategie bedient, während Breschnew eher auf die Stütze der politischen Verhältnisse gesetzt hatte. Da etwa zwei Drittel der Regionalfunktionäre einen Sitz im Zentralkomitee der KPdSU haben, will Andropow

offensichtlich bereits heute die für 1986 anstehenden Wahlen zur Neubesetzung des ZK personell vorbereiten.

Die anscheinend immer noch ungebrochene Macht des kranken Kreml-Chefs haben auch fünf sowjetische Minister zu spüren bekommen, denen öffentlich im Parteibüro die „Disziplinlosigkeit“ ihnen unterstehender Betriebe vorgeworfen wurde. Beobachter gehen davon aus, daß mit der Kritik an ihnen über mangelhafte Umweltschutzmaßnahmen in der westsibirischen Stadt Kemerowo ein Exempel statuiert werden soll. Andere Industrieregionen sollen sich anscheinend davon ebenfalls angesprochen fühlen. Auch im Bereich Umweltschutz hatte Andropow Ende Dezember selbst die Initiative ergriffen und die „Aufgabe von großer sozialer Tragweite“ in die Diskussion eingeführt.

DER KOMMENTAR

In Deutschland

HERBERT KREMP

Die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin wird belagert von Medien und Polizei. Aber man grüßt sich nicht Unter den Linden; denn die sechs Bürger, die in der amerikanischen Botschaft um Asyl nachsuchten, wollen nichts anderes als das System verlassen, das ihnen die Ausreise verweigerte, einige mit Haft bestraft und alle einer Entmündigung unterwarf, die sie, stellvertretend für die Deutschen dort, in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten als „unerträglich“ bezeichneten.

Für die Deutschen in der „DDR“ und für viele in der gesicherten Freiheit der Bundesrepublik ist diese Charakterisierung nichts Neues. Man kennt die Art der Entmündigung im realen Sozialismus, denkt aber vielleicht gerade deswegen nicht immer darüber nach. Es gibt eine Gewöhnung an die Entmündigung, leider. Deshalb fördert die Tat der Sechs Erkenntnis aus der Vergangenheit hervor. Die Lage der Nation wird sichtbar, das Unakzeptable, das nicht Anerkennungswürdige, das im Brei der Gleichgültigkeit verrottet zu werden droht.

Dies ist wichtig. Wichtig ist auch die Beobachtung, daß einige der Asyl-Suchenden familiär dem inneren Kreis des Systems entstammen. Die Eltern sind für den Staatssicherheitsdienst, die Agentur der Tyrannei, tätig. Also: Die Revolution entläßt ihre Kinder, wie Wolfgang Leonhard schon 1955 schrieb. Was sich auf unserer Seite in den mehr oder weniger heftigen Formen des „Generationenkonflikts“ abspielt, führt in totalitären Systemen allemal zur Spaltung im gesellschaftlichen Nukleus: in der Familie. Das war schon im Nationalsozialismus so.

Am wichtigsten ist jedoch ein Drittes. Die Asyl-Suchenden in der Botschaft und der schriftliche Appell an Ronald Reagan tragen das realistische Bild des realen Sozialismus in Deutschland in die Vereinigten Staaten. Dort erlebt man auf einmal deutsches Volk, während man sonst nur noch eine „zweite deutsche Regierung“ im Blick hat. Die Substanz dessen, was unbeholden „deutsche Frage“ genannt wird, tritt in den Vordergrund. Und sie erweist sich in der Tat als das, was sie ist: als die Frage der Freiheit.

USA erwarten Anschlag durch Kamikazeflieger

AFF/rtr, Beirut/Washington
Die USA befürchten nach der Serie blutiger Terroranschläge mit Sprengstoffautos in Libanon jetzt Selbstmordangriffe mit Flugzeugen auf ihre vor der libanesischen Küste und im Persischen Golf kreuzenden Kriegsschiffe. Ein hoher Regierungsbeamter in Washington erklärte, in Einzelteile zerlegte Kleinflugzeuge des amerikanischen Typs F-33 seien vor kurzem aus Iran über Syrien nach Libanon geschickt worden. Zugleich seien „zum Selbstmord bereit“ Piloten ausgebildet worden. Nach Presseberichten werden die US-Schiffe in aller Eile mit „Stinger“-Luftabwehrraketen ausgerüstet.

Der Regierungsvertreter kündigte Präventivschläge an, die gegen die Terroristenbasen in Libanon geführt würden, sobald die Stellungen der Kamikaze-Flugzeuge identifiziert seien. Amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F-14 führten nach amtlichen Angaben am Sonntag über Beirut und dem Schuf-Gebirge Aufklärungsflüge durch.

Gegenüber der „Washington Post“ erklärte Präsident Reagan, Washington würde einen durch Terroranschläge und Druck auf die öffentliche Meinung in den USA erzwungenen Abzug der 1800 amerikanischen Marine-Infanteristen aus Libanon als „Katastrophe“ betrachten. Die Terroristen, so Reagan, wollten die multinationale Friedenstruppe vertreiben, da sie gegen ihre Umsturzziele nicht verwirklichen könnten. Das italienische Kontingent der Truppe wurde am Wochenende um 600 auf 1560 Soldaten reduziert.

Shultz: Wiener MBFR-Gespräche ab 16. März

AFF/Washington
Die Verhandlungen über eine Verringerung der konventionellen Streitkräfte in Europa (MBFR) werden am 16. März in Wien fortgesetzt. US-Außenminister George Shultz teilte gestern in einem Fernsehinterview mit, die Vereinigten Staaten seien damit auf einen entsprechenden sowjetischen Vorschlag eingegangen. Shultz betonte jedoch, er wisse nicht, ob und wann die Sowjetunion die Gespräche über die Kontrolle der atomaren Rüstung weiterführen würde.

Shultz betonte, die Wiener Verhandlungen könnten nur dann erfolgreich sein, wenn es eine Einigung über „angemessene“ Maßnahmen zur Festsetzung der tatsächlichen Stärke der konventionellen Streitkräfte und die Überprüfung der erzielten Vereinbarungen ermöglichten.

Sowjetische Pläne für ein regionales Abkommen über das Verbot von chemischen Waffen in Europa lehnte Shultz unter Hinweis auf die schwierige Überwachung ab. So könnten chemische Waffen leicht an einen anderen Punkt transportiert werden. Die Amerikaner seien daher für eine globale Vereinbarung, sagte der Außenminister.

Shultz vertrat in dem Interview ferner die Auffassung, daß sich die Gefahr eines atomaren Konfliktes verringert habe, denn die Vereinigten Staaten von Amerika seien sicherheitsbewußter und dadurch „stärker“ geworden. Die USA befänden sich daher gegenüber der Sowjetunion auch in einer „besseren“ Verhandlungsposition.

Wir fliegen mit DEL der

Lufthansa

Abenteuern Sie mal!
WEEKEND auf SYLT

Abflug jeden SAMSTAG von DÜSSELDORF um 9.50 Uhr mit Anschluss von FRANKFURT, NÜRNBERG, STUTTGART, MÜNCHEN, Rückflug von Sylt Sonntag 16.10 Uhr. Reisezeit bis 31. 3. 84.

Unterbringung im Hotel SYLT PLAZA, Westerland. Komfortabel eingerichtet. Zimmer mit Bad/WC, Farb-TV, Video, Radio, Telefon, Minibar, Zimmerservice, Restaurant im Hause, Bar, Kuraxa, Transfer, Unterbringung im Doppelzimmer.

REISEPREIS ab Düsseldorf pro Person
(1 Übernacht., 1 Frühstück, 2 warme Mahlzeiten)
Zuschlag EZ: + 10,- DM
Verlängerung möglich

DM 449,-

Die Inexpensivisten

Sylt

TOURIST

REISEBÜRO

2280 Westerland Tel.: 04851 - 880
4300 Essen 1 Tel.: 0201-231086
6000 Frankfurt Tel.: 0611-745007

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ayatollah-Syndrom

Von Rolf Götz

Nach im Keime muß König Hassan von Marokko die „Revolution um das Brot“ ersticken, will er sein System der modernen Theokratie vor dem Ansturm des archaisch-primitiven Islam der Ayatollahs schützen. Denn darum geht es in Nordmarokko wie vorher in Tunis. In Tunesien gahen gestiegene Brotpreise den Anlaß, in Nador und Tetuan die Unterbrechung des illegalen und halblegalen Handels mit den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. In beiden Fällen genügte der Anstoß um das Teheran-Syndrom aufbrechen zu lassen. In Marokko noch deutlicher erkennbar als in Tunis. Denn weder die Opposition noch die Gewerkschaften stehen hinter den Unruhen.

Marokko leidet in Armut. Ein Bevölkerungszuwachs von jährlich sechs Prozent ließ die Arbeitslosigkeit auf weit über 30 Prozent steigen, wenn auch die Begriffe nicht den gleichen Stellenwert haben können wie bei uns. Und so sind es denn die Jugendlichen, die zuerst rebellieren. Die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt.

Der Armut stehen Korruption und Reichtum gegenüber. Aber Marokko dürfte dennoch weiter fortgeschritten sein als alle anderen vergleichbaren Länder. Es gibt Parteien – die immer mal wieder verboten werden; zwei Minister sind Sozialisten und im Frühjahr sollte ein neues Parlament gewählt werden. Es gibt eine verhältnismäßig freie Presse, die – wie jetzt – allerdings nicht immer sagen kann was geschieht. König Hassan muß dazwischen jonglieren. Er weiß, daß die Modernisierung, wie sie der Schah in Persien betrieb, auf blanken Haß stößt, daß am Ende einer Aufklärungskampagne demokratischen Stils nicht der Fortschritt, sondern ein religiöser Fanatismus obliegen würde, der alles zerschlägt.

So geht denn Hassan II. den eigenen Weg eines ungeliebten Kalifen des Elektronik-Zeitalters. Denn – und das befürchtet keiner mehr als die Nachbarschaft im Maghreb, ob nun sozialistisch orientiert wie Algerien und Libyen oder nicht wie Tunesien oder halb wie Mauretanien – wenn in Marokko das Feuer auflodert, dann greift es auf den ganzen Norden Afrikas über.

Großer roter Bruder

Von Carl Gustaf Ströhm

Über George Orwells „1984“ wird nicht nur im Westen diskutiert. Neuerdings befassen sich auch die offiziellen Medien einiger Ostblockländer mit dem Mann, der Begriffe wie „Gedankenpolizei“ oder „großer Bruder“ weltweit zu Synonymen für den Totalitarismus gemacht hat.

Erstaunlich ist allerdings, daß in den Ländern des realen Sozialismus offenbar keine einheitliche Meinung über Orwell herrscht. Es gibt inzwischen auch im Osten einflußreiche Stimmen, die Orwells Buch für gut, richtig und notwendig halten. So hat die Budapest Literaturzeitung „Elet es iradalom“ gefordert, „1984“ – das bisher in allen kommunistischen Staaten mit Ausnahme Jugoslawiens verboten ist – solle in Ungarn gedruckt werden. Das Buch habe nämlich seine „omnise politische Aktualität“ verloren, argumentiert die ungarische Zeitung. Allenfalls in der Sowjetunion zur Zeit der Stalins-Ara habe es gewisse Tendenzen gegeben, die an das Buch erinnerten. Aber Orwells „1984“ sei nicht spezifisch gegen die Sowjetunion gerichtet.

„Elet es iradalom“ meint sogar, Orwell habe viel eher gewisse negative Tendenzen im Westen anprangern wollen. Im übrigen hätten sich die düsteren Prophezeiungen Orwells nicht erfüllt. Sein Buch sei also eine Utopie oder Anti-Utopie – so wie Swifts „Gulliver“.

Ganz anders allerdings als die Budapest Literaturzeitung hat das Moskauer Regierungsblatt „Iswestija“ auf Orwell reagiert. Der Autor wird vom sowjetischen Regierungsblatt als „Abtrünniger des Sozialismus“, ja nach bester stalinistischer Manier sogar als „Spion reaktionärer Kreise“ beschimpft. Höhepunkt der sowjetischen Philippika gegen Orwell ist die Feststellung, daß sich im Amerika Ronald Reagans – „dem Zentrum des Bösen in der Welt“, wie es in der „Iswestija“ heißt – all das verwirklicht habe, was ursprünglich Orwell dem Sozialismus habe anlasten wollen.

Dies wiederum erinnert an ein in der Sowjetunion – wo „Iswestija“ Nachrichten bedeutet und „Prawda“ Wahrheit – beliebtes Wortspiel: In den Nachrichten ist keine Wahrheit.

Feldweibel am Ende

Von Manfred Neuber

Nach Grenada bald Surinam? Das Terrorregime in dem südamerikanischen Staat liegt offenbar in den letzten Zügen. Vier Wochen vor dem vierten Jahrestag seiner Machtübernahme ist der Militärdiktator Desi Bouterse völlig isoliert.

Wie ein böser Spuk war 1980 die „Revolte der Feldweibel“ über die frühere niederländische Besitzung hereingebrochen. Ein Massaker an Führern der Opposition im Dezember 1982 schockierte die Weltöffentlichkeit.

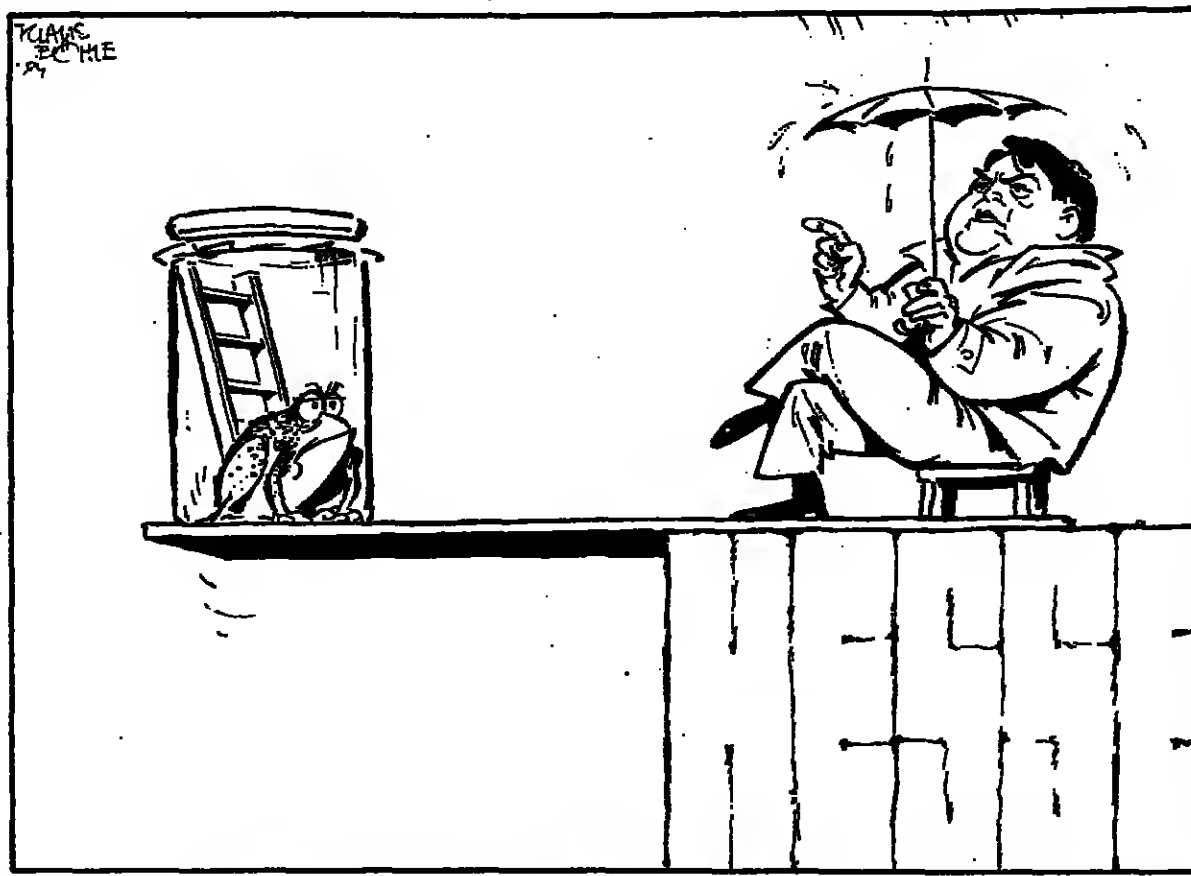
Die Radikalisierung in Paramaribo führte Bouterse und Fidel Castro zusammen. Vor einem Jahr begann Kuba, Surinam als Sprungbrett für seine subversiven Pläne in Südamerika zu nutzen. Washington hielt ein waches Auge auf die beunruhigende Entwicklung.

Das Eingreifen der Amerikaner auf Grenada, wo Castro einen Stützpunkt aufbaute und ein revolutionäres Regime die Bevölkerung terrorisierte, diente Bouterse als Warnung. Kurzhand schickte er im vorigen Oktober die Kubaner nach Hause, die in großer Zahl im Staatsapparat sich eingenistet hatten als „Berater“ und „Helfer“ wie in Nicaragua – versteht sich.

Für den „Chef des Nationalen Militärrates“ war es auch ein einfaches Rechenexempel: Was konnte Havanna wirklich bieten, und wieviel zahlte der große Nachbar Brasilien, wenn Surinam sich von Kuba löste? Die Offerte aus Brasilia, vermutlich mit Washington abgestimmt, schlug besser zu Buche.

In diesem Monat wollte sogar der brasilianische Außenminister nach Paramaribo kommen. Doch der schrittweise Zusammenbruch des Bouterse-Regimes macht den Besuch fraglich. Seine Minister traten zurück, und die Bergarbeiter in den Bauxit-Minen, die 80 Prozent der Devisen einbringen, streikten seit Wochen.

Mehr als 180 000 Einwohner Surinams sind in den vergangenen Jahren in die Niederlande geflüchtet. Anderen wird heute die Ausreise verweigert. Aber Bouterse kann niemand zwingen, in seine Regierung einzutreten. Die Intelligenz ignoriert ihn, und die Arbeiter demonstrieren gegen ihn. Zum Anfang vom Ende könnte für den Despoten nun die Stilllegung der gesamten Bauxit-Förderung werden, die von den amerikanischen und niederländischen Unternehmen wegen der andauernden Ausstände jetzt verfügt worden ist.



„... wenn du nicht sofort gut' Wetter machst, steh' ich auf und geh!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mut zur eigenen Meinung

Von Walter Görlitz

Vom Generalfeldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen, einer der berühmtesten Armeeführer in den Kriegen von 1866 und 1870/71, stammt das Wort: „Herr, Sie sind Stabschef geworden, damit Sie wissen, wann Sie nicht zu gehorchen haben.“

Was hat das mit dem bis zum Überdruß strapazierten Fall des unvermittelten verabschiedeten Generals Kießling zu tun? Gemacht, das wird man sehen! Eigene Entscheidungsbildung, auch im Gegensatz zu Befehlen von höchster Seite, ist in der preussischen Armee, ist noch in der Wehrmacht stets hoch bewertet worden. Sie gehört aber auch heute zum A und O des Prinzips der auftragsgemäßen Führung, die nicht jeden Schritt der Ausführung befiehlt, sondern dem verantwortlichen militärischen Führer einen Auftrag erteilt und es ihm überläßt, mit welchen konkreten Maßnahmen er ihn erfüllt.

In der Schlacht von Zorndorf anno 1758 weigerte sich General von Seydlitz, mit der preussischen Kavallerie dem Befehl Friedrichs des Großen zu gehorchen und die noch unerschütterten russischen Infanterie-Karrees sofort zu attackieren. Er behielt recht und erntete hohes Lob. Ende Dezember 1812 vereinbarte der Befehlshaber des preussischen Hilfskorps bei der Grande Armée Napoleons, General von York, auf eigene Faust mit den Russen einen Waffenstillstand, um seine Verbände im allgemeinen Debakel intakt zu halten. Nach anfänglichen Bedenken seines Königs wurde er voll gerechtfertigt.

Das sind zwei Beispiele für kriegsgeschichtlich richtige selbständige militärische Entscheidungen. Sie ließen sich beliebig vermehren, bis in die neueste Zeit hinein. Im Hinblick auf die Affäre Kießling verweisen historisch wenig bewanderte Gemüter gern auf den Fall des christlich-konservativen Generalobersten von Fritsch, der Ende Januar 1938 einer seit Jahren vorbereiteten Intrige von Seiten des SD und der Gestapo zum Opfer fiel. Fritsch, dieser Soldat, der wie ein ritterlicher Mönch lebte, sollte durch einen gedungenen Zeugen der Homosexualität überführt werden. Er gab sein Ehrenwort als Offizier, Hitler, mißtrauisch geworden durch die fatale Eheschließung des Kriegsministers von Blomberg mit einer Frau von zweifelhaftem Ruf, glaubte ihm nicht.

Ehrenworte und Eide von Offiziere

ren hatten während der Homosexuellen-Skandale in der Armee von 1907 einen umstrittenen Wert erlangt. Selbst der einschlägig homosexuelle Stadtkommandant von Berlin, Generalleutnant Graf Kuno Moltke, suchte vergeblich seine Neigungen damit zu vertuschen.

Tempi passati? Heute haben wir es im Fall Kießling weder mit einer militärischen noch mit einer militärpolitischen Lage zu tun. Eine spezielle Offizierschre gibt es im egalitären Rechtsstaat nicht mehr. Wären solche Empfindungen noch lebendig, so hätte ein General, der sich in seiner Ehre gekränkt fühlt, den Verteidigungsminister zum Duell gefordert oder hätte sich eine Kugel durch den Kopf gejagt – abenteuerliche Vorstellungen in unserer Zeit!

Offiziere in unseren demokratischen Streitkräften sind Bürger in Uniform mit den gleichen Rechten wie die Bürger in Zivil. Dennoch stehen sie auf Grund ihrer höheren Pflichten und ihrer größeren Verantwortung für ihre Untergebenen in einer anderen Ebene. Deshalb können sie nicht immer und überall so handeln wie der Herr Omnium. Das ist ein vorgegebener Konflikt, mit dem das Offizierkorps, vorab Generäle und Admirale, leben muß. Zumal da sie im Frieden nicht einem militärischen, sondern einem zivilen Verteidigungsminister mit politischer Verantwortung unterstellt sind.

Diese Armee braucht mehr denn je nicht parteipolitisch engagierte, son-



Der Sieger von Zorndorf: Preußens Reitergeneral von Seydlitz. FOTO: CONNIPRESS

dem politisch gut informierte Offiziere mit dem Mut zu eigener Meinung, vulgo Zivilcourage, wie man früher sagte. Was aber geschah mit Generalen, die in fundierter guter Form etwa in Fragen der „inneren Führung“ oder eines kollektiven Mißsprache-rechts ziviler Lehrbeauftragter etwa an der Führungsakademie eine unabhängige Meinung vertraten? Sie wurden schleimigst in die Wüste geschickt.

Kommen wir zum Monstrefall Kießling zurück. Hier spielen militärische Fragen oder militärpolitische Fragen keine Rolle, es sei denn, man kreidet es dem verlassenen Verteidigungsminister Apel (SPD) als kapitalen Fehler an, einen gesellschaftlich wenig geschätzten Mann ohne Gefühl für diplomatische Feinheiten auf den heißen Posten des stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers gehievt zu haben.

Wir leben heute in seltsamen Friedenszeiten mit einem verdeckten Spionagekrieg im Untergrund. Was bleibt dem zivilen Oberbefehlshaber der Bundeswehr zu tun übrig, wenn ihm Zweifel an dem Privatleben eines seiner höchsten Untergebenen eingetragen werden, die diesen, zu Recht oder Unrecht, in jedem Fall zum Objekt feindlicher Nachrichtendienste machen könnten? Er schickt ihn vorsichtshalber in Pension. Was bleibt einem hohen General, der sich – subjektiv vielleicht ehrlich – zu Unrecht verdächtigt wähnt? Er beschreitet im Rechtsstaat den Rechtsweg. Genau diesen normalen Weg ist der inkrimierte General auch gegangen. Doch inzwischen schwappt die tagesaktuelle Diskussion über. Sehen wir hier von der Debatte der Generale unter sich ab. Plötzlich bemühen auch Leute, denen man das sonst nie zugehört hätte, die nach ihrer früheren Ansicht verstaubte Offizierschre, werfen dem Verteidigungsminister Unkameral-schäftlichkeit im Umgang mit Generalen vor, als ob er noch mit diesem in einem Offizierskino lebe. Kießling ist von seinen beifälligen Fürsprechern von links, die nur das Ziel kennen, einen tüchtigen Verteidigungsminister aus dem Sattel zu bringen, in einen militärischen Michael Kohlhaas verwandelt worden. Er hat sich auch selbst dazu gemacht. Das ist weder für ihn noch für die Gemeinschaft hilfreich.

IM GESPRÄCH Eddie Shah

... die Gewerkschaft zahlt

Von Fritz Wirth

Vor zwei Monaten, als 4000 wütende Gewerkschafter seine Firma belagerten, 2000 Polizisten sie verteidigten und sogar die „Times“ von der Möglichkeit eines Generalstreiks sprach, ließ Eddie Shah diesen Stoßseufzer vernehmen: „Ich möchte im Grunde nichts anderes, als in Ruhe mein Flugzeug zu fliegen, Golf zu spielen und mich um meine drei Kinder zu kümmern.“

Von einem David, der einen Gewerkschafts-Goliath herausforderte und damit an der gewiß ereignisreichen britischen Streikfront das bedeutsamste Duell der letzten Jahre inszenierte, hätte man in dieser Situation eher etwas missionarische Töne erwarten können.

Doch dieser Eddie ist nicht so. Er ist das Produkt einer anglo-iranischen Ehe, und so vereinigen sich in ihm britischer Pragmatismus und persischer Geschäftssinn.

In der letzten Woche nun ist dieses Duell offiziell beendet worden. Die Gewerkschaft „National Graphical Association“ (NGA) warf das Handtuch. Sie zahlt und zahlt derweil die Verluste in Höhe von rund 2,5 Millionen Mark und hofft auf bessere Zeiten und leichtere Gegner als diesen Eddie Shah, den bisher größten Einzel-Sieger gegen britische Gewerkschafts-Allmacht.

Shah triumphierte über das von den Gewerkschaften geheiligte Prinzip des „closed shop“, das ihn zwingen sollte, nur Mitglieder der Gewerkschaft NGA in seinem Druckbetrieb zu beschäftigen. Er wurde damit zum Vorkämpfer der neuen Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher, die Anlaß hatte, ihm ein Denkmal zu setzen.

Doch ist Eddie Shah unter den Verlegern umstritten. Er besitzt sechs Zeitungen, die er mit einer Gesamtauflage von 250 000 Exemplaren druckt und dann kostenlos unter die Leute bringt. Und der Text in diesen Blättern findet keineswegs immer das Wohlgefallen der Konservativen. Die Shah-Blätter stehen links von der



Sieger gegen die Gewerkschafts-Allmacht: Verleger Eddie Shah. FOTO: CAMERA PRESS

Mitte. Und auch die britische Gewerkschaftsführung hätte gern jemand anderen ins Gefecht geschickt als die NGA. Sie gehört zu den unpopulärsten Gewerkschaften im Lande, ihre Mitglieder verdienen Gehälter zwischen 6000 und 8000 D-Mark monatlich und unterschrieben vor zehn Jahren als erste die Gewerkschaftsreform des Edward Heath. Politisch sind sie eher rechts von der Mitte anzusiedeln.

Shah ist ein Selbmademan. Er wurde vor 39 Jahren als Selim Jehan Shah und Sohn eines persischen Vaters, der heute als Seerechts-Experte bei den Vereinten Nationen in Genf arbeitet, geboren. Mit zwölf besuchte er das Internat in Gordonstoun, in dem einst auch Prinz Charles erzogen wurde.

Sein erstes Geld verdiente er bei der BBC und später bei der kommerziellen Fernsehstation „Granada“, wo er das Rührstück „Coronation Street“ seit 20 Jahren die beliebteste Fernsehserie der Briten, mitproduzierte. 1974 verkaufte er sein Haus und gründete mit dem Geld das erste seiner Anzeigenblätter. Heute ist er mehrfacher Millionär.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit der Flucht von sechs „DDR“-Bürgern in die Ostberliner US-Botschaft.

Die „DDR“-Führung, mit der Bundeskanzler Kohl eine „Verantwortungsgemeinschaft“ anstrebt, kann für dieses Vorhaben einen aktuellen Beitrag leisten. Sie braucht den sechs „DDR“-Bürgern, die in der US-Botschaft in Ost-Berlin um politische Asyl nachgesucht haben, nur die Ausreise zu ermöglichen. Wäre es nach der Interessenslage Erich Honeckers gegangen, dann hätte er die lästigen Asylbewerber lieber höchstpersönlich bei Nacht und Nebel durch die Mauer in den Westen geleitet. Denn das spektakuläre Vorgehen der Verzweifelten und ihr erschütternder Hilferuf an Präsident Reagan schaden dem Image der „DDR“. Nach Lage der Dinge müßte Honecker auf ein möglichst schnelles Abschieben der Asylbewerber bedacht sein. Doch er hat natürlich auch Rücksicht auf den „Großen Bruder“ zu nehmen.

Hamburger Abendblatt

Hier heißt es vor Lehrstühlen-Situation:

Das Urteil der Verdrängungstheoretiker steht fest: Akademiker verdrängen Abiturienten beim Wettbewerb um den Arbeitsplatz. Abiturienten boxen Realschüler hinaus, Realschüler verdrängen Hauptschüler. Und diese sind dann die letzten, die bekanntlich die Hunde beißen. Aber da scheint sich ein Wandel zu vollziehen. In Niedersachsen und Bremen... ist ein größerer Teil der Abiturienten als der erfolgreichen

Hauptschüler ohne Job geblieben. Das kann drei Gründe haben: zum einen, daß es zu viele Abiturienten gibt, zum anderen, daß Abiturienten als Berufsanfänger nicht allzu hoch eingeschätzt werden oder daß der Hauptschulabschluß an Wert gewonnen hat.

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt schreibt über Verhalten von Verteidigungsminister Wörner im Fall Kießling:

Das Schicksal des Ministers, der als kompetenter und tatkräftiger Mann einen der wichtigsten Pfeiler der Kohl-Genscher-Regierung bildet, hängt jetzt von der so oder so anders gearteten Aussage von Zeugen aus eben jenem zweifelhaften Milieu ab, vor dessen verhängnisvollem Einfluß die Bundeswehr durch rigorose Vorschriften geschützt werden sollte. Da der General sein Amt wegen Krankheit ohnehin nicht ausübt und die behauptete Erpressbarkeit nur eine potenzielle Gefahr darstellt, war das Risiko eines Schadens für die Bundesrepublik gering – geringer jedenfalls als derjenige, der inzwischen für das Land und seine Armee tatsächlich entstanden ist. Zu allerletzt drängt sich die Frage auf, ob man sich in Bonn nicht viel Ärger erspart hätte, wenn seinerzeit... auf die Schaffung des zweiten Stellvertreterpostens im NATO-Oberbefehl, die vor allem der Vergrößerung der Beförderungschancen deutscher Drei-Sterne-Generäle diente, verzichtet worden wäre. Bei allem Ungeklärten in dieser Affäre steht nämlich fest, daß dieser General ein finstres Rad am Wagen des NATO-Oberkommandos war und wochen- und monatelang von seinem Dienstposten abwesend sein konnte, ohne daß ihn jemand vernahmte.

Ein Federstrich Betancurs brachte der Guerrilla Gewinn

Kolumbien: Die Militärs wenden sich von ihrem Präsidenten ab / Von Günter Friedländer

Finanzskandale in der Regierung und in der Wirtschaft, die Entdeckung des Hauptquartiers des „Befreiungsheeres“ (ELN) mitten in Bogota, ein Attentatsversuch auf einen Parkplatz mit 70 Autobussen, Entführungen und Kämpfe im ganzen Land erschüttern Kolumbien. In diesem ungünstigen Augenblick bewirkte die von Belisario Betancur erwungene Abdankung seines Verteidigungsministers General Landazabal den Rücktritt der kommandierenden Generale des Heeres, der Luftwaffe und des Generalstabs aller Streitkräfte. Nun ist eingetreten, was Pessimisten befürchteten: Die Guerrilla hat das Heer nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Schreibtisch Betancurs besiegt. In ihren Friedensbedingungen forderte sie den Abzug des Heeres aus den Kampfgebieten. Betancur gab ihr mehr: die Köpfe seiner erprobten Generale. Der Präsident zeigte bei seinen erfolglosen Friedensbemühungen in Kolumbien und in der Contadora-

Gruppe für Mittelamerika unerschütterliche Geduld, nicht so im Umgang mit seinen engsten Mitarbeitern.

Drei Maßnahmen führten die Krise herbei. Da ist zunächst Betancurs Wunsch, mit Kuba wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Das ist so absurd, daß man entsprechende Gerüchte nicht ernst nahm. Lateinamerikaner pflegen zu sagen, Gerüchten könne man erst Glauben schenken, wenn sie von der Regierung dementiert werden. Genau das tat Außenminister Lloredo, als er erklärte, Kolumbien verhandle nicht über diplomatische Beziehungen mit Kuba. Es war keine Lüge: Die Verhandlungen waren schon beendet. Aber nicht nur einige Generale fragten, warum man abermals diplomatische Beziehungen mit einem Land aufnimmt, das keine Erklärung für die Ereignisse geben wollte, die 1981 zu ihrem Abbruch führten. Damals war an der Küste des Stillen Ozeans ein in Kuba ausge-

bildetes und bewaffnetes 300 Mann starkes Kommando gelandet, um eine neue Südwestfront der Guerrilla aufzubauen.

Der damalige Außenminister Leamos sagt, daß man die Beziehungen „wegen Kubas offenkundiger Einmischung in Kolumbiens innere Angelegenheiten“ abbrach. Die hochangesehene konservative Senatorin Berta Ospina meint: „Castro ist ein Tyrann, der unsere Straßenräuber, Mörder und Kidnapper ausbildet.“ Aber die Verfassung gibt nur dem Präsidenten das Recht, Außenpolitik zu betreiben.

Der zweite Grund: Betancur hat Castro zu einem Staatsbesuch nach Kolumbien eingeladen, und Castro nahm an. Mit welchen Gefühlen kann Kolumbien Castro begrüßen, auf dessen Befehl während der letzten 25 Jahre kolumbianisches Blut vergossen wurde? Es ist nicht Castros erster Besuch. Jedes Jahr erinnert Kolumbiens Presse daran, daß während des „Bogotazo“, ein politischer Amoklauf im Jahr 1948,

der auf die Ermordung des liberalen Führers Gaitan folgte, Fidel Castro sich in Bogota aufhielt. Seine Rolle im Bogotazo wurde bis heute nicht aufgeklärt.

Der dritte Stein des Anstoßes ist eine Empfehlung der „Friedenskommission“, die sich vergeblich darum bemüht, daß die Guerrilla die vom Parlament erlassene Amnestie annimmt. Sie schlägt angeblich Betancur die Begnadigung aller Mitglieder der Guerrilla vor, was bedeutet, daß dieser Akt rechtskräftig würde, selbst wenn die Partisanen die Annahme verweigerten. Dies gälte auch für jene, die nach der Amnestie weiterkämpften. Die Generale hatten sie dagegen ausgesprochen.

Aber die Guerrilla sucht Sieg, nicht Frieden. Deshalb muß Betancur Starrsinn schließlich zum Bruch mit seiner konservativen Partei führen. Er war nie ihr Lieblingskind. Man fand sich mit ihm wegen seiner großen Popularität ab und rechnete damit, bei den

nächsten Wahlen mit einem wirklichen Konservativen zu siegen. Das ist nur noch eine Illusion. In absehbarer Zeit muß eine umfassendere innenpolitische Krise entstehen. Auch die außenpolitischen Folgen sind weitreichend. Venezuelas gewählter Präsident Jaime Lusinchi spricht bereits von den „Rechten und Pflichten“, die Grenzen „gegen die Internationalisierung der Rebellion“ zu verteidigen und nennt Kolumbiens ELN als Gefahr. Das gibt ihm Gelegenheit, Verhandlungen über die Grenzkonflikte der beiden Länder erneut aufzuschieben. Viel ernster ist die Gefahr der Politik Betancurs für die USA, in denen Kolumbien wegen des Rauschgifthandels, unfähiger Exportkriege und der vielen illegalen Einwanderer ohnehin unpopulär ist. Betancur verhinderte kürzlich unter fadenscheinigen Vorwänden die von kolumbianischen Gerichten bewilligte Auslieferung kolumbianischer Rauschgifthändler.

WIE WAR DAS?

Wenn die Botschaft Fluchtbürg wird

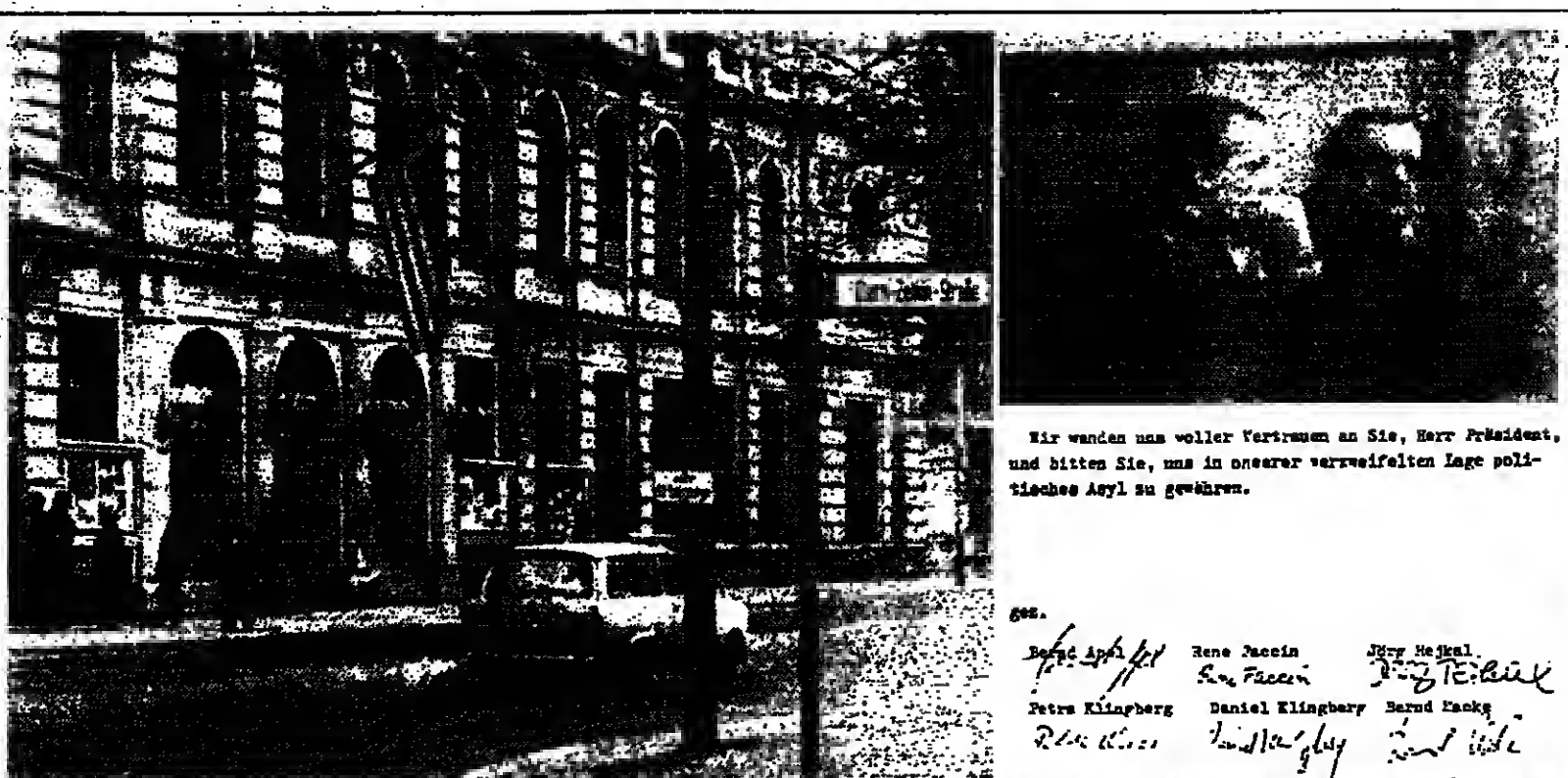
Von CARL G. STRÖHM

Die sechs „DDR“-Bürger, die in der Ostberliner Botschaft der USA Zuflucht suchten, um der Verfolgung durch das Regime zu entgehen und möglicherweise ihre Ausreise zu erzwingen, sind nicht die ersten und wohl auch nicht die letzten Staatsangehörigen kommunistischer Länder, die einen solchen Schritt wagen. Im Juni 1970 schafften es zwei russische Familien, Angehörige der christlichen sogenannten „Pfingstgemeinde“, in die Moskauer US-Botschaft zu gelangen. Die Pfingstler – es handelte sich um Mitglieder der Familien Tschischikow und Waschtschenko – hielten sich fünf Jahre in der Botschaft auf, bevor sie im Frühjahr 1973 die Zusage der freien Ausreise aus der UdSSR erhielten. Sie befinden sich nun in Amerika.

Spektakulär war der Fall eines prominenten Kirchenfürsten, der 16 Jahre seines Lebens als Flüchtling und Gefangener in einer amerikanischen diplomatischen Vertretung verbrachte: Kardinal Josef Mindszenty, Primas von Ungarn, der während der ungarischen Revolution 1956 aus langjähriger kommunistischer Haft befreit worden war und für wenige Tage wieder amtierender Papst wurde, flüchtete beim sowjetischen Panzerangriff auf Budapest am 4. November 1956 in die Gesandtschaft der USA, wo er zu seiner eigenen Sicherheit bis zum 28. September 1971 bleiben mußte. Erst dann erhielt er nach langjährigen Verhandlungen zwischen der ungarischen KP-Regierung, für die er als „Konterrevolutionär“ galt, mit den Amerikanern und dem Vatikan freies Geleit für die Ausreise nach Rom. Mindszenty starb wenige Jahre später, verbittert und enttäuscht.

Schlimmer war das Schicksal eines anderen Ungarn, der auf diplomatischem Boden Asyl gesucht hatte. Ebenfalls am 4. November 1956 schlug sich der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy durch das brennende und von sowjetischen Panzern beschossene Budapest zur Botschaft Jugoslawiens durch. Mit einigen seiner engen Mitarbeiter und Gesinnungstreuen sowie deren Familienangehörigen erhoffte er sich bei Titos Vertretung Sicherheit vor der Rache der Sowjets und der einheimischen Stalinsten.

Die Jugoslawen handelten mit der neu installierten kommunistischen Kadar-Regierung ein Abkommen aus, wonach jene Personen, die in der jugoslawischen Botschaft Asyl gesucht hatten, als freie Menschen, unbehelligt und ohne Verfolgung in ihre Wohnungen zurückkehren konnten. Kaum hatte der Konvoi mit Nagy und seinen Leuten die jugoslawische Botschaft verlassen, stiegen sowjetische Militärs und Sicherheitskräfte in den Bus und warfen die begleitenden jugoslawischen Diplomaten buchstäblich hinaus. Statt nach Hause zu kommen, wurde Nagy nach Rumänien verschleppt, dort als Gefangener gehalten und 1958 nach einem Geheimprozeß in Budapest hingerichtet.



Seit Freitag mittag hoffen sechs „DDR“-Bürger in der US-Botschaft in Ost-Berlin auf Asyl. Rechts: Zwei der Antragsteller in einem Nebenraum der Botschaft, darunter die Unterschriften der Flüchtlinge unter ihrem Asylbegehren an US-Präsident Reagan.

Und notfalls wollen sie hungern

Nach Berichten aus der US-Botschaft in Ost-Berlin haben die sechs geflüchteten Personen erwartet, unter amerikanischem Geleitschutz unverzüglich nach West-Berlin gebracht zu werden. Eine Chronologie.

Von H. R. KARUTZ

Freitag, 20. Januar, 11 Uhr. Die sechs Asylsuchenden Bernd Apel, René Faccin, Jörg Hejkal, Petra und Daniel Klingberg sowie Bernd Macke werfen am Ostberliner Alexanderplatz einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in den Postkasten. Sie kündigen ihre Aktion in der US-Botschaft an.

11 Uhr 15: Im wilhelminisch-barocken Bürogebäude, dem ehemaligen Kaufhaus des „Deutschen Offiziersvereins“ an der Neustädter Kirchstraße 4-6 geht soeben im Kinosaal der Botschaft ein Film mit US-Star Paul Newman zu Ende. Rund 30 „DDR“-Besucher strömen an zwei dick vermaurten Ostberliner Wachposten vorbei ins Freie. Sie alle sind längst wegen ihrer häufigen Kultur-Besuche in der Botschaft beim Staatssicherheitsdienst aktenkundig.

Der Zutritt gelingt im allgemeinen. Dieser Umstand begünstigt auch die sechs Asylbewerber. Sie halten sich, als die Filmgäste nach draußen gehen, im sogenannten „Reading Room“ der Bibliothek auf. Die sechs unterhalten sich im Flüsterton. Sie fürchten, daß die „Sicherheit“ auch hier mitläuscht. Gleichzeitig mit dieser Gruppe halten sich noch andere „DDR“-Besucher im Raum auf. Sie wissen nicht, was sich abspielt.

Mittags: Die amerikanischen Diplomaten – Hausfrau Rozanne Ridgway befindet sich in Urlaub – erkennen, daß es die vier Ost-Berliner und das junge Ehepaar aus Potsdam ernst mit ihrem Asylantrag meinen. Sie ziehen einen handgeschriebenen Brief an Präsident Ronald Reagan aus einer Aktentasche und übertragen ihn auf der Schreibmaschine, die in der Bibliothek steht. Anschließend unterschreiben alle sechs dieses Dokument. „Sie handeln entschlossen und umsichtig und machen einen ganz und gar bürgerlichen, ruhigen Eindruck“, schildert sie ein Augenzeuge.

Der 28jährige Bernd Macke, wegen eines Ausreisetransports exmatrikulierter Kunststudent und heute Facharbeiter für Anlagenbau, dolmetscht. Die US-Diplomaten geben zunächst davon aus, die sechs Flüchtlinge überreden zu können, bis zum Dienstschluß gegen 18 Uhr das Gebäude wieder zu verlassen. Ein aus-

gezeichnet deutschsprechender Vizekonsul holt sich im Laufe des Nachmittags über die US-Mission in West-Berlin erste Instruktionen aus Washington und übermittelt den Wortlaut des Briefes an Präsident Reagan.

16 Uhr 30: Sechs unbewaffnete Soldaten in der blauen Uniform der „Air Force Police“, die auf dem US-Flughafen Tempelhof in West-Berlin stationiert sind, kommen in die Botschaft. Wegen des entmilitarisierten Status von Groß-Berlin verfügt die US-Mission im Ostteil der Stadt weder über einen Militärattaché noch über uniformierte Sicherheitspersonal.

17 Uhr 30: Die Flüchtlinge teilen westlichen Journalisten, denen im Vorraum des eigentlichen Botschafts-Foyers ein Standplatz zugewiesen worden ist, mit: Ihre Gastgeber wünschen, daß sie aufgehen und das Haus verlassen. Sie weigern sich jedoch und kündigen in diesem Falle einen Hungerstreik an. Sie seien in der Annahme in das Haus gekommen, unverzüglich unter dem Geleitschutz eines US-Militärjeeps in einem Botschaftswagen nach West-Berlin gebracht zu werden.

Bei der Information der westlichen Journalisten kommt es zu einem Zwischenfall: Zwei der sechs Flüchtlinge geraten vor die mit einem elektronischen Sicherheitssystem versehene

Tür zum Haupttrakt. Sie gelangen erst wieder ins sichere Innere, als ein Besucher herauskommt und die Tür öffnet.

22 Uhr: Die „Air Force Police Man“ kehren nach West-Berlin zurück. Hinter den heruntergelassenen Stahlläden des Gebäudes brennt Licht. Außerhalb des Hauses beginnen die ersten „Geheimkontakte“ USA-„DDR“. Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der sich offenbar nicht in Ost-Berlin befindet, soll nach Informationen der WELT als Vermittler eingeschaltet werden.

Ost-Berlin und Washington unterhalten seit zehn Jahren diplomatische Beziehungen. Durch die Weigerung der „DDR“, jüdischen Nazi-Opfern Wiedergutmachungszahlungen zukommen zu lassen und enteignete US-Konzerne (z.B. Woolworth) auf dem heutigen Boden der „DDR“ zu entschädigen, sind sie nie über ein Stadium der Geschäftsmäßigkeit hinausgekommen. Wegen des besonderen Status von Groß-Berlin heißt die US-Vertretung „Amerikanische Botschaft bei der DDR“ und nicht „in“.

Bei der Übergabe des Beglaubigungsscheins tritt keine NVA-Ehrenkompanie, sondern das Stabs-Wachregiment „Feliks Dzierzyski“ an. Der gesamte Post- und Aktenverkehr der Botschaft erfolgt über die US-Mission in West-Berlin.

Beim Waffen-Thema stößt Kohl auf eine große Koalition

Israel vor dem Kohl-Besuch: Ein Land mit schweren wirtschaftlichen Sorgen, einer gefährdeten Regierung und besonderen Sicherheitsrisiken. Zum Problem deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien wird der Kanzler diese Woche in Jerusalem die Frage hören: Warum ausgerechnet die Deutschen?

Von PETER M. RANKE

In der Lillienblum-Straße von Tel Aviv gibt es wieder einen schwarzen Markt für Dollar. Devisen sind dort billiger als bei den Banken. Aber die Polizei fährt umher und fotografiert. Die Regierung will jeden weiteren Dollarabfluß stoppen. Neue Gesetze zwingen die Israelis, Auslandsguthaben aufzulösen.

Der Zwang zum Sparen, hohe Steuern und Preise haben zu einem Winter des Mißvergnügens in Israel geführt. In allen Ministerien, auch bei der Verteidigung, will Finanzminister Cohen-Orad neun Prozent der Ausgaben kürzen. Die Folge: Streiks. Mal wird die Post nicht zugestellt, dann geht nichts in den Finanzämtern, oder die Hafenarbeiter verladen keine Appelsinen mehr. Bei den Staatsangehörigen werden daher erst einmal 100 Mark im Monat zugelegt.

Mit rund 1000 Mark Monatslohn kommen leben die meisten Israelis sehr bescheiden. Fleisch kommt kaum auf den Tisch. Ein einfaches Restaurantessen mit einer Flasche Wein kostet umgerechnet schon 100 Mark und man weiß hinterher kaum, was man gegessen hat. 190 Prozent Inflation zehren die Sparkonten auf. Ein Freund, Akademiker aus Berlin, lebt in einem Kibbuz in zwei einfachen Zimmern. Er sagt: „Wenn die Nazis nicht gekommen wären, wäre ich jetzt ein gutsituerter Pensionär in Wilmsdorf.“

Ein neuer „Kadett“ kostet hier umgerechnet 41 000 Mark. Einfache Wohnungen werden ab 40 000 Dollar angeboten. Das Außenministerium arbeitet immer noch in befristeten Steinbaracken. Die hohen Verteidigungskosten, Soziallasten und die Siedlungsprojekte sind nicht mehr gleichzeitig zu finanzieren. Israel muß zurückstecken.

„Und da kommt jetzt Kanzler Kohl mit diesen Waffenlieferungen für die Saudis“, meint ein deutschsprachiger Journalist, ehemals Frankfurter. „Wir haben doch ganz andere Sorgen. Und warum ausgerechnet die Deutschen?“ Das fragen viele Israelis, quer durch die Generationen. Es ist auch das Gefühl bitterer Ohnmacht, trotz aller eigenen Anstrengungen von der Finanzstärke Saudi-Arabien in Bedrängnis gebracht zu werden. Immer wieder stoßen die Israelis in den USA auf das saudische Geld. Und Syrien kauft mit saudischem Geld Raketen in Moskau. PLO-Chef Arafat erhält jedes Vierteljahr seinen Scheck über 28,5 Millionen Dollar aus Riad. Und jetzt auch noch deutsche Waffen für die Saudis, nachdem Paris für gut vier Milliarden Dollar ein neues Flugabwehrsystem zugesagt hat? Staatsminister Mollath antwortet bei den Saudis sogar eine „Wunschliste“ an. Experten meinen jedoch, je mehr Waffen die Saudis importieren, um so instabiler werde die Lage bei ihnen.

Einer Generation von Israelis, die vier Kriege erlitten hat und drei oder zwei Jahre Wehrdienst ableistet und dann noch jedes Jahr bis zu zwei Monaten zur Reserve einberufen wird, kann man nicht glauben machen, die arabische Welt sei friedlich oder gemäßigt gegenüber Israel. Da komme die alte, begründete Furcht vor einer zweiten arabischen Front im Süden, eine Gefahr, die man durch den Friedensvertrag mit Ägypten ausgeschaltet glaubte. Jossi Landau, ein Computerspezialist, der in Libanon das linke Auge verlor, sagt voraus: „Bei Waffenlieferungen habt Ihr Deutschen alle gegen Euch. Von den Franzosen sind wir es gewohnt, und die Amerikaner können Waffenlieferungen ausbalancieren.“

Möllermeier meinte am 13. Januar, Israel habe ein übertriebenes Sicherheitsbedürfnis. Wer aber die beeindruckende Ausstellung „Die Juden in Deutschland“ im Diaspora-Museum sieht, die Bundeskanzler Kohl in dieser Woche besuchen wird, lernt zu verstehen, woher das „übertriebene“ Sicherheitsbedürfnis rührt.

Ein Regierungspolitiker erklärte, in der Waffenfrage gebe es in Israel eine große Koalition. Die Labour-Partei und die Gewerkschaften, deren Chef Jerucham Meshel erst kürzlich das Deutsche Verdienstkreuz bekam, fürchten um Vernichtung und Ausgleich. Die regierende Cherut-Partei war nie sehr deutschfreundlich. Begin stimmte seinerzeit gegen die Wiedergutmachung, das Werk Adenauers und Ben Gurions, das die Juden in Amerika für das neue Deutschland gewann. „Und das alles wollt Ihr jetzt auf Spiel setzen? Warum eigentlich?“ fragen Regierungspolitiker in Israel.

Die Regierung in Jerusalem, immer um ihre knappe Mehrheit im Parlament fürchtend und von wirtschaftlichen Sorgen zerrieben, ist entschlossen, Kohl freundlich zu empfangen und den Besuch zum beiderseitigen Erfolg zu machen. Aher Ministerpräsident Shamir wird auch Fragen stellen. Er ist ein Realist, man kann ihn nicht beschwichtigen, der Mann will Klarheit haben.

Das Gastgeschenk des Kanzlers, drei Originalbriefe des Zionisten-Vaters Theodor Herzl an den deutschen Baron Manteuffel, wird die Israelis erfreuen. Das Besuchsprogramm für Kohl, gekennzeichnet von Rücksichtnahmen des Bonner Auswärtigen Amtes auf arabische Empfindlichkeiten, erregt dagegen bei den Israelis Verwunderung. Ein Journalist sagte: „Kohl wird die israelische Siedlungspolitik verurteilen. Aber warum schaut er sich nicht einmal so eine Siedlung an, wenn er schon hier ist?“

Doch das Thema ist bei den politischen Programmmachern in Bonn tabu. Kohl muß sogar auf dem Flug von Jerusalem nach Tiberias und zurück einen weiten Umweg machen, damit sein Hubschrauber nicht über besetzte Gebiete fliegt. Und auch ein ausführlicher Besuch im wieder aufgebauten, jahrtausendealten jüdischen Viertel in der Altstadt, in der bis 1967 die Jordanier herrschten, paßt nicht ins Programm.

Mehr als zehn Jahre nach dem Besuch des damaligen Kanzlers Willy Brandt ist Helmut Kohls erster Auftritt in Israel nicht einfach. Mit Sicherheit wird es kleinere Demonstrationen geben, aber die meisten Israelis nehmen sie nicht ernst. Entscheidend werden die deutschen Auskünfte über die Waffenlieferungen sein. (SAD)

Das Rechtsproblem ruht in UNO-Schubladen

Von EBERHARD NITSCHKE

Diplomatische Vertretungen gelten, vor allem wenn sie im Ostblock liegen, fälschlich als Schutzburgen für Flüchtlinge. Der Bonner Völkerrechtslehrer Professor Christian Tomaszat, der für das Auswärtige Amt im Auftrag der Bundesregierung auch schon bei den Vereinten Nationen tätig wurde, meint dazu: „Eigentlich ist die Aufnahme von Flüchtlingen in Botschaften ja Völkergewohnheitsrecht – aber dazu muß es erst einmal Gewohnheit werden. Als Institution ist das aber nur in Lateinamerika so.“

„Das internationale völkerrechtliche Asyl, insbesondere das diplomatische Asyl im Missionsgebäude, gilt seit jeher als eines der umstrittensten Gebiete des Völkerrechts“, schrieb der Rechtswissenschaftler Helmut Kitzberg in einer Untersuchung.

Und sein Kollege J. G. Starke stellt in seinem Standardwerk „Einführung in das internationale Recht“ fest, selbst in den südamerikanischen Staaten, die immer als Musterbeispiele der vertraglichen Absicherung gegen- seitiger Asylgewährung zitiert werden, beruhe die dort übliche Praxis nicht auf Verträgen, sondern auf „common unarticulated understanding“, einem allgemeinen und nicht näher bezeichneten „Einverständnis“.

1974 hat das UNO-Plenum alle Mitgliederstaaten aufgefordert, ihre Ansichten über das diplomatische Asyl mitzuteilen. Die Stellungnahmen kamen, aber das Problem wurde nicht mehr erörtert.

Klarheit herrscht nur über eine „vorübergehende Zukunft“, wenn die in der Botschaft Schutzsuchende Person auf der Straße einem wüten-

den Mob ausgesetzt wäre. Die Aufnahme ist dann, zeitlich beschränkt, „aus den unverletzlichen Menschenrechten“ herausleitet.

Nach der Wiener Konvention vom 18. April 1961 (Beitritt der Bundesrepublik Deutschland 1984 zum dazugehörigen Konsularabkommen 1971) sind diplomatische Missionen nicht „extraterritorial“, genießen aber Immunität. Ein Asyl de facto ist mit dem Sinn der diplomatischen Privilegien nicht zu vereinbaren. Hierzu Professor Tomaszat: „Der Staat hat volle Hoheitsrechte, die Mission im Ausland nur die, die ihr durch Vertrag oder Gewohnheitsrecht gegeben sind.“ Dazu zählt die Asylgewährung nicht.

Der Kardinalfall einer tatsächlichen Asylgewährung ist der des peruanischen Parteiführers Victor Raúl Haya de la Torre, der bis zum 7. April 1954 fünf Jahre und drei Mona-

te lang das zugestandene Asyl in der kolumbianischen Botschaft in Lima in Anspruch nahm. Die „allgemeine Übung“ aber, die in Lateinamerika eine Art Recht begründete, ist in der übrigen Welt nicht vorhanden. Ohnehin wurde vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis etwa 1920 weltweit rund 20 Botschaftsasilfälle registriert. In Europa gab es (ohne die allerletzten Jahre) Botschaftsasil nur in Spanien während des Bürgerkriegs und 1963, in Portugal 1921 und 1959, in Rumänien 1945, in Ungarn im gleichen Jahr und 1956.

Das wohl letzte deutsche Dokument, mit dem, wie es darin hieß, „aus Gründen der Menschlichkeit“ vorübergehender Schutz Verfolgter in einer Botschaft förmlich anbefohlen wurde, stammt aus dem Jahre 1912, ist in Berlin datiert und war an den deutschen Botschafter beim türkischen Sultan gerichtet.

Vom Gelsenkirchener Barock bis zur Postmoderne

Die 7. Internationale Möbelmesse in Köln schloß gestern ihre Pforten. Eine deutsche Vorliebe scheint es beim Wohnen ebenso zu geben wie einen Gegensatz der Generationen. Ein Spaziergang durch deutsche Nachkriegs-Wohnungen.

Von WILM HERLYN

Das Monstrum mißt 315 Zentimeter in der Länge und 214 Zentimeter in der Höhe. Natürlich zerlegbar. Denn Türen im sozialen Wohnungsbau lassen nur Gegenstände hindurch, die kleiner sind als 1,90 Meter. Das Modell heißt „Reichenstein“, kostet 3298 Mark im Einzelkauf und ist der Stolz der westfälischen Möbelbauer Hammelt & Knoop aus Oelde.

Die wuchtigen Schränke ringsum auf seinem Stand auf der Kölner Möbelmesse sehen aus, als seien sie direkt aus einer stämmigen Eiche geschnitten. Sehr kunstvoll, versteht sich, mit Eßern und Zinnen, Schnörkeln und Voluten, mit Sims und Absatz. Mancher gar mit geheimnisvollem Innenleben: Klappen für den Fernsehapparat und Schubladen unter bleigefärbten Butzenscheiben, die den Videoparat aufnehmen. Denn solch technisch-moderne Geräte passen nun mal nicht zu den Deutschen wichtigstem und liebstem Möbelstück: Schrank oder Schrankwand.

Da mag zwar mancher Besucher

kopfschüttelnd davorstehen und meinen, solch Möbel paßten besser in Schneewittchen-Burg in Disneyland. Doch Umfragen belegen, daß 22 Prozent der deutschen Haushalte „altdeutsch“ eingerichtet sind. Das ist Platz 1. Bemerkenswert: Bei einer Meinungsumfrage beurteilten im Herbst 58 Prozent das Wohnbeispiel „altdeutsch“ als gut oder sehr gut.

Sprache ist verräterisch – „Wohnen“ und „Gewohnheit“ haben den gleichen Sprachstamm. Und vom Gewohnen nehmen die Deutschen nur schwer Abschied. Drei Wollen durchleben seit dem Krieg die Branche, und jetzt, am Anfang der vierten, weiß noch niemand so recht, wohin sie führt.

Die erste Welle, von 1949 bis 1960, wurde zum Begriff: Gelsenkirchener Barock. Damit wurden gewissermaßen die Bergleute des Ruhrgebiets, die als erste wieder Geld hatten sich einzurichten, beschuldigt, einen schlechten Geschmack zu haben. Wahr ist aber, daß dieser pseudo-barocke Stil der deutsche Wohnschmack schlechthin war. Wer hat das damals Produziert denn wohl gekauft? Nach der Zeit des Krieges, der Ausbombung, der Flucht, richteten sich die immer noch armen Bundesbürger nach der Devise ein: Mehr scheinen als sein. Nierentische, Trompetenlampen am biegsamen Hals, Cocktailsessel, geschwungener Pseudochippendale und Pseudoba-

Dann rief Ludwig Erhard 1960 aus: „Wir sind wieder wer“, und die Wirt-

schaftswunderkinder vergaßen den „Gelsenkirchener Barock“, schämten sich ihres schlechten Geschmacks und entdeckten Kunststoff und Folien und wohnen mit Schrankwänden, deren Stollen schwarz und deren Flächen weiß waren. Sie fühlten sich fortschrittlicher und modern. Die Möbel folgten der Außenarchitektur – alles wurde glatt, Nachahmung des Bauhauses – nur nicht so gut, eben Kopie.

Aber auch die Einbautische wurde erfunden. Dort, so schrieb es die Trendsetter vor – „wohnt man nicht mehr“, sondern brutzelt und brät nur noch. Dem folgten die Deutschen nicht so ganz, denn sie schleppten in ihre weiße Laborküche die alte, geliebte Holzküchle. Die Ära der Wohnlandschaft folgte mit viel zu niedrigen Polstern. Aber – so der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie, Erich Naumann – „wir glaubten, wir hätten die höchste Wohnkultur der Welt“.

Und ganz unvermittelt brach die Ölkrise 1973/74 und mit ihr die dritte Möbelwelle über die Deutschen herein. Altdeutsch, Handgeschmitten, Rustikales war gefragt, von gestern auf heute. Eiche, dunkel gebeizt, hieß der Schlag, dicke Stollen, gestellbete Polster, die in ihren Ausmaßen Schlachtschiffen glichen. Selbst die Küche blieb nicht verschont: Poggenpohl brachte die erste Jalousiefront auf den Markt – ein Renner. Und zum ersten Mal tat sich eine Kluft im Markt auf. Während in den Messehallen der Hirsch rührte, tummelte sich draußen ein Elch: Der

Schweden-Konzern Ikea brachte die Jaffa-Kisten-Kultur. Möbel zum Mitnehmen, hell, Kiefernholz.

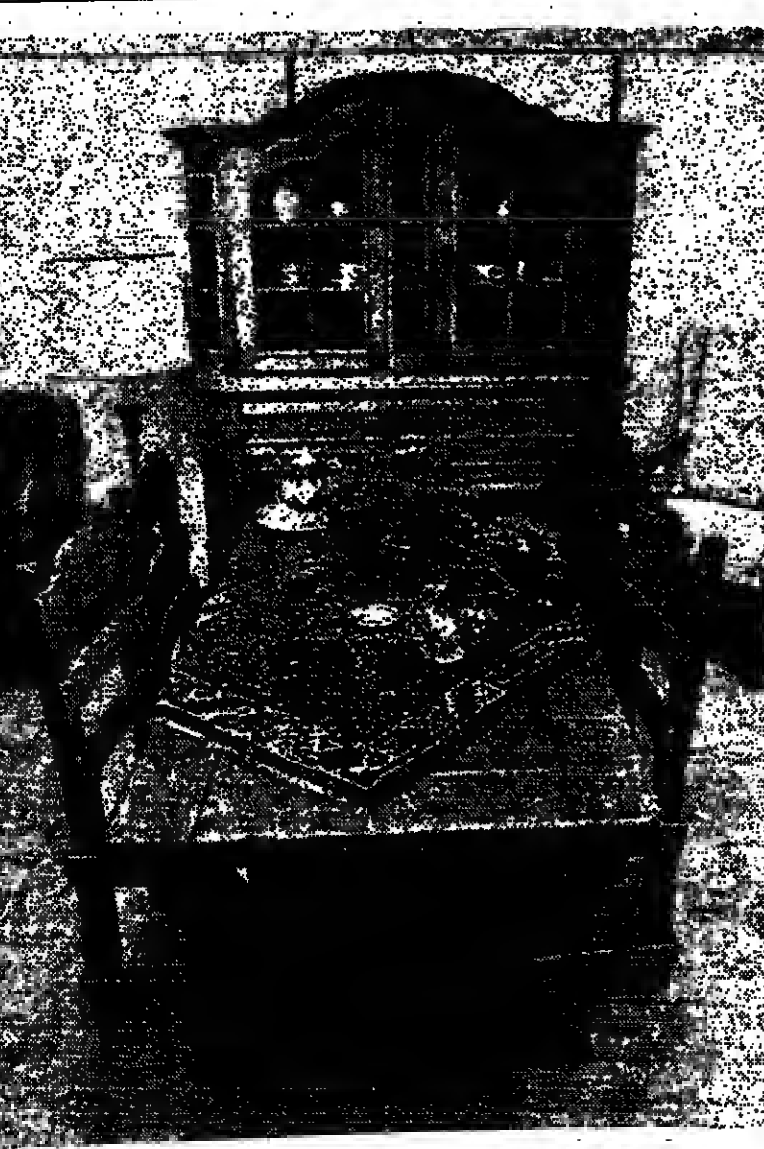
Der Schweden-Elch verkaufte weniger Möbel als vielmehr ein neues Lebensgefühl. Er hatte begriffen, daß Wohnen und Leben und sicher auch Lieben zusammengehören. Denn seit Mitte der sechziger Jahre wurde es immer üblicher, daß junge Frauen, ob Sekretärin, Studentin oder Verkäuferin, die elterliche Obhut verließen und sich „sturmfreie“ Buden einrichteten. Die Apartment-Generation entdeckte das Polsterbett, das auf den ersten Blick nicht wie ein Bett aussah. Und anfangs auch nicht so aussehen durfte – das war noch unschicklich. Doch auch dieses Möbel begann sich zu emanzipieren: Aus den unauffälligen Maßen 1,90 mal 0,90 Meter wurden bequemere 1,40 oder auch ganz ungeniert 1,80 in der Breite.

Dann wurde die Einrichtung gemischt, und damit vollzog sich der Bruch mit dem Wohngefühl der älteren Generation. Die Startsituation vor 30 Jahren war: Mit der Ehe begann das erste gemeinsame Wohnen – und bis zum Jahr 1963 gab es noch ein im bürgerlichen Gesetzbuch verbrieftes Recht auf Aussteuer für Mädchen. Mit dieser Aussteuer gründete sich auch die Wohnkultur. Gleiches zu Gleichem zu gesellen, Nußbaum zu Nußbaum, Eiche zu Eiche. Und wenn die Leute aus dem Größten heraus waren, ergänzten sie und ersetzten sie. Doch die Einrichtung änderte sich im Prinzip nicht. Anders

heute: Die neue Generation lebt auch schon vor der Ehe zusammen, entdeckt allmählich ihr individuelles Wohngefühl und flücht den modernen Hifi-Turm zu Schrankregalen, Flekterteppich und – in Abwehr von Alpenweiden und Gumbelium – von grünen Pflanzen, je tropischer je lieber. Und dazu wird der von der Großmutter geerbte Schreibtisch gestellt. Oder ein Stück aus dem Sperrmüll.

Köln war eine Messe, die zwei Geister zeigte und damit das Dilemma einer Branche. Die 20- bis 25-jährigen, die „Nestbauer“, und die 50- bis 59-jährigen, die „Nesthocker“, machen 70 Prozent des Möbelumsatzes und geben die beiden Richtungen an. Nur die 30- bis 49-jährigen, die „Nestflüchter“, sind für die Möbelbauer relativ uninteressant, weil diese Generation ihr Geld mehr für Auto und Urlaub ausgibt. Die großen Hersteller stehen am Anfang der vierten Phase, der „Postmoderne“. Es gibt zwar keinen so ordentlichen Bruch wie 1973, aber das gegenwärtige Design zeichnet sich durch den Versuch aus, Formelemente, die vom Bauhaus „geächtet“ waren, wieder aufzunehmen. Es entdeckt den römischen Rundbogen in der Schrankwand wie im Stuhl, es flücht den strengen Form Jugendstilelemente zu.

Avantgardistisch freilich wohnt nur ein Prozent der Deutschen. Sie brauchen einen Kuschelplatz, ein paar Palmen im Zimmer und möchten gerne zurückhaltend repräsentieren.



Altdeutsch, Eiche – der Hifi in deutschen Wohnzimmern FOTO: WERNER SCHÜRING

USA testen erstmals Rakete gegen Satelliten

AP/rtr, Washington
Die amerikanische Luftwaffe hat nach offiziellen Angaben erstmals eine Satelliten-Abwehr Rakete getestet. Sie wurde von einem Jagdbomber des Typs F 15 abgeschossen und war nicht auf ein bestimmtes Ziel gerichtet. Weitere Einzelheiten wurden von dem Sprecher unter Hinweis auf die militärische Geheimhaltung nicht bekanntgegeben.

Bei den nächsten Versuchen soll die zweistufige Rakete auf in großer Höhe befindliche Ziele abgefeuert werden. Die Entwicklung eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems war erst im vergangenen Sommer vom amerikanischen Kongress gebilligt worden. Gegen Objekte im Weltraum gerichtete Tests sind der amerikanischen Luftwaffe jedoch weiter durch einen Kongressbeschluss verboten, der von der Regierung Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein Verbot von Satelliten-Killer-Waffen fordert (vgl. WELT v. 21/22. Januar).

Rüstungskontrollern hatten den Standpunkt vertreten, daß sich die USA bei der Entwicklung der neuen Waffe zurückhalten sollten, um keinen neuen Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion auszulösen. Diesem Argument widersprachen gestern Vertreter des amerikanischen Verteidigungsministeriums mit dem Hinweis auf die Verteidigungsinteressen der USA zur Abwehr sowjetischer Kontrollsatelliten.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat bereits eine Initiative gegen einen Krieg im Weltraum vorgelegt, die in Washington jedoch auf Zurückhaltung gestoßen ist. Westlichen Informationen zufolge testet die UdSSR schon seit 1988 Killer-Satelliten.

Einer zuviel im Folketing

gag Stockholm
Zur konstituierenden Sitzung des dänischen Folketing werden sich morgen statt der in der Verfassung vorgesehenen 179 Abgeordneten 180 im Plenarsaal einfinden. Dies beruht darauf, daß aufgrund eines Zählungsirrtums das vorläufige Endergebnis der Wahlen vom 10. Januar korrigiert werden mußte und die Sozialdemokraten ein Mandat an die liberale Venstrepartei verloren. Der betroffene Abgeordnete ist jedoch nicht bereit, sein Mandat zurückzugeben. Er ist der Ansicht, mit der Ausstellung des Wahlbriefes durch das Innenministerium der rechtmäßige Mandatsinhaber zu sein; nachträgliche Änderungen seien nicht mehr zulässig. Bisher ist nicht klar, wie diese eigenartige Situation morgen gelöst werden kann.

Verzichtet London auf Souveränität?

dpa/APF, London/Peking
Die britische Regierung hat nach einem Bericht der "Sunday Times" bei den Verhandlungen mit China über die Zukunft Hongkongs auf die Souveränitätsrechte über die Kronkolonie und die Ausübung der Regierungsgewalt nach Ablauf der gegenwärtigen Pachtverträge im Jahre 1997 verzichtet. Im Gegenzug soll Peking bereit sein, die Zukunft Hongkongs als ein kapitalistisches organisiertes Handelszentrum für mindestens 50 Jahre zu sichern und die wichtigsten Bereiche der Verwaltung in den Händen von Hongkong-Chinesen zu belassen. Der chinesische Spitzenpolitiker Huan Xiang hat bestätigt, daß das künftige Parlament Hongkongs auch Anhänger Großbritanniens umfassen könne.

Nach Angaben der "Sunday Times" geht die britische Regierung davon aus, daß Hongkong militärisch nicht zu verteidigen ist. Aus diesem Grunde soll Regierungsschiffen Thatcher sich für Nachgiebigkeit gegenüber China ausgesprochen haben, um in bestimmten Fragen Zugeständnisse zu erreichen.

Annonce gegen Waffen für Saudis

SAD, New York
"Wieviel Juden werden deutsche Waffen diesmal töten?" heißt die Überschrift einer Anzeige in der "New York Times", in der eine jüdische Organisation an Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner appelliert, keine Panzer an Saudi-Arabien zu verkaufen. Sie ist mit "American survivors of the Holocaust" gekennzeichnet.

In der Anzeige heißt es, das neue demokratische Deutschland sei in Gefahr, den Fußstapfen des Hitler-Deutschlands zu folgen. Die Bundesrepublik Deutschland wolle Saudi-Arabien, das - wie Hitler - den Krieg gegen die Juden zum heiligen Krieg erklärt habe und die Waffenkäufe Syriens in der Sowjetunion finanziere, mit technisch höchststehenden Waffen im Wert von 5 Milliarden Dollar versorgen.

Aufklärung am Feierabend garantiert Karriere

Von HERBERT SCHÜTTE

Ich übertreibe nicht, versicherte der ehemalige Hamburger SPD-Fraktionschef, Ulrich Hartmann, "wir haben fünf bis sieben Möbelwagen voller Akten durchgesehen." Mit dieser Beschreibung eines riesigen Papierberges möglicher Beweismittel eröffnete Hartmann als Vorsitzender des Neue-Heimat-Untersuchungsausschusses die erste Zeugenvernehmung. Das war am 25. Oktober vergangenen Jahres. Im kommenden Monat wird ein Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft einen weit höheren, undurchdringlichen und gefährlicheren Gipfel anbohren: den "Gipfel" von Georgwerder, eine alpine Müll-Kette mit hochbrisantem Untergrund aus Dioxin und E-605-Fässern, deren

Landesbericht
Hamburg

Entstehen, Beobachtung und eventuelle Sanierung der Hamburger Parlamentarier aufklären wollen.

Die Chemiker innerhalb der Fraktionen haben nun das Wort, die Umweltexperten, die tatsächlich etwas von der Materie verstehen. Sie sind damit auf Monate in ihrer knappen Freizeit für diese zusätzliche Aufgabe angehängt. Der Stadtstaat hat ein Feierabend-Parlament, ein Gremium von 120 Berufstätigen, das Gesetzentwürfe, Anfragen und Anfragen am Feierabend, Sitzungsbeginn: 16 Uhr, berät. Von allen Landesparlamenten am bescheidensten mit 1500 Mark Diäten dotiert, kommt jetzt zusätzlich zu Plenar-, Ausschuß- und Fraktionsarbeit die Fahndungsaufgabe Georgwerder hinzu.

Auf mindestens 50 Sitzungen zu je fünf bis sechs Stunden" taxiert Gerd Weiland (SPD), Vorsitzender des Stollberg-Ausschusses, sein Pensum bei der Aufklärung der Munition- und Giftfälle auf dem Gelände der Firma Stollberg vor fünf Jahren, die wochenlang bundesweit Schlagzeilen machten. Die Untersuchungsausschuß-Mitglieder und ihre Vertreter nahmen ganztägige Beweisaufnahmen vor, zum Beispiel bei dem Besuch von Munitionsbeseitigungsanlagen der Bundeswehr. Weiland zieht heute das Fazit: "An persönlichen Konsequenzen ist dabei überhaupt nichts rausgekommen."

Der Persien-Untersuchungsausschuß - angeordnet, um die Geschäfte eines staatlichen Hamburger Unternehmens beim Wohnungsbau im fernen Iran aufzuklären - brachte seinen Ausschußvorsitzenden Holger Kues (SPD) an den Rand des Zusammenbruchs. "Mein Arzt hat mir ange-

kündigt: Das machen Sie keine drei Monate mehr", berichtet Kues, der sich auch am Sonntag und Sonntag mit der zähen Materie, mit Fragen des Wohnungsmarktes, der Auslandsfinanzierung und innenpolitischen persischen Schwierigkeiten auseinandersetzen mußte. Personelle Konsequenzen wurden nicht gezogen, die finanziellen - mit weit über 100 Millionen Mark Verlust - muß der Hamburger Steuerzahler mühsam abtragen.

Bürgerschaftspräsident Peter Schulz sieht in den Untersuchungsausschüssen "ein Stück staatsanwaltschaftlicher Ermittlung plus gerichtlichen Verfahren". Das "Parlamentarische Gericht" hat sich in vielen Fällen nicht geschaut, auch Politiker und Beamte als Verantwortlich zu benennen, doch personelle Konsequenzen zu ziehen ist Sache des Senats. "Die Bewertung in der öffentlichen Meinung über den Erfolg eines Untersuchungsausschusses liegt in der Hand eines anderen", sinniert Schulz. Doch das Urteil, ob ein Ausschuß gründliche Aufklärungsarbeit geleistet habe, wird meistens überlagert von der laute öffentliche gestellte Frage, wer denn nun seinen Hut nehmen müsse.

So selten, wie sich der Dienstreifer Senat früher dazu verstand, einen schuldigen Beamten zu maßregeln oder zu feuern, so häufig bedeutet ein Untersuchungsausschuß für den Vorsitzenden den Weg nach oben. Peter Schulz, 1966 als Vorsitzender mit der Aufklärung des "Falles Haase" beauftragt, von der Amerikaner Ernst Haase war in der "Glocke" des Hamburger Untersuchungsausschusses zu Tode gekommen - avancierte noch im selben Jahr zum Justizsenator. Sein Nachfolger im Ausschußvorsitz, Hans-Joachim Seeler, stieg ebenfalls zum Senator auf. Der Vorsitzende des "Halle-Hamburg"-Ausschusses - die Gazette gleichen Namens hatte Mittel aus der Stadtkasse erhalten - übernahm ein relativ unbekannter SPD-Abgeordneter namens Wolfgang Curilla. Kurze Zeit später gehörte der penible Rechtsanwalt als Umweltschutzsenator der Stadtstaat-Regierung an.

Karriere statt Konsequenzen? Oppositionsführer Harmut Perschau beklagt, daß die Fähigkeit, "aus Fehlern zu lernen, in Rathaus nicht vorhanden ist". Der CDU-Fraktionschef plädiert dafür, den noch laufenden Neue-Heimat-Ausschuß vorzeitig abzuschließen, zumal der Rechnungshof wesentliche Vorgänge in dem Hamburger Wohnungsbauunternehmen schon aufgeklärt habe. Zwei Untersuchungsausschüsse würden sich zudem in ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit gegenseitig neutralisieren.

Die Freie Demokraten wollen auch bei den zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni mit dem Vorsitzenden der Liberalen Fraktion (ELD) in Straßburg, Martin Bangemann, als Spitzenkandidaten antreten. Auf der Bundesliste, die die 400 Mitglieder der Vertreterversammlung am Wochenende in Leverkusen aufstellten, folgen Bangemann die bisherigen Europa-Abgeordneten Mechtild von Alemann aus Nordrhein-Westfalen, Heinrich Jürgens aus Niedersachsen und Ulrich Inner aus Bayern. Dabei hatte der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Kurt Jung, auf Drängen seines Landesverbands Rheinland-Pfalz gegen Jürgens in einer Kampfabstimmung antreten müssen, bei der er deutlich unterlag. Die Kandidatenliste wurde so zusammengestellt, daß auf den ersten Plätzen jeder Landesverband mit einem Bewerber vertreten ist.

Zu Beginn der ganztägigen Konferenz hatte der FDP-Vorsitzende und Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben. Sie sei zwar der größte Nettozahler der EG, profitiere aber als Exportland klar von dem größeren europäischen Markt und habe unter dem Strich nicht zugezehrt.

Außenpolitisch, so Genscher weiter, sei die Bundesrepublik Deutschland der "Hauptnettopfänger" der EG. "Unsere Mitgliedschaft in der Gemeinschaft bewirkt, daß wir die besonderen Nöte und Probleme eines geteilten Landes am besten bewältigen können." Der FDP-Vorsitzende: "Als Deutsche müssen wir ja sagen zur EG, wenn wir nicht erneut unser Schicksal in Gefahr bringen wollen."

Auch die Probleme der Arbeitslosigkeit seien nur gemeinsam zu lösen, "oder wir werden gemeinsam untergehen". Schließlich forderte Genscher die EG-Partner auf, auch in Sicherheitsfragen mit einer Stimme zu sprechen. Alt-Bundespräsident Walter Scheel hatte als Präsident der Europäischen Gemeinschaften appelliert, mehr für eine europäische Einigung zu tun. Es sei dringend ein neuer Anlauf erforderlich.

Bei den Delegierten des Parteitag kam der neue, kantige Parteichef offensichtlich an. Wallmann wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 448 Ja-Stimmen gegen nur 16 Nein-Stimmen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Zu einer Debatte über seine kämpferische Rede kam es nicht. Außer dem Ehrenvorsitzenden Alfred Dreger und dem Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, ebenfalls ein Mitglied des hessischen Landesvorstandes, meldete sich niemand zu Wort.

In Kabinengesprächen gab es da zu freilich auch bissige Kommentare von CDU-Delegierten. Wallmanns Rede habe in erster Linie aus "Vergangenheitsbewältigung" bestanden. An "Perspektiven" für eine künftige aussichtsreiche "Strategie" habe es gut wie nichts enthalten. Andere Teilnehmer zogen aus der mangelnden Diskussionsfreude des Parteita-

ges in einer "Situation von historischer Tragweite" den Schluß, daß es der Partei nach der zermürbenden Niederlage des vergangenen Jahres offensichtlich schwerfalle, zur alten "kämpferischen Solidarität" zurückzufinden. Wieder andere Teilnehmer wollten aus dem Schweigen der Delegierten gerade "Zustimmung, der nichts hinzuzufügen sei", herauslesen.

Wallmanns Angriffe gegen die SPD hatten die unverkennbare Tendenz, Widersprüche der sozialdemokratischen Politik von der strikten Absage an die Grünen bis zum sich anbahnenden Bündnis mit ihnen aufzuzeigen. Die Sozialdemokraten hätten eine "Kehrtwendung um 180 Grad" aus "blankem Opportunismus" vollzogen und ihre Glaubwürdigkeit verloren. Sie seien kein berechenbarer politischer Faktor mehr.

Seinen Vorwurf, die SPD sei zur "Aussteigerpartei" geworden, belegte Wallmann mit Beispielen grüner Forderungen in den Verhandlungen mit der SPD, die schon beschlossen oder zu entscheiden sind. So sollten die Straßenbaumittel um 70 Prozent reduziert und 68 Straßenbauplanungsmaßnahmen in Hessen gestrichen werden. Für den Frankfurter Flughafen seien ein totales Nachtflugverbot und striktes Nachtflugverbot im Gespräch. In der Energiepolitik stehe der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie bevor.

Zusammenfassend meinte Wallmann, in einem derartigen "Arbeitsplatzverknüpfungsprogramm" dokumentiere sich eine "untragbare arbeitnehmerfeindliche Politikneigung". Der Konjunkturausschuss in Hessen werde von dem in der Bundesrepublik abgekoppelt. Die

Bei den Delegierten des Parteitag kam der neue, kantige Parteichef offensichtlich an. Wallmann wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 448 Ja-Stimmen gegen nur 16 Nein-Stimmen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Zu einer Debatte über seine kämpferische Rede kam es nicht. Außer dem Ehrenvorsitzenden Alfred Dreger und dem Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, ebenfalls ein Mitglied des hessischen Landesvorstandes, meldete sich niemand zu Wort.

In Kabinengesprächen gab es da zu freilich auch bissige Kommentare von CDU-Delegierten. Wallmanns Rede habe in erster Linie aus "Vergangenheitsbewältigung" bestanden. An "Perspektiven" für eine künftige aussichtsreiche "Strategie" habe es gut wie nichts enthalten. Andere Teilnehmer zogen aus der mangelnden Diskussionsfreude des Parteita-

ges in einer "Situation von historischer Tragweite" den Schluß, daß es der Partei nach der zermürbenden Niederlage des vergangenen Jahres offensichtlich schwerfalle, zur alten "kämpferischen Solidarität" zurückzufinden. Wieder andere Teilnehmer wollten aus dem Schweigen der Delegierten gerade "Zustimmung, der nichts hinzuzufügen sei", herauslesen.

Wallmanns Angriffe gegen die SPD hatten die unverkennbare Tendenz, Widersprüche der sozialdemokratischen Politik von der strikten Absage an die Grünen bis zum sich anbahnenden Bündnis mit ihnen aufzuzeigen. Die Sozialdemokraten hätten eine "Kehrtwendung um 180 Grad" aus "blankem Opportunismus" vollzogen und ihre Glaubwürdigkeit verloren. Sie seien kein berechenbarer politischer Faktor mehr.

Seinen Vorwurf, die SPD sei zur "Aussteigerpartei" geworden, belegte Wallmann mit Beispielen grüner Forderungen in den Verhandlungen mit der SPD, die schon beschlossen oder zu entscheiden sind. So sollten die Straßenbaumittel um 70 Prozent reduziert und 68 Straßenbauplanungsmaßnahmen in Hessen gestrichen werden. Für den Frankfurter Flughafen seien ein totales Nachtflugverbot und striktes Nachtflugverbot im Gespräch. In der Energiepolitik stehe der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie bevor.

Beifall für den „neuen“ Wallmann

Kämpferische Rede des hessischen CDU-Chefs / „Unnachgiebige Opposition“ angekündigt

D. GURATZSCH, Friedberg
Der verbindliche Wahlkampf des vergangenen Sommers, Walter Wallmann, Landesvorsitzender der hessischen CDU und Frankfurter Oberbürgermeister, war nicht wiederzuerkennen. Auf dem 60. Landesparteitag der hessischen CDU erlebte die rund 500 Delegierten einen "neuen" Wallmann, der auf dem ersten Unionsparteitag nach der Hessenwahl vom 25. September 1983 mit der SPD und ihrem hessischen Parteichef, dem Ministerpräsidenten Holger Börner, in scheidendem Ton ins Gericht ging. Wallmann kündigte eine "unnachgiebige Opposition" im hessischen Landtag an. Er habe "im Augenblick keine Angebote mehr an die SPD zu unterbreiten".

Bei den Delegierten des Parteitag kam der neue, kantige Parteichef offensichtlich an. Wallmann wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 448 Ja-Stimmen gegen nur 16 Nein-Stimmen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Zu einer Debatte über seine kämpferische Rede kam es nicht. Außer dem Ehrenvorsitzenden Alfred Dreger und dem Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, ebenfalls ein Mitglied des hessischen Landesvorstandes, meldete sich niemand zu Wort.

In Kabinengesprächen gab es da zu freilich auch bissige Kommentare von CDU-Delegierten. Wallmanns Rede habe in erster Linie aus "Vergangenheitsbewältigung" bestanden. An "Perspektiven" für eine künftige aussichtsreiche "Strategie" habe es gut wie nichts enthalten. Andere Teilnehmer zogen aus der mangelnden Diskussionsfreude des Parteita-

Türkische Künstler bitten Frau Funcke um Hilfe

Ansängerbeauftragte auf „Kultur-Visite“ in Berlin

F. DIEDERICH, Berlin
Bei Kabab und Köffe in Kreuzberg brachte es der Gast aus Bonn auf den Punkt: "Ein kultureller Austausch zwischen Türken und Deutschen kann Vorurteile abbauen und das Zusammenleben positiv beeinflussen. Ich werde dafür sorgen, daß die Arbeiten türkischer Künstler in Berlin im ganzen Bundesgebiet bekannt werden."

Das Versprechen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), fiel dann auch beim Empfang des Berliner Senats auf fruchtbaren Boden. "Wir Künstler wünschen ein größeres Forum", hatte sich zuvor nicht nur der Maler Hanif Yeter aus Istanbul der Bonner Politikerin anvertraut, die zu einer ausgedehnten Kultur-Tour an die Spree gerast war, um auf Tuchfühlung zur türkischen Kulturszene in Berlin zu gehen.

In Berlin - mit 145 000 Türken größte türkische Stadt außerhalb der Türkei - leben derzeit rund 1000 Maler, Schriftsteller, Filmemacher und Bildhauer - eine "Szene", die nach Worten von Liselotte Funcke bisher stark vernachlässigt wurde. Eine Gruppe, die den Weg heraus aus Kreuzberg sucht und nach Gemeinsamkeiten mit der "einheimischen" Kunst strebt.

Auch im Spezialitätenlokal "Lampenfisch" geht es beim gemeinsamen Essen mit Literaten, Schauspielern und Musikern um Gemeinsamkeiten. "Berlin tut gut - auch unserer Kunst", stellen die meisten Anwesenden fest. Doch die an Liselotte Funcke herangetragenen Wünsche sind bezeichnend für noch vorherrschende Abgrenzungen, die die FDP-Politikerin beseitigen möchte. "Wenn es offizielle Berlin-Ausstellungen im Ausland gibt", kritisierte der seit sieben Jahren in Berlin lebende Maler

glaube schon, daß dieses allein sein Wahlkonzept auslenken würde. Aber so weit ist es noch nicht. Am 7. Juli auf dem Landesparteitag werden die Delegierten zwischen ihr und Schröder zu entscheiden haben. Im Gegensatz zu Schröder, dem ehemaligen Jusos-Vorsitzenden, der in den zurückliegenden Wochen seinen "Heimvorteil" kräftig ausgenutzt hat, gehe sie zu denen, die integriert werden können. Es gehe nicht um links oder rechts. "Wer Sachpolitik zum Maßstab für Eingruppierungen nimmt, der soll mir erst einmal zeigen, in welcher Weise er andere Positionen einnimmt." Es komme vielmehr darauf an, "mit welcher Person, mit welcher Mannschaft, mit welcher Aussage kann eine SPD Wahlen gewinnen". Es könne nicht darum gehen, daß man die Parteiorganisation neu installiere, wie Schröder das wolle.

Der Unterschied zwischen Schröder und mir ist, daß ich ein größeres Wahlerspektrum ansprechen kann als Herr Schröder. Sie fühle sich imstande, die "Gesamtpartei" hinter sich zu versammeln. Sie fühle allerdings keinen "Wahlkampf" gegen Herrn Schröder, sondern eine "Vertrauenskampagne" für sich. Sie bringe ihre Erfahrungen als Politikerin ins

Bei Kabab und Köffe in Kreuzberg brachte es der Gast aus Bonn auf den Punkt: "Ein kultureller Austausch zwischen Türken und Deutschen kann Vorurteile abbauen und das Zusammenleben positiv beeinflussen. Ich werde dafür sorgen, daß die Arbeiten türkischer Künstler in Berlin im ganzen Bundesgebiet bekannt werden."

Das Versprechen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), fiel dann auch beim Empfang des Berliner Senats auf fruchtbaren Boden. "Wir Künstler wünschen ein größeres Forum", hatte sich zuvor nicht nur der Maler Hanif Yeter aus Istanbul der Bonner Politikerin anvertraut, die zu einer ausgedehnten Kultur-Tour an die Spree gerast war, um auf Tuchfühlung zur türkischen Kulturszene in Berlin zu gehen.

ges in einer "Situation von historischer Tragweite" den Schluß, daß es der Partei nach der zermürbenden Niederlage des vergangenen Jahres offensichtlich schwerfalle, zur alten "kämpferischen Solidarität" zurückzufinden. Wieder andere Teilnehmer wollten aus dem Schweigen der Delegierten gerade "Zustimmung, der nichts hinzuzufügen sei", herauslesen.

Wallmanns Angriffe gegen die SPD hatten die unverkennbare Tendenz, Widersprüche der sozialdemokratischen Politik von der strikten Absage an die Grünen bis zum sich anbahnenden Bündnis mit ihnen aufzuzeigen. Die Sozialdemokraten hätten eine "Kehrtwendung um 180 Grad" aus "blankem Opportunismus" vollzogen und ihre Glaubwürdigkeit verloren. Sie seien kein berechenbarer politischer Faktor mehr.

Seinen Vorwurf, die SPD sei zur "Aussteigerpartei" geworden, belegte Wallmann mit Beispielen grüner Forderungen in den Verhandlungen mit der SPD, die schon beschlossen oder zu entscheiden sind. So sollten die Straßenbaumittel um 70 Prozent reduziert und 68 Straßenbauplanungsmaßnahmen in Hessen gestrichen werden. Für den Frankfurter Flughafen seien ein totales Nachtflugverbot und striktes Nachtflugverbot im Gespräch. In der Energiepolitik stehe der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie bevor.

Zusammenfassend meinte Wallmann, in einem derartigen "Arbeitsplatzverknüpfungsprogramm" dokumentiere sich eine "untragbare arbeitnehmerfeindliche Politikneigung". Der Konjunkturausschuss in Hessen werde von dem in der Bundesrepublik abgekoppelt. Die

Bei Kabab und Köffe in Kreuzberg brachte es der Gast aus Bonn auf den Punkt: "Ein kultureller Austausch zwischen Türken und Deutschen kann Vorurteile abbauen und das Zusammenleben positiv beeinflussen. Ich werde dafür sorgen, daß die Arbeiten türkischer Künstler in Berlin im ganzen Bundesgebiet bekannt werden."

Das Versprechen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), fiel dann auch beim Empfang des Berliner Senats auf fruchtbaren Boden. "Wir Künstler wünschen ein größeres Forum", hatte sich zuvor nicht nur der Maler Hanif Yeter aus Istanbul der Bonner Politikerin anvertraut, die zu einer ausgedehnten Kultur-Tour an die Spree gerast war, um auf Tuchfühlung zur türkischen Kulturszene in Berlin zu gehen.

In Berlin - mit 145 000 Türken größte türkische Stadt außerhalb der Türkei - leben derzeit rund 1000 Maler, Schriftsteller, Filmemacher und Bildhauer - eine "Szene", die nach Worten von Liselotte Funcke bisher stark vernachlässigt wurde. Eine Gruppe, die den Weg heraus aus Kreuzberg sucht und nach Gemeinsamkeiten mit der "einheimischen" Kunst strebt.

Auch im Spezialitätenlokal "Lampenfisch" geht es beim gemeinsamen Essen mit Literaten, Schauspielern und Musikern um Gemeinsamkeiten. "Berlin tut gut - auch unserer Kunst", stellen die meisten Anwesenden fest. Doch die an Liselotte Funcke herangetragenen Wünsche sind bezeichnend für noch vorherrschende Abgrenzungen, die die FDP-Politikerin beseitigen möchte. "Wenn es offizielle Berlin-Ausstellungen im Ausland gibt", kritisierte der seit sieben Jahren in Berlin lebende Maler

glaube schon, daß dieses allein sein Wahlkonzept auslenken würde. Aber so weit ist es noch nicht. Am 7. Juli auf dem Landesparteitag werden die Delegierten zwischen ihr und Schröder zu entscheiden haben. Im Gegensatz zu Schröder, dem ehemaligen Jusos-Vorsitzenden, der in den zurückliegenden Wochen seinen "Heimvorteil" kräftig ausgenutzt hat, gehe sie zu denen, die integriert werden können. Es gehe nicht um links oder rechts. "Wer Sachpolitik zum Maßstab für Eingruppierungen nimmt, der soll mir erst einmal zeigen, in welcher Weise er andere Positionen einnimmt." Es komme vielmehr darauf an, "mit welcher Person, mit welcher Mannschaft, mit welcher Aussage kann eine SPD Wahlen gewinnen". Es könne nicht darum gehen, daß man die Parteiorganisation neu installiere, wie Schröder das wolle.

Der Unterschied zwischen Schröder und mir ist, daß ich ein größeres Wahlerspektrum ansprechen kann als Herr Schröder. Sie fühle sich imstande, die "Gesamtpartei" hinter sich zu versammeln. Sie fühle allerdings keinen "Wahlkampf" gegen Herrn Schröder, sondern eine "Vertrauenskampagne" für sich. Sie bringe ihre Erfahrungen als Politikerin ins

Bei Kabab und Köffe in Kreuzberg brachte es der Gast aus Bonn auf den Punkt: "Ein kultureller Austausch zwischen Türken und Deutschen kann Vorurteile abbauen und das Zusammenleben positiv beeinflussen. Ich werde dafür sorgen, daß die Arbeiten türkischer Künstler in Berlin im ganzen Bundesgebiet bekannt werden."

Das Versprechen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), fiel dann auch beim Empfang des Berliner Senats auf fruchtbaren Boden. "Wir Künstler wünschen ein größeres Forum", hatte sich zuvor nicht nur der Maler Hanif Yeter aus Istanbul der Bonner Politikerin anvertraut, die zu einer ausgedehnten Kultur-Tour an die Spree gerast war, um auf Tuchfühlung zur türkischen Kulturszene in Berlin zu gehen.

In Berlin - mit 145 000 Türken größte türkische Stadt außerhalb der Türkei - leben derzeit rund 1000 Maler, Schriftsteller, Filmemacher und Bildhauer - eine "Szene", die nach Worten von Liselotte Funcke bisher stark vernachlässigt wurde. Eine Gruppe, die den Weg heraus aus Kreuzberg sucht und nach Gemeinsamkeiten mit der "einheimischen" Kunst strebt.

SPD wolle Hessen "in die vorindustrielle Gesellschaft" zurückführen. Wallmann: "Wer solchen Unsinn am Ende des XX. Jahrhunderts propagiert, der hat doch nicht mal alle Sinne beisammen und der ist unfähig, ein Land zu regieren."

„Anssteiger Börner“

Besonders scharf ging Wallmann mit dem SPD-Chef und geschäftsführenden Ministerpräsidenten von Hessen, Holger Börner, ins Gericht. Er sei zum "Aussteiger aus seiner eigenen Politik", zum "unüberbietbaren Opportunisten und Anpasser in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik Deutschland" geworden. Börner habe als einer der ersten in seiner Partei den Kurs in der Nachkriegszeit geändert. Er habe die Grünen politisch unfähig genannt, habe sie in die Nähe von Faschisten gerückt. Jetzt aber unterschreibe er "Kapitulationsurkunden" von ihnen und lasse zu, daß sie "in wichtigen Bereichen zum wesentlichen Entscheidungsfaktor der hessischen Landespolitik" werden. Gleichzeitig habe er "geradezu gramgebeugt" in persönlichen Gesprächen erklärt, "wie schlimm es für ihn sei, mit den Grünen eine Kooperation zu suchen; er wolle ja viel lieber mit uns koalieren".

Für seine Wertung dieses Verhaltens erhielt Wallmann von den Delegierten den stärksten Beifall: "Ein schöner Parteiführer", sagte er über Börner, "der gegen eigene Überzeugung handelt und dann noch larmoyant um Verständnis für Wortbruch und unverantwortliches Handeln bittet." Die Politik der "Samthandschuh", so zeigte der minutenlange Applaus, ist für Hessens CDU vorbei.

Glottz: Bündnis mit Grünen kann sinnvoll sein

STEFAN HEYDECK, Bonn

Nach dem weiter schwelenden Streit um den Bundestagsabgeordnete Gert Bastian entsteht bei den Grünen nun ein neuer inhaltlicher Konflikt. Umstritten ist eine angestrebte Zusammenarbeit mit der SPD in Hessen, aber auch eine mögliche Kooperation mit den Sozialdemokraten in Bonn.

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen als höchstes Gremium zwischen den Parteien mitbeteiligt in Kaiserslautern den hessischen Verband: Er habe gegenüber der SPD unverzichtbare Positionen aufgegeben. Die Grünen werden laut Vorstandssprecher Rainer Trampert nicht überleben, wenn sie zu "Verwaltern" des Systems würden. Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Reents bezeichnete es im Sender Freies Berlin wegen der Lage der Grünen als völlig "unerfindlich", daß einige in der Partei über eine Regierungsbeteiligung nachdächten. Dagegen meinte Otto Schily, der dies für Hessen "im Moment" ausschloß, im Zeiten Deutschen Fernsehen: "Wir trainieren eine Zusammenarbeit jetzt mit der SPD. Es werde sich zeigen, ob eine Auswirkung auf den Bund möglich ist." Dirk Treiber von der Landtagsgruppenarbeit des hessischen Vorhabens ein "Experiment".

SPD-Bundestagsgeschäftsführer Peter Glottz sieht in einem "grundlegenden Bündnis" wie früher mit der FDP keine "generelle Lösung". Eine Koalition, so Glottz im ZDF, könne aber punktuell auf Zeit in einzelnen Ländern "sinnvoll und notwendig" sein. SPD-Ministerpräsident Holger Börner sagte in einem Interview: "Wenn wir Erfolg haben, gehen wir in die Geschichte ein - wenn wir Mißerfolg haben, geht die Geschichte über uns hinweg." Bei den Grünen gebe es "eine ganze Menge unerzogener Kinder".

Außerdem wisse sie, meinte Anke Fuchs selbstbewußt, was es heißt, nicht nur Parteiresolutionen zu schaffen, sondern Sachthemen durchzusetzen und in Gesetzgebung zu bringen. Dazu brauche man die Fähigkeit zu Kompromissen. Dies habe sie in schwierigen Zeiten in der Regierungserfahrung gelernt. Die Erfahrung könne "für die Auseinandersetzung in Niedersachsen und für die Arbeit, die dann nach 1986 auf mich zukommt, von großer Bedeutung sein". Anke Fuchs sieht für die SPD in Niedersachsen eine echte Chance, Regierungsverantwortung zu übernehmen, "wenn Ernst Albrecht in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik den richtigen Widerpart hat".

Spiel, "der das Handwerk ausreißend auch schon unter Beweis gestellt hat". Sie habe als Vorstandsmitglied der IG Metall Managementkenntnisse erworben und als Staatssekretärin und spätere Ministerin gelernt, mit Beamtenapparaten umzugehen. "Ich glaube auch, ich war so ganz ganz erfolgreich, wenn es darum ging, den Beamten zu sagen, was ich gerne hätte, und mir nicht nur sagen zu lassen, was die Beamten von mir erwarteten".

Außerdem wisse sie, meinte Anke Fuchs selbstbewußt, was es heißt, nicht nur Parteiresolutionen zu schaffen, sondern Sachthemen durchzusetzen und in Gesetzgebung zu bringen. Dazu brauche man die Fähigkeit zu Kompromissen. Dies habe sie in schwierigen Zeiten in der Regierungserfahrung gelernt. Die Erfahrung könne "für die Auseinandersetzung in Niedersachsen und für die Arbeit, die dann nach 1986 auf mich zukommt, von großer Bedeutung sein". Anke Fuchs sieht für die SPD in Niedersachsen eine echte Chance, Regierungsverantwortung zu übernehmen, "wenn Ernst Albrecht in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik den richtigen Widerpart hat".

Böll: „Besondere Schande für die Sowjetunion“

AP, Köln

Als "ganz besondere Schande für die Sowjetunion" hat Heinrich Böll den Fall des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow bezeichnet. Im Westdeutschen Rundfunk erklärte der Schriftsteller gestern, im Fall von Sacharow verübe die Sowjetunion - auch im Vergleich mit ihren sonstigen Menschenrechtsverletzungen - eine "glaubliche Art der Sonderbehandlung". Er und seine Freunde seien in großer Sorge und Angst um das Leben des Atomphysikers und Friedensnobelpreisträgers. Böll begrüßte, daß es in der Vergangenheit Unterstützung von Mitgliedern aller Bundestagsparteien für Sacharow gegeben habe, doch sei er skeptisch über die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Sowjetunion.

Er wies darauf hin, daß auch das Leben von Sacharows herzkranker und augenleidender Frau gefährdet sei. In der vergangenen Woche hatte Sacharow nach einer schwedischen Zeitungsmeldung die Teilnehmer der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) gebeten, seine Frau Jelena im Bemühen um ein Reisevisum für das Ausland zu unterstützen. Sie brauche dringend eine Krankenhausbehandlung im Ausland, hieß es in dem in den Westen geschmuggelten Brief.

Mertes: „Kreml will Kontrolle umgehen“

rnc, Bonn

Kritisch hat sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, mit dem sowjetischen Vorschlag zur Schaffung eines von chemischen Waffen freien Europa auseinandergesetzt. Mertes sagte, alle Versuche, das Ziel der C-Waffen-Abrüstung zunächst auf Europa einzugrenzen, stellten in Wirklichkeit einen Rückschritt dar.

Der Staatsminister verwies auf Expertenäußerungen, nach denen eine zuverlässige Abrüstung dieser Waffenkategorie nur unter der Bedingung möglich sei, daß die bestehenden Abmachungen überprüfbar seien. Gegen diese "Verifikation" habe sich die Sowjetunion jedoch gemeinsam mit ihren Verbündeten im Ostblock bisher immer gestraubt. Insbesondere die Inspektion vor Ort, die nach Ansicht des Westens unverzichtbar wäre, habe der Osten abgelehnt.

Es bleibe gemeinsames westliches Ziel, ein umfassendes und verlässlich überprüfbares Verbot aller chemischen Waffen weltweit zu erreichen. Eine regionale C-Waffen-freie Zone berge dagegen zusätzliche Gefahren. Mertes erklärte, die zusätzlichen Vorkehrungen zur Kontrolle, daß keine C-Waffen verbotswidrig in diese Zone geschleust würden, werde von den Experten als undurchführbar bezeichnet. Diese Kontrollfrage wolle der Warschauer Pakt mit Hilfe einer "politischen Erklärung" umgehen. Das aber, so Mertes, sei für den Westen nicht akzeptabel.

Der Staatsminister verwies zudem auf die wenig kooperative Einstellung der Sowjetunion zur Entkräftung der Vorwürfe, sie selbst oder ihre Verbündeten hätten in Südostasien C-Waffen verwendet. Die von den Vereinten Nationen gebildete Untersuchungskommission habe auf Betreiben der Sowjetunion nicht in die betreffenden Regionen einreisen dürfen.

Morlok nennt FDP „Wirtschaftspartei“

rtr, Tübingen

Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Jürgen Morlok hat die Liberalen als eine "Wirtschaftspartei" bezeichnet. Auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Tübingen begründete Morlok diesen Begriff damit, daß die FDP auf die Grundsätze der freien Marktwirtschaft" achte. Diese Idee müsse auch in anderen Politikbereichen verwirklicht werden.

So müsse zum Beispiel in der Rentenversicherung "private Vorsorge stärker Platz greifen". Die Alternative seien ständig steigende Steuern, die im Ergebnis auf die Sozialisierung des Lohns hinausläufen.

Palm: Steuerreform wird eingeleitet

rtr, Stuttgart

Die Bundesregierung will nach Angaben des baden-württembergischen Finanzministers Guntram Palm schon in der kommenden Woche den Entwurf für ein Steuerbereinigungsgesetz vorlegen, das vor allem Erleichterungen für alleinerziehende Personen und Steuereinfachungen bringen solle. Dem Süddeutschen Rundfunk sagte Palm, dieser "kleinen Steuerreform" werde eine große Steuerreform folgen.

Vorgesehen seien eine Neugestaltung des Einkommensteuertarifs mit dem Ziel, insbesondere die Bezieher von Einkommen zwischen 18 000 und 48 000 DM für Ledige und 38 000 bis 96 000 DM für Verheiratete zu entlasten, eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs sowie weitere Steuereinfachungen. Die geplanten Entlastungen müßten mindestens einen Wert von 20 Milliarden Mark erreichen.

„Geheim-Organisation“ der Tudeh lieferte Moskau militärische Daten

Urteile gegen 87 Mitglieder der verbotenen KP Irans / Sowjetunion reagiert zurückhaltend

M. AHMED/DW, Teheran

Im Prozeß gegen 101 Mitglieder der verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei sind am Wochenende in Teheran Urteile gegen 87 der Angeklagten gefällt worden. Der Vorsitzende des Militär-Revolutionsgerichts, Hojatoleslam Mohammadi Rayshahri, gab - ohne Namensnennung - sechs lebenslange Strafen, sechs Haftstrafen zwischen 20 und 30 Jahren, 24 zwischen zehn und 15, 33 zwischen fünf und acht sowie zwölf unter fünf Jahren bekannt. Vier Angeklagte seien freigesprochen worden. Weitere Urteile, darunter auch Todesurteile, würden erst nach der Bestätigung durch den Obersten Gerichtshof bekanntgegeben.

Die Verurteilten gehörten der „geheimen Abteilung“ der Tudeh-Partei an, deren Aufgabe es war, den militärischen Bereich zwecks Ausspionierung zu infiltrieren. In knapp fünf Wochen wurden Verfahren gegen die Hälfte der auf 200 geschätzten Mitglieder dieser Abteilung durchgezogen. In der Regel ging das so vor sich: Der Regierungssanktionär trug die Angeklagten vor. Der Angeklagte verteidigte sich selbst, ohne einen Rechtsanwalt. Selten stritt einer der Angeklagten die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen ab; häufig kam es vor, daß der Angeklagte sich freiwillig weiter belastete und um eine gerechte Strafe für die eigenen Verfehlungen bat.

Es flossen gelegentlich Tränen aus Verzweiflung und wohl auch aus Reue. Mancher einer bat um Vergebung und flehte das Gericht um Gewährung einer Chance an, seinen Beruf, zum Beispiel als Arzt, zum Nutzen der Menschheit ausüben zu dürfen und dadurch tätige Reue zu zeigen.

In der Terminologie der Islamischen Republik Iran gelten als „Mufsid fi-Ard“ (Korrupte dieser Erde) und als „Muharib“ (Anstifter zum Aufbruch). Darauf stehen hohe Freiheitsstrafen oder die Todesstrafe. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder

einer kommunistischen Partei zu sein und in deren Auftrag für eine fremde Macht, sprich die Sowjetunion, fortgesetzt Spionage bei den Sicherheitskräften betrieben zu haben.

Diese Vorwürfe sind derart gesichert, daß es für die Angeklagten nicht lohnt, sich dagegen auszusprechen. Der im Juni 1982 zu den Briten übergelaufene sowjetische Vize-Konsul in Teheran, Wladimir Andrejewitsch Kusitschkin, hatte detaillierte Informationen über die Tudeh-Partei und über ihre Spionagetätigkeit für die Sowjetunion geliefert.

Der Generalsekretär der Tudeh, Kianuri, dessen Prozeß noch aussteht, gab zweimal im Fernsehen Auskunft über die Spionagetätigkeit der Tudeh. Er machte die Sowjetunion dafür verantwortlich, die die Tudeh-Partei genötigt hatte, geheime Informationen aus dem militärischen Bereich zu liefern. Als Gegenleistung bekam man Finanzhilfe, in einem Fall waren es 1000 Tonnen Papier für die Veröffentlichung von Propagandaschriften.

Alles begann, als Kianuri nach der Islamischen Revolution im Februar 1979 nach mehrjährigem Exil aus Europa nach Iran zurückkehrte. Die Tudeh hatte damals weniger als 300 aktive Mitglieder. Der Kontakt mit der sowjetischen Botschaft in Teheran wurde über eine Firma hergestellt, die ein Tudeh-Mitglied im Auftrag der Partei gründete. Die Firma trat als Lieferant für die sowjetische Botschaft auf.

Die Tudeh gründete unter der Leitung des Zentralkomitee-Mitglieds Mahdi Partovi die sogenannte „Geheim-Organisation“, die ihrerseits Parteimitglieder bei den Streitkräften einschleuste. Man fristete Kontakte zu Offizieren aus früheren Zeiten auf, die zum Teil 20 und 30 Jahre zurücklagen. Einer dieser Offiziere war Bahram Afzari, der es sogar bis zum Oberkommandierenden der Marine gebracht hatte.

Afzari verriet den Standort eines mit den modernsten US-Raketen beladenen Schiffes, das man vorsorg-

lich im Persischen Golf versenkt hatte, um zu verhindern, daß die Amerikaner die Raketen abtransportieren oder zerstören könnten. Er lieferte Daten über die Schiffsbewegungen im Golf, die Verluste Irans im Golfkrieg, Pläne über die Verlegung des Militärs Hauptquartiers, Zahlen über den Erdölverkauf, Angaben über die Devisenbestände Irans. Er berichtete sogar über die geheimen Sitzungen der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und verriet die geplanten Großangriffe im Krieg gegen Irak.

Der gefeierte iranische Kriegsheld Flugkapitän Schafi Husseinpur, der 37 iranische Flugzeuge abschoß und zahlreiche Angriffe mit Erfolg gegen Irak flog, verriet an die Sowjets die genauen Daten über die eigenen Flugzeugverluste und die des Gegners. Er teilte auch mit, wieviel Flugzeuge und wieviel Ersatzteile die iranische Luftwaffe besaß.

Oberst Attarian wurde seinerzeit von der Militärführung beauftragt, eine Untersuchung über das fehlgeschlagene US-Kommandounternehmen im April 1980 zur Befreiung der Geiseln in der US-Botschaft in Teheran anzuführen. Er lieferte den Sowjets eine Kopie seines Berichts. Er war später im Golfkrieg als einer der Truppenkommandeure eingesetzt und nahm als solcher an den Sitzungen der Ausschüsse des Obersten Verteidigungsrates teil. Er verriet die Planung der Militärführung an die Sowjets. Dadurch waren sie über die geplanten Großangriffe der Iraner stets im voraus unterrichtet und haben möglicherweise die iranische Regierung davon in Kenntnis gesetzt.

In Anbetracht dieser Tatsachen nimmt es kein Wunder, daß die Beziehungen zwischen Iran und der Sowjetunion zur Zeit ihren tiefsten Punkt erreicht haben. Die sowjetischen Medien haben bisher nur zaghaft Iran an den Beistand Moskaus in den schweren Zeiten unmittelbar nach der iranischen Revolution erinnert. Alles spricht dafür, daß man in Moskau die verhafteten Tudeh-Mitglieder bereits aufgegeben hat.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Lust am Untergang

Frankfurt, R. Aros und das fatale Jahr 1984: DIE WELT vom 3. Januar

Die Westdeutschen taumeln dem Abgrund zu, wie Pankraz wieder einmal treffend feststellt; doch wünscht man sich diesmal, er irrt sich. Mit dem Rücken zum Abgrund, aber die Regierenden reden von „Aufschwung“, „Zukunft“, von „geistiger Wende“ gar. Wenn Gott tödlich straft, den schlägt er mit Blindheit angedacht des Untergangs.

Die Bundesrepublik hat mit 10,1 Geburten je tausend Einwohner pro Jahr die niedrigste Geburtenrate der Welt (das Innenministerium in Bonn am 4. Februar 1983). In hundert Jahren, prophezeien Statistiker, wird es nur noch 22 Millionen Bundesbürger geben, wenn der Geburtenrückgang weiter so anhält. Einer der Gründe für den Volksstod auf Raten ist die Abtreibungsfreiheit - Abtreibung auf Krankenschein - als geplante, medizinisch kaltherbige Lebensvernichtung. Frau Karwatzki, Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, schätzt die Zahl der tatsächlich getöteten Ungeborenen auf das Neun- bis Zehnfache der gemeldeten Abtreibungen, pro Jahr 900 000 bis 1 Million Abtreibungstote. Das ist das dreifache der Hiroshima-Opfer, ungefähr das fünffache der Leichen von Dresden. Der Pol-Pot-Kannibalismus verschlang 2 Millionen Kambodschaner (darunter auch Kinder). Vergleichsdaten, welche die Schande unserer Wohlstandsgesellschaft dokumentieren.

Pankraz hat den geradezu wahnwitzigen Mut, auch und vor allem die Grünen der Lebensfeindlichkeit, Volkstodbegünstigung, anzuklagen. Im Landtagswahlkampf in Bayern, September 1982, traten die Grünen dafür ein, jeder Frau das Recht zu gewähren, im nächstgelegenen Krankenhaus den Abbruch der Schwang-

erschaft kostenlos vornehmen zu lassen.

In der Bejahung des Tötens unschuldiger (ungeborener) Menschen offenbart sich eine Degenerierung menschlichen Fühlens, ein Lebenshaß, gespeist aus Ich-Sucht, Haben-Mentalität, Untergangsdrang. Die Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht, getarnt als „Selbstverwirklichung“, ist moralisch noch niedriger anzusetzen als Tötung aus ideologischen Motiven. Solch eine Charakterlosigkeit ist noch abgründiger, noch verwerflicher als bei den Stalinisten und Roten Khmer.

Pankraz hat recht: Solch eine Variante des Genozids ist nur denkbar in einem Volke, dem man das Rückgrat und sämtliche Gräten zusätzlich gebrochen und schließlich auch noch Selbstachtung und die eigene Seele ausgelöscht hat. „Deutschland, verreck!“ diese Nihilismuslosung der Radikalaussieger in der Berliner Hausbesetzerzone (und anderswo) ist das Endresultat der Identitätsdemontage - 1984! lange vor 1984. Der Schoß der Umwertung aller Werte ist fruchtbar noch; wo nationale Selbstverleugung und Selbstverachtung herrschen, triumphiert die Lebensangst.

Selbsthaß mündet in Selbstzerstörung: um dies zu wissen, braucht man nicht Nietzsche, Freud, Dostojewski, Camus gelesen zu haben.

Wer rettet also unser Volk vor dem Selbststektel? Wer sagt ihm die Wahrheit? Wer wagt den Anstoß zur echten geistig-ethischen Wende? Die Etablierten? Die Frage stellen, heißt sie vernehmen. Immerhin: Wir haben die Stimme eines Pankraz. Doch was geschah mit Cassandra?

Wolfgang Strauss, Furtch i. Wald

Ein Politikum?

Leserbrief: Deutsche Realität: DIE WELT vom 3. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, in einem Leserbrief teilt Herr Enkel aus Darmstadt mit, daß ihm aus einem in die DDR gesandten Paket ein Kalender herausgenommen wurde; er zitiert außerdem die Begründung der DDR-Post für die vom Zoll vorgenommene Einziehung des Kalenders. „Kommentar überflüssig“, schreibt Ihr Leser, hat er doch einen Kalender nur mit Blumen- und Tiermotiven geschickt.

Ein Kommentar ist nötig: Kalender sind ein Politikum für die DDR wegen der unterschiedlichen Feiertagsregelung von BRD und DDR, vor allem wegen des 17. Juni, dem „Tag der deutschen Einheit“ (auch wenn er, wie 1984, auf einen Sonntag fällt).

Kalender sind in der DDR außerdem notorisch Mangelware. Deshalb sind sie aus dem Westen sehr erwünscht. Es gibt inzwischen eine Fülle von „neutralen“ Kalendern, zumal Kunstkalender, die Feiertage nicht ausdrücklich vermerken. Solche Kalender, wenn sie nicht ausdrücklich als politisch verächtlich ausgewiesen werden, sind immer wieder in die DDR gelangt, sowohl über den Reise- als auch über den Postweg.

Mit freundlichem Gruß
H. Klunker, Köln 51

Wort des Tages

„Wenn du einen Menschen fürchtest, wirst du auch von ihm verspottet werden. Wenn du Gott fürchtest, wirst du auch bei den Menschen in Ansehen stehen.“

Johannes Chrysostomus, Kirchenlehrer (345-407)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Tübinger Strafrechtler Professor Karl Peters wird heute in Münster seinen 80. Geburtstag feiern. Professor Peters hatte besonders auf den Gebieten Strafprozeß, Jugendrecht, Strafprozeßpraxis und Prozeßreform große Anerkennung erlangt. Der Koblenzer war Professor in Köln, Greifswald und Münster und ging 1962 nach Tübingen. Er schrieb ein Lehrbuch, „Der neue Strafprozeß“, das bereits in dritter Auflage erschien. Auf sein Wirken geht auch wesentlich die Reform des Strafrechts zurück. Jahrzehnte hatte er als Staatsanwalt und Richter gewirkt. Er übernahm nach seiner Emeritierung 1972 eine Vielzahl kostenloser Strafverteidigungen, und ließ seine Erfahrungen in dem Buch „Justiz als Schicksal - ein Plädoyer für die andere Seite“ zusammen. Durch das Bundesverfassungsgericht erreichte er seinerzeit die Abschaffung der Doppelbestrafung von Wehrersatzdienstverweigerern.

EHRUNG

Die Professorin Doris Schachner, heute 79 Jahre alt, erhielt den Titel eines Ehrendoktors der Technischen Hochschule Aachen. Mit dieser höchsten Auszeichnung würdigt die Hochschule die Verdienste von Frau Schachner als frühere Inhaberin des Lehrstuhls für Mineralogie und als Dekan der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen in den Jahren 1959 bis 1961.

ERNENNTUNG

Neuer Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung wird Professor Ernst Hinrichs, der bisher an der Uni Oldenburg Geschichte der frühen Neuzeit lehrte. Er wird in diesem neuen Amt Nachfolger von Professor Dr. Karl-Ernst Jakschmann. Die Direktoren werden für jeweils fünf Jahre gewählt.

Frankreichs Presse wird weniger frei

Opposition spricht von Eingriff in die Grundrechte / Parlament debattiert Reformgesetz

A. GRAF KAGENECK, Paris

In einer Sondersitzung der französischen Nationalversammlung wird morgen der Entwurf des in der Form etwas abgeschwächten, in der Substanz jedoch unveränderten Presse-Reformgesetzes debattiert. Kraft ihrer absoluten Mehrheit in der Kammer wird die Regierung dieses Gesetz auch durchbringen. In Frankreich wird es dann keine wirklich freie Presse mehr geben, soweit man darunter die Möglichkeit für einen Verleger sieht, sich nach Können und Belieben Marktanteile zu sichern und Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben.

In der Substanz legt das von Premierminister Mauroy persönlich vorgelegte und immer wieder vorangepeitschte Gesetz drei Prinzipien für den Umgang mit dem gedruckten Wort fest: Keiner darf mehr als zehn Prozent Anteil am sogenannten nationalen Markt haben (darunter versteht man die 13 in Paris herausgegebenen Tageszeitungen nationalen und internationalen Zuschnitts) plus mehr als 10 Prozent Anteil an der Provinzpresse. Presseunternehmen müssen ihre Auflagen, Partner, Geschäftsgebaren und Gewinne einer

gerichtlich kontrollierten „Transparenz“-Kommission unterziehen. Schließlich muß jede Zeitung über eine wirkliche, unabhängige Redaktion verfügen. Zeitungen durch Medienkonzern eines anderen Konzernblattes herauszugeben, wie dies beim Pariser „Aurore“ der Fall ist, der über keine eigene Redaktion verfügt, ist künftig verboten.

Bevor das Gesetz den Abgeordneten vorgelegt wird, ist es im „Ausschuss für Kultur und Kommunikation“ noch einmal drei Wochen lang auf Schwachstellen abgeklopft worden. Die Opposition hatte mehr als hundert Zusatzanträge eingebracht, wohl nur, um seine Annahme möglichst weit hinauszuschieben. Im Ausschuss stimmte sie dagegen, weil sie in seiner Anwendung unverändert einen schweren Eingriff in die verfassungsmäßigen Grundrechte sieht. Interessant war die Stimmhaltung der Kommunisten im Ausschuss, mit der sie ihrer Unzufriedenheit mit einer Bestimmung des Textes Ausdruck gaben: Auch parteigelenkte Presse-Unternehmen dürfen nicht mehr als drei Titel in einer Hand vereinigen.

Als einzige politische Partei Frankreichs verfügt die KPF noch über

eine üppige Parteipresse, und sie umfaßt acht Titel im Tages- und Wochenzeitungsbereich. Ob sich die Partei den Kontrollen der Transparenz-Kommission unterwirft, dürfte bei der äußerst undurchsichtigen Finanzierung ihrer Presse sehr fraglich sein. Hier wird es noch zu Reibungen zwischen den beiden Koalitionspartnern kommen.

Der Ausschuss hat eine Kernbestimmung des Gesetzes, wonach niemand gleichzeitig einen nationalen und einen regionalen Titel in Händen haben dürfte, erheblich abgeschwächt und den Rahmen der Bestimmungen mit der Zehn-Prozent-Klausel wesentlich erweitert, wohl aus Furcht, daß es bei einem Massenverkauf von Blättern zu massenhaften Entlassungen kommen würde. Trotzdem wird der Presse-Magat Herant dem „Zulieferer“ das ganze Gesetz recht eigentlich gemacht wurde, einen erheblichen Teil seiner insgesamt 13 Titel (davon drei „nationale“) abstoßen müssen, wenn er sich dem neuen Gesetz unterwirft. Nichts hindert ihn indes daran, durch Verkauf an Familienangehörige und Freunde weiter die Kontrolle über seine Blätter zu behalten. Das wissen auch die Sozialisten.

Die Militärs straffen wieder die Zügel

Von WERNER THOMAS

Manchmal gleicht Montevideo einem Inferno. Die Gegner der Generäle trommeln auf Kochtöpfe und strapazieren Autohupen. An Weihnachten, Neujahr, dem Tag der Heiligen drei Könige und Mitte letzter Woche während des Generalstreiks bebte die uruguayische Hauptstadt unter dieser ohrenbetäubenden Geräuschkulisse.

Der Lärm soll die Streitkräfte an das Versprechen einer baldigen Rückkehr zur Demokratie erinnern. Bisher konnte die Bevölkerung davon ausgehen, daß Ende November wieder gewählt werden darf und daß die Militärs im März 1985 ihre dann zwölfjährige Herrschaft beenden. Dieser Zeitplan scheint jedoch nun nicht mehr garantiert zu sein. Innenminister General Hugo Linares Brum sagte Anfang Januar, die Frage nach einem Machtwechsel sei „schwer“ zu beantworten. Und seit Wochen schon strafft der Militärpräsident Gregorio Alvarez die Zügel. „Die Regierung versucht rückwärts zu marschieren“, kritisiert Julio Saninetti, der Präsident der Colorado-Partei, einer der beiden größten politischen Bewegungen des Landes.

Das kleinste Land Lateinamerikas (177 508 Quadratkilometer Fläche, 2,8 Millionen Einwohner), das einst stabil war, prosperierend und demokratisch, ist plötzlich eine unruhige und unsichere Region geworden. Im Hintergrund dieser Entwicklung steht die Spaltung der Militärs in zwei Flügel mit verschiedenen Interessen.

General Alvarez, 58, der 1973 nach der Niederlage der linken Guerrilla-Gruppe Montoneros die Machtüber-

nahme der Streitkräfte organisiert hat, strebt eine „kontrollierte Demokratie“ an. Er war 1981 von dem Militär, dem 26 Generäle und Admirale angehören, zum Präsidenten einer „Übergangsregierung“ gewählt worden. Der schneidige, schnauzbärtige Offizier mißtraut jedoch den Zivilisten. Er möchte seine Amtszeit um ein oder zwei Jahre verlängern und dann als Kandidat einer neuen konservativen Partei in Wahlen ziehen und diese gewinnen. Alvarez, „El Goyo“ (der Korken) genannt, ist der

prominenteste Vertreter der „Duros“, der harten Linie.

Auf der anderen Seite befinden sich die „Aperturistas“, die Verfechter einer Politik der Öffnung, meist jüngere Leute, die sich von den Demokratisierungsprozessen in Argentinien und Brasilien beeinflussen und beeindruckt lassen. Sie bestehen auf dem ursprünglich verkündeten Zeitplan für die Wahlen.

Das Kräfteverhältnis innerhalb des Militärs ist ausgeglichen. Auch nach der Ernennung neuer Kommandeure Ende letzter Woche hat sich an dieser Patt-Situation nichts geändert. Der Politiker und Journalist Alberto Zumaran spricht von einem „Dilemma“. Zumaran: „Alle Leute warten darauf, daß die Streitkräfte ihre Probleme lösen. Nichts kann passieren, wenn sie keine klaren Entscheidungen treffen.“

Seit Jahren schon geht es hin und her. 1980 ließ die Militärregierung das

Volk über eine neue Verfassung entscheiden, die den Streitkräften einen politischen Einfluß unter einer zivilen Regierung sichern sollte. 59 Prozent der Wähler stimmten dagegen. Im November 1982 wurden Funktionswahlen für die drei offiziell zugelassenen Parteien - neben den „Colorados“ die Nationalpartei und die konservative katholische Bürgerunion - erlaubt, bei denen die Regierung ihr nächstbestehende Kandidaten nominierte. Diese erhielten nur 17,2 Prozent der Stimmen. Im Mai vergangenen Jahres eröffnete die Alvarez-Regierung einen Dialog mit der Opposition über ein weiteres Verfassungsprojekt. Die Gespräche dauerten nur zwei Monate. Auch in dieser Verfassung sollte ein Mitspracherecht der Militärs verankert werden.

Je mehr die Bevölkerung die Uneinigkeit der Militärs spürt und unter den anhaltenden wirtschaftlichen Problemen (Rückgang des Reallohns im letzten Jahr um zehn Prozent, Arbeitslosenquote von 15 Prozent, Inflation von 51 Prozent) leidet, desto schwieriger wird die Situation für Alvarez. Im November hatten 200 000 Menschen in Montevideo gegen die Regierung demonstriert, fast zehn Prozent der Bevölkerung.

Ironischerweise haben die Entwicklungen beim Nachbarn Argentinien die Position Alvarez gestärkt. Das forsche Vorgehen des neuen Präsidenten Raúl Alfonsín gegen die Militärs stimmte viele uruguayische Offiziere nachdenklich. Auch die Vertreter der „Apertura“-Richtung befürchten eine ähnliche Abrechnung in Uruguay, wenn die Zivilisten wieder an die Macht kommen. (SAD)

Erster Start - erster Sieg bei der Rallye Paris-Dakar. Porsche gratuliert den Fahrern Metge/Lemoyne (1.) und Ickx/Brasseur (6.). Auf Vierrad-Porsche Carrera.



PORSCHE

Hilferuf beschäftigt Washington

Fortsetzung von Seite 1

chen guten Willens an. Auf keinen Fall wird Washington seinerseits diese „DDR“-Bewohner abschieben und den Ostberliner Behörden überantworten wollen.

DW, Berlin
Amerikanische Diplomaten und Vertreter der „DDR“-Behörden suchen unterdessen in Ost-Berlin einen Weg aus der schwierigen politischen Situation, die durch die Flucht der sechs „DDR“-Bewohner Bernd Apel, Rene Paccin, Jörg Hejkal, Petra und Daniel Klingberg sowie Bernd Macke entstanden ist. In ihrem Brief an US-Präsident Reagan hatten die sechs geschrieben, daß „zwei von uns bereits Gefängnisstrafen erleiden“ mußten, „für den Versuch, die DDR zu verlassen“. Und: „Wir bitten Sie um Schutz vor Verfolgung durch DDR-Sicherheitsorgane. Uns steht die Inhaftierung bevor. Wir haben den Behörden der DDR mitgeteilt, daß wir in unbegrenzten Hungerstreik treten, da uns die Ausreise aus der DDR verweigert wird. Einer von uns ist italienischer Staatsbürger, auch ihm wird die Ausreise verweigert.“

Die sechs schrieben an Reagan, daß ihnen „auf Grund unserer inneren Überzeugung ein Leben in der DDR unmöglich“ geworden sei, „die völlige Entmündigung und Unfreiheit der Menschen in der DDR können wir nicht ertragen. Die westlichen Demokratien garantieren die persönliche Würde und Freiheit jedes einzelnen.“ Sie wendeten sich „voller Vertrauen“ an den amerikanischen Präsidenten, „und bitten Sie, uns in unserer verzweifelten Lage politisches Asyl zu gewähren.“

Bernd Macke hatte in der Botschaft berichtet, daß sein Vater Angehöriger des Staatssicherheitsdienstes der „DDR“ sei ebenso wie die Eltern von Jörg Hejkal. Er sei wegen eines Ausreisetransports von der Universität extrahiert worden, während Hejkal berichtet, daß er nach einem gescheiterten Fluchtversuch über Jugoslawien für 22 Monate in die berüchtigte Haftanstalt Bautzen eingewiesen worden sei. Auch Bernd Apel hat dort nach eigenen Angaben eine 18monatige Haftstrafe abgesessen.

Zu dem Fall der sechs Flüchtlinge, die vorerst Schutz in der US-Botschaft gefunden haben, gibt es, wie die WELT zuverlässig erfuhr, eine Parallele: Im Spätsommer 1981 begabte ein junger Diplom-Soziologe aus Ost-Berlin gemeinsam mit seiner Freundin in die amerikanische Vertretung Asyl. Der damalige US-Botschafter Herbert S. Okun, Vorgänger der heutigen Missionschefin Rozanne Ridgway, bat die Bundesregierung um Vermittlung. Auch der Spezialist für Haftlingsfreikäufe, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, sei auf östlicher Seite eingeschaltet worden.

Nachdem sich das State Department zunächst geweigert hatte, Hilfestellung zu geben, kam dennoch eine Vereinbarung zustande: Ost-Berlin sagte Washington verbindlich zu, daß Ausreisebegleichen wohlwollend zu prüfen. Offen ist, ob diese damalige Zusage eingehalten wurde.

Starben 150 Marokkaner bei neuer Armenrevolte?

Geplante Preiserhöhungen sollen Unruhen ausgelöst haben

dpa/AP/Pr, Rabat/Madрид

In Marokko haben gewalttätige Demonstrationen und Unruhen während der letzten Tage nach offiziellen Angaben wahrscheinlich mehr als 150 Menschenleben gefordert. Für heute soll von islamischen Extremisten zu einem Generalstreik und zu neuen Demonstrationen aufgerufen worden sein. Von einer Rede, die König Hassan II. an das marokkanische Volk richten wollte, wurde das Versprechen erwartet, daß die Regierung auf die angelegten geplanten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel verzichten wird.

Diese Erhöhung der subventionierten Lebensmittelpreise und der Schulgelder soll die Unruhen ausgelöst haben. Marokkanische Regierungsvertreter bestritten, daß es überhaupt Tote gegeben habe. Die Regierung verbiete eine Nachrichtensperre und hinderte ausländische Journalisten daran, die Unruhegebiete zu besuchen.

Demonstrationen wurden vor allem aus den nordmarokkanischen Städten Nador, El-Hoceima und Tetuan, aber auch aus Agadir, Oujda und der Hauptstadt Rabat bekannt. Zu den 150 Todesopfern soll es nach spanischen Presseberichten in den

drei nordmarokkanischen Städten gekommen sein, als die Demonstrationen mit Polizei und Einheiten der Armee zusammenstießen. Augenzeugen berichten, die Sicherheitskräfte hätten wahllos in die Menge geschossen.

In allen drei Städten herrschte am Sonntag gespannte Ruhe, nachdem praktisch der Ausnahmezustand verhängt worden war. Die Regierung setzte starke Einheiten der Infanterie, der Gendarmerie und Panzerfahrzeuge zur Verstärkung der örtlichen Sicherheitskräfte nach Nordmarokko in Marsch. Die Bevölkerung wurde gezwungen, in ihren Häusern zu bleiben. Allein in Tetuan, dessen Zentrum bei den Unruhen stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein soll, patrouillierten 5000 Soldaten und 80 gepanzerte Fahrzeuge.

In Nador sollen 3000 Soldaten und Polizisten zusammengezogen worden sein. Tausende von Marokkanern aus Nador und Umgebung flohen in die nahegelegene spanische Exklave Melilla. In Nador wie auch in Rabat und anderen Städten, wo die Demonstrationen anscheinend weniger blutig verliefen, wurden gegen König Hassan gerichtete Flugblätter verteilt und Parolen an die Wände gemalt.

Seite 2: Ayatollah-Syndrom

Generals-Treffen über den Fall Kießling

Fortsetzung von Seite 1

der Sitzungen verschiedener Gremien des Bundestages berichten. Altenburg war sowohl in der Mittwoch-Sitzung des Verteidigungsausschusses zugegen, in der Wörner den Abgeordneten seine Handlungsweise erläuterte, als auch in den Geheimberatungen der Parlamentarischen Kontrollkommission, deren Aufgabe es ist, die Arbeit der Nachrichtendienste und damit auch die des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zu überprüfen.

Nach Informationen der WELT will die SPD, die das parlamentarische Untersuchungsverfahren über den „Fall Kießling“ herbeiführte, sich vor allem auf die Klärung der Frage konzentrieren, ob im MAD in geordneter Weise nach vorhandenen Richtlinien die Ermittlungen gegen Kießling geführt worden seien. Darüber hinaus soll geklärt werden, ob es die geordnete Anhörung der Betroffenen gegeben habe und auch, was zwischen dem September und November letzten Jahres auf der Hardthöhe geschah, sei, als plötzlich Anfang Dezember die zwischen Kießling und Wörner verabredete vorzeitige Zurruhesetzung zum 31. März 1984 „gegenstandslos“ geworden sei.

Die SPD möchte dem Vernehmen nach vorerst auf die Anhörung von Kölner Polizeibeamten und Zeugen aus dem „Milieu“ verzichten.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, sagte vor

dem hessischen CDU-Parteitag, Kießling habe Anspruch auf eine Ehrenerklärung, wenn sich die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht bestätigen sollten.

Abermals griff der frühere stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber, General A. D. Gerd Schmückle, Wörner scharf an. Im „Spiegel“ schrieb der erste deutsche Inhaber dieses alten Postens – Kießling war nach Admiral Luther der dritte – der Minister agiere „bedenklich. Denn als Oberbefehlshaber hätte er auch auf das Prinzip der Kameradschaft Rücksicht nehmen müssen. Er kann nicht Loyalität von unten fordern, wenn Menschlichkeit von oben nicht gewährt wird. Kameradschaft – das sollte der Minister wissen – ist im Kasino billig zu haben. Wichtig wird es erst denjenigen gegenüber, die in Not geraten sind. Kießling war in Not.“

Auf die Tätigkeit des MAD wird auch ein schiefes Licht, was der Bericht des neuen Bundesdatenschutzbeauftragten, Reinhold Baumann, über dessen Arbeitsweise enthält. In dem Bericht, der morgen veröffentlicht werden soll, wird dem „Spiegel“ zufolge erklärt, der MAD habe in einer „Basiskartei Zersetzung“ Angaben über 50 000 Personen gespeichert, sei inzwischen aber nach eigenen Bekunden gelöscht. Viele der gespeicherten Angaben hätten, so das Magazin, auf Klatsch und Tratsch beruht.

„DDR“-Bewohner lehnen Raketen ab

Dieter Haack: Kampagne der SED-Führung für die neuen „SS 22“ ist zusammengebrochen

WERNER KAHLE, Berlin/Bonn

Der „DDR“-Führung ist es anscheinend nicht gelungen, die Aufstellung neuer sowjetischer SS-22-Raketen in Mitteldeutschland und in der Tschechoslowakei von der Bevölkerung beizubringen zu lassen. Das geht aus Äußerungen führender kommunistischer Funktionäre in Ost-Berlin hervor.

Bei der Fernsehberichterstattung von drei der 36 SED-Kreisdelegiertenkonferenzen am Wochenende aus Pirna, Aschersleben und Ost-Berlin wurden die in den vergangenen Wochen beabsichtigten Unterschriftenaktionen und andere erwünschte Bekundungen der Zustimmung nicht mehr erwähnt. Als wichtigste Friedensaufgabe bezeichneten vielmehr Mitglieder des SED-Politbüros die „Stärkung der DDR“ durch mehr Arbeit und sparsames Wirtschaften sowie die Verstärkung des „Friedenskampfes“ in Westdeutschland mit der Parole „Jetzt erst recht“.

„Spielraum ist gleich Null“

„Die Kampagne in der DDR-Bevölkerung ist zusammengebrochen“, sagte der ehemalige Bundeswohnungsbauminister Dieter Haack (SPD). Der Bundestagsabgeordnete sprach am Wochenende in Bonn auf einer überregionalen Tagung des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“. Westliche Spekulationen, die Ostberliner Führung habe in der Sicherheitspolitik gegenüber Moskau irgendeinen Spielraum, seien illusorisch, sagte Haack. „Der Spielraum ist gleich Null.“ Beim Besuch einer kleinen SPD-Gruppe im Vorjahr in Ost-Berlin habe Paul Verner, Sicherheitschef und einer der Stellvertreter Erich Honeckers, erklärt, zwischen „der DDR und der Sowjetunion gibt es keine Differenzen“. Haack nimmt es nach seinen Worten jedoch heute der SED-Führung ab, daß sie zumin-

dest an einer „Schadensbegrenzung“ interessiert sei.

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel (CDU), zog auf der Veranstaltung des überparteilichen Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ vor Repräsentanten der Kirche, der Hochschulen und der Bundeswehr eine Bilanz der innenpolitischen Situation seit der Bekräftigung des Nachrüstungsbeschlusses durch den Bundestag am 22. November 1983. Dabei stellte sich eine weitgehende Übereinstimmung in der außen- wie innenpolitischen Einschätzung der Lage mit Oppositionssprecher Haack (SPD) heraus.

Vergleichen Sie das tatsächliche Erscheinungsbild nach dem 22. November mit dem fiktiven Gegenbild, dann wird klar, der Stabilisierung nach außen folgt jetzt die Stabilisierung nach innen“, sagte Vogel. Dies gelte vor allem für die psychologische Situation. Zu den Kräften, die sich durch den NATO-Doppelbeschluss gestärkt fühlen, rechne der Minister außer der Regierung und der sie tragenden Mehrheit der Bevölkerung „auch die Teile der klassischen Opposition, die den Kurs des früheren Bundeskanzlers Schmidt stützten“.

Der Staatsminister äußerte ebenso wie SPD-Vertreter Haack Sorge vor einem „gerade auch in kirchlichen Kreisen anzutreffenden „Nun erst recht“, das Enttäuschung und Resignation überspielen solle. Die Enttäuschung sei umso größer, als sich die „Friedensbewegung“ in bemerkenswerter Einmütigkeit auf die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen konzentriert habe. Nach Angaben Vogels gibt es Anzeichen für eine wachsende Radikalisierung sowie für eine Zunahme extremer Aktionsformen und Gewalttaten in Teilen der „Friedensbewegung“. Das Potential der „autonomen Gruppen“, die sich

nur widerwillig mit „Laischdemos“ abgefunden hätten, sei beachtlich. Aus dieser Situation könne allerdings keine Parallele zur Apo-Bewegung der 60er Jahre gezogen werden, als deren Bodensatz die terroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) zurückblieb. Nachrüstungsgegner und Befürworter einseitiger Abrüstung wollen auf einer 5. Aktionskonferenz Ende Februar/Anfang März beraten.

Chance zu Mobilisierung?

Nachdem ein zum 4. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses ausgerufen überregionaler „Widerstandstag“ nicht die erhoffte Resonanz gefunden hatte, ist jetzt für den 30. Januar 1984 anläßlich der Machtergreifung Hitlers erneut ein bundesweiter „Widerstandstag“ geplant worden. Die stärkste Aufmerksamkeit müsse jedoch der Kampagne für eine „selbstorganisierte Volksbefragung“ gegen die NATO-Nachrüstung gewidmet werden, sagte Vogel. Die Aktion biete nämlich noch einmal die Chance einer Mobilisierung. Sie eröffne auch die Möglichkeit, der Parlamentsmehrheit eine scheinbare „wichtige Mehrheit des Volkes“ entgegenzusetzen und damit die Legitimation abzusprechen. Zu den Unterstützern wurden außer der DDP und ihrem Umfeld die Landesversammlungen Rheinland-Pfalz der Grünen, der Vorsitzende der Jusos, der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) genannt.

Der sowjetische Vizepräsident des kommunistischen „Weltfriedensrates“, Jewgenij Primakow, kündigte am Sonntag auf einer „Dringlichkeitssitzung“ des Rates im Westberliner Hotel „Steigenberger“ an: „Wir stehen am Vorabend der Frühjahrsrevolution, der grundlegendsten, umfangreichsten und breitesten in unserer Geschichte.“

Arbeitszeit: Kreisky hilft dem DGB

Esser erklärt, daß Unternehmer Kampf nicht wollen, ihn aber annehmen würden

rt/dpa, Frankfurt/Hamburg

Auf einer „Solidaritätskonferenz“ der IG Metall in Frankfurt hat sich ungewöhnlicherweise der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky über die deutschen Tarifverhandlungen zu Wort gemeldet. Dabei äußerte er die Überzeugung, daß sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf die Dauer nicht abweisen lasse und werde früher oder später verwirklicht werden. Kreisky warf am Wochenende den „konservativen Wirtschaftsdenkern“ vor, bei ihren Betrachtungen über Wirtschaft und Konjunktur spiele die Beschäftigung überhaupt keine Rolle.

Vor 700 Gewerkschaftern und Gästen betonte IG-Metall-Chef Hans Mayr, die öffentlichen Erklärungen der Metall-Industriellen ließen keinen Zweifel daran, daß man die „Überschreitung aller herkömmlichen Grenzen des Tarifkonflikts ein-

kalkuliere“, um die 35-Stunden-Woche zu verhindern. Die IG Metall suche zwar eine Lösung auf der Verhandlungswege, aber „wir werden dem offenen Konflikt nicht ausweichen, den die unversöhnliche Verweigerungspolitik der Arbeitgeber vorprogrammiert“.

DGB-Chef Ernst Breit setzte sich auf der Veranstaltung nachdrücklich dafür ein, verschiedene Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Arbeitszeitverkürzungen seien dabei unverzichtbar. Allein mit der Einführung der 35-Stunden-Woche könnten 1,4 Millionen Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden. „Wider besseres Wissen“ würden die angeblichen Wirkungen des Wirtschaftswachstums völlig übersteigert herausgestellt. Trotz eines Wachstums des Sozialprodukts von 1,2 Prozent sei die Arbeitslosenzahl 1983 um 400 000 gestiegen.

Arbeitspräsident Otto Esser

reagierte auf die Veranstaltung am Wochenende und betonte, er sehe in der Frage einer kürzeren Wochenarbeitszeit keine Kompromißmöglichkeit. Gegenüber dpa wies Esser jedoch drauf hin, daß die Arbeitgeber keinen Arbeitskampf wollten. Wenn die Gewerkschaften ihn „partout“ suchten, würden ihn die Unternehmer allerdings mit Entschlossenheit annehmen. Im übrigen werde die Ablehnung der Gewerkschaftsforderung in der Bevölkerung „jede Woche“ größer.

Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff hat dem stellvertretenden IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler vorgeworfen, im Gegensatz zum DGB-Vorsitzenden Breit mit Streikparolen Scharfmacherei zu betreiben. In der „Welt am Sonntag“ warnte Lambsdorff, „Ein erbitterter und langer Arbeitskampf kann den Aufschwung gefährden, kann Arbeitsplätze gefährden.“

Walesa nach Treffen mit Glomp umjubelt

AFF/AP/DW, Warschau

Rund 3000 Polen jubelten am Sonntag dem polnischen Arbeiterführer Lech Walesa zu, als er nach einer vom katholischen Primas, Jozef Kardinal Glomp, geleiteten Messe die Danziger Marien-Kirche verließ. Zuvor waren Glomp und Walesa erstmals seit neun Monaten zu einem Gespräch zusammengetroffen, über dessen Inhalt nichts mitgeteilt wurde.

Wie aus Kreisen polnischer Emigranten verlautete, seien Bemühungen Glomps auf scharfe Kritik gestoßen, bei dem Versuch der Behörden zu vermitteln, die in Warschau auf ihren Prozeß wartenden elf führenden Mitglieder des oppositionellen „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR) und der Gewerkschaft „Solidarnosc“ zur Emigration zu bewegen. Diese Kritik komme vor allem aus den Reihen der jüngeren Geistlichen und der Intellektuellen.

Die Regierung des Generals Jaruzelski wolle, wie bekannt wurde, einen politischen Prozeß aus Furcht vor möglichen neuen westlichen Wirtschaftssanktionen auf jeden Fall vermeiden und habe den Primas um Vermittlung gebeten. Die Betroffenen, unter ihnen die KOR-Führer Adam Michnik und Jacek Kuron, lehnen jedoch eine Emigration strikt ab.

Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung „Solidarnosc“, Tadeusz Mazowiecki, ist – wie erst jetzt bekannt wurde – am vergangenen Donnerstag auf dem Weg von Warschau nach Krakau in Radom erneut festgenommen worden. Der katholische Priester wollte in Krakau an einem Gespräch über Probleme der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan teilnehmen. Nach 36 Stunden wieder freigelassen, berichtete Mazowiecki, man habe ihm erklärt, die Festnahme stehe in Zusammenhang mit Aktionen gegen Kriminelle in polnischen Eisenbahnen. Mazowiecki war erst am 11. Januar in Warschau festgenommen und nach Intervention prominenter Geistlicher einen Tag später wieder freigelassen worden.

Ermittlungen gegen das Kolpingwerk

dpa, Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft bestätigte gestern einen Bericht des „Spiegel“, wonach sie gegen Verantwortliche des katholischen Kolpingwerks wegen Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung ermittelt. Generalprokurator Heinrich Festing und Geschäftsführer Hans Schottenhammer sollen nach dem Bericht von 1973 bis 1982 von Firmenspenden, die offiziell der katholischen Sozialorganisation für Handwerker zugeordnet waren, rund eine Million Mark der oberbayerischen CSU zugeleitet haben. Der bayerische Finanzminister Strauß erklärte dazu gestern, an die CSU Oberbayern seien illegale Spenden über das Kolpingwerk geflossen.

Porträt des Film- und Fernsehregisseurs W. Gremm

Mit Moral zum Erfolg

Daß eines Tages selbst Franz Josef Strauß zu seinen Rezensenten gehören würde, hätte sich Regisseur Wolf Gremm sicher nicht träumen lassen. Der Ministerpräsident griff nach der Ausstrahlung der „Tatort“-Folge „Tod im U-Bahnsteig“ zur Feder und schrieb an den Intendanten des SFB. Dieser Krimi, der den Menschenhandel mit Gastarbeitern zum Thema hatte, sei „ein Banditenfilm aus Montevideo mit Bordelleinlage“, mälerte der renommierte Filmkritiker.

Wolf Gremm reagiert auf solche Äußerungen ziemlich unwirsch. Die Mißverständnisse, erklärt er, entstünden immer dann, wenn die Leute glauben, im Fernsehen würde ihnen die Wirklichkeit präsentiert. „Ich erhebe überhaupt keinen Anspruch auf

Das ist auf Dauer zu langweilig. Deshalb beuge ich mich gern in einen Risikobereich, indem ich etwas mache, was die Zuschauer verblüffen soll. Natürlich ist das, was in diesen Grenzgebieten entsteht, eingebettet in Traditionen“, räumt er ein. „Es gibt Vorbilder.“

In diesem Risikobereich hält er sich denn auch nie allzu lange auf, schließlich will er sein Publikum nicht vergrätzen. Mit Friedrich Zimmermanns neuen Richtlinien für die Filmförderung stimmt er dahingehend überein, daß er sagt: „Wir wollen doch ein Feed-back von den Zuschauern haben. Deshalb dürfen wir nicht an ihnen vorbeiarbeiten.“ Wirtschaftlichkeit ist ein Aspekt, den er respektiert – vielleicht deshalb, weil er einen Geldgeber immer um sich hat. Mit Regina Ziegler, einer der erfolgreichsten Filmproduzentinnen in der Bundesrepublik, ist er seit sechs Jahren verheiratet. Bringt es Vorteile fürs Filmemachen, wenn man mit der „Geldquelle“ zusammenlebt? „Das glauben alle. Aber es ist im Gegenteil viel schwieriger.“ Und dann hilft er sich in Schweigen.

Wolf Gremm wurde 1942 in Freiburg geboren. Er gehört zur ersten Generation der Regisseure, die die Deutsche Film- und Fernsehakademie in Berlin absolviert haben. Eine Fernsehproduktion über den Rauschgiftkonsum („Der große Verschleiß“, 1971) brachte ihm nach einigen Kurzfilmen den ersten Erfolg: ein weiterer Film über Tablettenmißbrauch, den ebenfalls der SFB produzierte, wurde, was der Anstalt schließlich doch zu heikel.

Gremm wandte sich dem Kino Film zu, weil er ihn größere Freiheiten verlieh. „Ich dachte, ich wäre tot“, sein erstes abendfüllendes Werk aus dem Jahre 1973, erzählt von den Schwierigkeiten eines Mädchens, sich mit seiner Umwelt zu arrangieren. Der Film erhielt durchweg lobende Kritiken und den Bundesfilm-



Arbeitet gern im Risikobereich: Der Regisseur Wolf Gremm FOTO: DPA

preis. Nach weiteren Kinofilmen gab er seine Fernsehaktivitäten auf, produzierte den erwähnten „Tatort“ und den Film, den das ZDF heute abend wiederholt: „Die Schattengrenze“, die Geschichte von unaufhaltsamen Abstieg eines Mannes, der mit knapp 50 Jahren arbeitslos wird.

Zu Gremms Lieblingsfilmen gehören „Die Brüder“ (1976) und die Kästner-Verfilmung des „Fabian“ (1980), der als bester ausländischer Film für den „Oscar“ nominiert wurde.

Welche Ansprüche stellt er bei der Regiearbeit an sich? „Eine Geschichte tut gut zu machen – das ist für mich eine moralische Verpflichtung, eine handwerkliche Moral“, wenn man so will. Ich sehe darin eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Und erfolgreich sein bedeutet für mich die Möglichkeit, den nächsten Film zu machen.“

Den bereitet er gerade vor. Es geht um einen Berliner Baukandal in Höhe von 40 Millionen Mark – Parallelen zu tatsächlichen Ereignissen sind durchaus nicht zufällig. Die Dreharbeiten beginnen im Mai, und einen männlichen Hauptdarsteller hat Gremm auch schon für den Film („Es ist eine Komödie“) gefunden: In der Rolle eines Straßkehrers wird Harald Juhnke zu sehen sein.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Ein Märchen für Erwachsene?

Kinder brauchen Märchen. Diese These des amerikanischen Psychologen Bruno Bettelheim mag stimmen. Doch brauchen Märchenstücke auch unbedingt Kinderdarsteller?

Die Frage drängte sich auf, als das ZDF eine Produktion des österreichischen Fernsehens von Ferdinand Raimunds Zaubermärchen „Der verschwandene“ brachte, das 1834 im Theater an der Josefstadt seine Uraufführung erlebte. Nur einmal wurde hier die Regel, alle Rollen ausschließlich mit Kindern aus Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik zu besetzen, durchbrochen: Der Mime des Präsidenten von Klingheim hatte als einziger die Mutation hinter sich, die kindlichen Schauspielern zeigten gewiß durchweg eine beachtliche Talentprobe.

Aber die wundervolle Phantasie und Sprache des vielleicht genialsten Volksschicks des Wiener Romantismus – mit dem bekannten wehmütig-wienerischen „Hobellied“ – vermochten sie nicht zum Erblühen zu bringen. Allzu viele Feinheiten Raimunds wurden hinter das doch recht einfältige Bühnenbild gekehrt. Außerdem muß man sich fragen, ob die kindlichen Zuschauer am Fernsehschirm wohl alles mitbekamen? Es scheint doch: Der Dialekt, manche für die Zeit Raimunds und für Wien typische Redewendungen und ungebrauchliche Fremdwörter mußten in kindlichen Ohren – insbesondere aus Norddeutschland – fremd geklungen haben. Eine Bearbeitung des Werkes wäre hochwohlkommen gewesen.

So blieb der Eindruck, daß „Der verschwandene“ wohl mehr ein Märchen für Erwachsene ist. Es hätte sicherlich auch ein Märchen für Kinder sein können – hätte Moderator Buchberger eine einfühlsame Einführung gegeben.

GEISLER SCHMIDT



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sonntagsmagazin
10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sonntagsmagazin
10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sonntagsmagazin
10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

10.00 Tagesschau
10.05 Bilder aus Amerika

Fremdwort Flexibilität

gil - Ob der sogenannte Vorratstand ein sinnvoller Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist, bleibt unter Ökonomen umstritten. Daß sich der Staat an den Kosten der Fröhre beteiligt, vergrößert ihre Skepsis. Weniger arbeiten, aber besser leben, so betonen jüngster Kanzler, sei eine Gleichung, die nicht aufgehen könne. Auf die Frage, ob mit dem Experiment Vorratstand Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, hat der künftige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit eine aufschlußreiche Antwort gegeben: Die Behörde benötige zur Verwaltung des Vorratstandes 300 neue Stellen. Die Sache mit der Fröhre sei höchst kompliziert, man brauche dafür Spezialisten.

Das mag sein. Aber findet sich in der Mammutbehörde kein Team von hinhinreichend flexiblen Mitarbeitern, die dafür auszubilden wären? Ist der deutsche Schlachtruf, wir brauchen neue Planstellen, die einzige Antwort auf Probleme? Es sei, so sagte der künftige Anstaltspräsident, ein böses Maß an Flexibilität nötig. Diese Bemerkung hat unbestritten eine satirische Komponente, wenn eine Behörde, die sich täglich mit Rationalisierung, Wandel und Anpassung herumzuschlagen hat, gar nicht auf die Idee kommt, Dazugewinn auf sich selbst anzuwenden.

In den Arbeitsstellen sind rund 60 000 Mitarbeiter beschäftigt. Es war schon ein Fehler, die Verwal-

tung des Kindergeldes von den Finanzämtern auf die Arbeitsämter zu verlagern. Die damit verbundene personelle Aufblähung führt zu einer unverantwortlichen Verschwendung und Doppelarbeit.

Solange Planstellen mit rentablen Arbeitsplätzen verwechselt werden, bleibt die Vollbeschäftigung auf Amtsstuben beschränkt.

Schmerzgrenze

HH - Nach einem langwierigen und mit großen Widerständen vollzogenen Lernprozeß beginnen die Umweltbeamten im Bonner Innenministerium, die Vorzüge der Marktwirtschaft auch für die Umweltpolitik zu entdecken. Dies geschieht allerdings so widerstrebend, daß man sich fragt, ob hier tatsächlich bessere Einsicht oder nur der neue politische Regisseur an der Spitze des Hauses Pate gestanden hat. Die Begründung nämlich, die ein Beamter des Hauses auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt gegeben hat, läßt eine geradezu jenseitige Vernachlässigung des Kostenarguments erkennen. Bei aller Reserve gegenüber marktwirtschaftlichen Instrumenten räumt er ein, der jetzige Zeitpunkt sei für die Einführung solcher Modelle, besonders interessant. Und die Begründung? Wir kommen jetzt an die Schmerzgrenze der Luftreinhalteforderungen heran. Wie kann man Beamten, die offenbar in Eifenbeinhütten sitzen, wirtschaftliche Schmerzgrenzen deutlich machen? Vielleicht durch eine kleine, schmerzhaft gekürzte Gehaltskürzung?

Römisches Stahlgewitter

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die zwischen einer italienischen Regierungskommission und den Stahlexportern der EG-Kommission unter Führung von Edoardo Davignon am Montag dieser Woche in Brüssel geführten Stahlgewitter sind erneut wie das Hornberger Schießen ausgefallen, nicht anders als die zahlreichen vorangegangenen Gespräche, die seit Sommer vorigen Jahres zwischen den Beteiligten geführt wurden. Während die Kommission auf den Italienern im Juli vorigen Jahres auferlegten Kapazitätsstreichungen von 5,8 Millionen Tonnen Walzstahl (davon 3,8 Millionen Tonnen im staatlichen Bereich) beharrte und weiterhin keine Bereitschaft zeigte, auf die italienischen Wünsche nach einer zusätzlichen Produktionsquote von 1,2 Millionen Tonnen einzugehen, ist die italienische Regierungskommission mit dem Entschluß nach Rom zurückgekehrt, auf der 26. Januar einberufenen EG-Ratsitzung noch einmal ganz großes Geschütz aufzufahren.

Italien sitzt in der Klemme. Gelingt es nicht, Kommission und Konkurrenz für diese Zusatzquote zu gewinnen, bestehen keine Chancen dafür, das seit November 1982 stillgelegte und inzwischen vollständig modernisierte Stahlwerk in Neapel-Bagnoli mit Aussicht auf schwarze Zahlen zu irgendeinem auch noch so fernen Zeitpunkt wieder in Betrieb zu nehmen. So wie die Dinge heute liegen und voraussichtlich auch noch in kommenden Jahren bleiben, wenn Stahlimporte aus den außereuropäischen Ländern in den Mittelmeerraum drängen werden, reicht Italien für die Befriedigung des Inlandsbedarfs und der Ausfuhr ein großes Hintertürchen und Stahlwerk, das von Taranto in Apolien. Alle anderen, das von Bagnoli und das von Cornigliano, sind überflüssig und tragen nur dazu bei, der einzig wirtschaftlich arbeitenden Anlage Produktionsverluste zuzurechnen.

Das Feindbild an dieser Situation ist, daß das Stahlwerk von Bagnoli auf hartes Betreiben der damaligen sozialistischen Minister für Staatsbeteiligungen, Gianni De Michelis, mit Milliardenbeträgen modernisiert wurde, als bereits feststand, daß für diese Kapazitäten am Markt kein Platz mehr vorhanden sein würde. Über 600 Millionen Lire, mehr als 1,3 Milliarden Mark, wurden auf diese Weise in den Wind geschrie-

ben. Noch peinlicher freilich ist, daß Bagnoli keinen Einzelfall darstellt und heute auch andere Investitionen in der staatlichen italienischen Stahlindustrie als nackte Fehlspekulationen enttarnt sind. Daß die italienische Regierung letzten Endes nicht darum herumkommen wird, in den sauren Apfel zu beißen, die von der EG-Kommission auferlegten Streichungen durchzuführen, ist inzwischen ziemlich sicher. Trotz des Theaterdonners, der seit Monaten das über Rom zusammengezogene Stahlgewitter begleitet, sprechen die Zahlen deutlich genug, um die italienische Position alles andere als stahlhart erscheinen zu lassen.

Die Katze, jetzt endlich aus dem Sack gelassen, hat der christlich-demokratische Präsident der Staatsholding IRI, Romano Prodi, der letzten Dienstag vor dem vereinigten Industriestaatsrat der beiden Parlamentshäuser Abgeordnete und Senatoren vor der Gefahr warnte, daß die fortwährenden Verluste in der Stahlindustrie über kurz oder lang alle Bemühungen zunichte machen könnten, die Entwicklung in technologischen Zukunftsbereichen voranzutreiben. Für IRI-Präsident Prodi riskiert die Staatsholding als Muttergesellschaft der Stahlbereichsholding Finisider, finanziell so große Schäden zu erleiden, daß andere Bereiche mit Sicherheit in Mitleidenschaft gezogen würden.

Die Dimension des Finanzdesasters in der staatlichen italienischen Stahlindustrie mißt sich an den 2100 Milliarden Lire (3,5 Milliarden Mark), ein Drittel mehr als im Vorjahr, die Finisider (über 90 Prozent der Roheisen- und die Hälfte der Rohstahlproduktion Italiens) im vergangenen Jahr mit roten Zahlen schrieb. Zur Zeit bewegen sich die monatlichen Verluste der staatlichen Bereichsholding bei 200 Milliarden Lire (333 Millionen Mark). Das ist gerade so viel, wie der Informatikkonzern Olivetti im Jahre 1983 vor Steuern verdient hat. Daß es sich Italien weiter leisten kann, Geld zu verschleudern, ist ziemlich unwahrscheinlich. Diese Erkenntnis auch jenen unter den italienischen Politikern und Gewerkschaftlern beizubringen, die das noch nicht einzu-sehen bereit sind, wird die Aufgabe der nächsten Stahlsitzung in Brüssel sein.

EG-MINISTERRAT / Beratung über Forschungsprogramm und Hilfe für Portugal

Bonn wehrt sich gegen Beschlüsse, die zusätzliche Mittel erfordern

Die Absicht der Bundesregierung, neuen finanzwirksamen EG-Politiken nur dann zuzustimmen, wenn sich die Gemeinschaft gleichzeitig zu entsprechenden Sparmaßnahmen aufstellt, ist nach dem gescheiterten Athener Gipfel immer schwerer zu verwirklichen. Gleich bei zwei Tagesordnungspunkten muß Bonn heute im Ministerrat fürchten, den Schwarzen Peter zu erhalten: beim Forschungsprogramm ESPRIT und bei der geplanten Vor-Betriffs-Hilfe für Portugal.

ESPRIT steht für European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology und soll der EG-Industrie erlauben, im Bereich der Informatik Anschluss an den Stand der Entwicklung in den USA und Japan zu gewinnen. Geplant sind zahlreiche Pilotprojekte, an denen sich die Gemeinschaft in den nächsten fünf Jahren mit zusammen rund 700 Millionen ECU (1,58 Milliarden Mark) beteiligen will. Den gleichen Betrag sollen noch einmal die interessierten Unternehmen aufbringen.

Über Nutzen und Wichtigkeit einer solchen gemeinsamen europäischen Aktion besteht seit Monaten unter allen EG-Regierungen Einigkeit. Nur die Bundesrepublik und Großbritannien halten bisher einen formellen Beschluß noch zurück. Bonn wehrt sich gegen alle kostenintensiven Entscheidungen, die mit den bisherigen Haushaltsmitteln der EG nicht zu finanzieren sind. Statt dessen sieht die Bundesregierung das beim Stuttgarter EG-Gipfel (im Juni 1983) geschätzte globale Verhandlungspaket nach wie vor als ein Ganzes an. Über neue EG-Politiken kann nach ihrer

Ansicht nur zusammen mit den anderen Bestandteilen des „Pakets“ (vor allem der Reform der Agrarpolitik und dem Problem einer gerechteren finanziellen Lastenverteilung) beschlossen werden. Demgegenüber hat die EG-Kommission davor gewarnt, die Entscheidung über das ESPRIT-Programm weiter hinauszuzögern. Würde man den Beschluß in der Erwartung eines „Globalpakets“ aufschieben – so heißt es in einer Mitteilung an den Ministerrat über die „Folgebemaßnahmen nach Athen“ –, riskiere man, die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft als Partner der europäischen Industrie aufs Spiel zu setzen.

Die EG-Behörde hat im übrigen bereits im Dezember versichert, wenigstens den Start des geplanten Programms durch Umschiebungen innerhalb des Haushaltsrahmens finanzieren zu können. Diese Beteuerung stieß jedoch in Bonn bisher auf erhebliche Skepsis. Überlegungen, zu nächst einmal einige beschlossene andere Forschungsvorhaben zurückzustellen, könnten immerhin einer Entscheidung zugunsten ESPRITs doch noch den Weg ebnen.

WILHELM HADLER, Brüssel

Ins politische Absicht zu geraten droht Bonn auch bei der Konkretisierung der Beitrittsbedingungen für Portugal. Im Rat geht es heute um eine geplante „Vor-Betriffs-Hilfe“, die Lissabon die Anpassung an den gemeinsamen Agrarmarkt erleichtern soll. Die Bundesregierung wehrt sich dagegen, den Portugiesen schon jetzt eine genaue Liste von Maßnahmen zur Modernisierung ihrer Landwirtschaft zu übermitteln. Sie fürchtet, damit internen Beschlüssen über die Reform der Agrarstrukturpolitik vorzugreifen. Auf der anderen Seite müssen die Bonner Unterhändler auf jeden Fall den Eindruck zu vermeiden, die Beitrittsverhandlungen aufhalten zu wollen. Die Bemühungen, eine hinreichend konkrete Offerte an die Portugiesen zu formulieren, gingen bis kurz vor Beginn der heutigen Ratssitzung weiter.

Die erste Zusammenkunft der Außenminister unter französischem Vorsitz wird aller Voraussicht nach noch keine Sachdebatte über die in Athen offengebliebenen Streitfragen bringen. Immerhin hoffen die Minister, von Paris nähere Aufschlüsse über dessen Verhandlungskonzept zu erhalten. Vor dem Straßburger Europa-Parlament hatte der französische Außenminister Claude Cheysson in der vergangenen Woche mehr eine Aufzählung der noch zu regelnden Probleme als konkrete Hinweise darauf gegeben, wie er sich die weitere Prozedur vorstellt.

AUF EIN WORT



Die Leistungsbereitschaft der Menschen, wichtigste Voraussetzung für die notwendige Kreativität, darf weder durch Einkommensnivellierungen noch durch steuerliche Bestrafung lahmgelegt werden.

Dipl.-Ing. Wolf Aengeneyndt, Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg.

FOTO: HEINZ-JÜRGEN ANHÖCK

Stromausbeute verdoppelt

dpa/VWD, Frankfurt
Aus fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle gewinnen die Kraftwerke heute doppelt soviel Strom wie vor 30 Jahren. Höhere Dampftemperaturen und der Einsatz größerer Kraftwerksblöcke machten diese verbesserte Energie-Ausbeute möglich, teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt mit.

Für die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom, so schreiben die Kraftwerk-Experten, wurde 1982 nur die Hälfte der fossilen Energie benötigt wie vor drei Jahrzehnten. Durchschnittlich 0,329 Kilo Steinkohle-Einheiten wurden 1982 in herkömmlichen Wärmekraftwerken pro Kilowattstunde eingesetzt. Dagegen habe 1980 der spezifische Verbrauch mit 0,692 Kilo Steinkohle-Einheiten je Kilowattstunde mehr als doppelt so hoch gelegen.

ENERGIE-AGENTUR

Lantzke warnt vor Verzicht auf Bau von Kernkraftwerken

HEINZ HECK, Baden-Baden
Wachsende Bedeutung mißt Ulf Lantzke, Chef der Internationalen Energie Agentur (IEA) in Paris, dem grenzüberschreitenden Austausch elektrischer Energie bei. Auf dem BBC-Presseseminar „Energie“ in Baden-Baden warnte Lantzke am Wochenende jedoch zugleich davor, mit Blick auf Stromimporte aus Nachbarländern auf den Bau von Kernkraftwerken zu verzichten. Unter Hinweis auf die derzeitigen Bemühungen Baden-Württembergs, das Kernkraftwerk Wyhl durch Stromimportverträge mit Frankreich zu ersetzen, bezeichnete er diese These ausdrücklich als „falsch“.

Den Mittel- und Spitzenlastbedarf könne man schon heute über Stromimporte decken. Langfristig hält Lantzke allerdings die Schaffung eines europäischen Verbundsystems für denkbar, das genauso zuverlässig

Kraftwerksreserven bereitstelle wie die Verbundgesellschaft der Bundesrepublik heute.

Er erwartet bis zum Ende der 80er Jahre eine Fortsetzung des seit der ersten Ölkrise von 1973 zu beobachtenden Rationalisierungs- und Umstellungsprozesses in der Energiewirtschaft im bisherigen Tempo, für die 90er Jahre dagegen ein Abflachen der Zuwachsraten. Zugleich warnte er in einer Bilanz der zehnjährigen Tätigkeit der IEA vor einem Abweichen von dem als richtig erkannten energiepolitischen Kurs der Ölsubstitution und Energieeinsparung.

Das gegenwärtige Übergabegeld von sieben bis acht Millionen Paß Opec-Öl täglich habe seine Ursache in einem Rückgang der Nachfrage, dessen Dauerhaftigkeit er vorsichtig einschätzte. Die Abhängigkeit der Industrieländer sei mit 45 Prozent immer noch hoch und werde es „bis weit in die 90er Jahre auch bleiben“.

USA / EG

Schlagabtausch zwischen William Brock und Davignon

H.A. SIEBERT, Washington
Die bisher heftigsten Angriffe hat der Handelsbeauftragte des Weißen Hauses, Botschafter William Brock, gegen die EG gerichtet. In einer Konferenz über wirtschaftliche Interdependenz und die Zukunft des Welthandels, die in Washington von der „International Herald Tribune“ und dem „Trade Net“ veranstaltet wurde, machte er allein die Westeuropäer für die wachsende Kluft zwischen den USA und der Gemeinschaft verantwortlich.

Brock attackierte besonders die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft, die in Europa zu einer Subventionierung der Agrargüter und zum Niedergang der Stahlindustrie geführt hätten. Im Augenblick säße man sich noch gegenüber und beschränke sich auf Schadenskontrolle. „Früher oder später müssen wir aber

die kritischen Fragen anpacken; es werden die schwierigen Gespräche seit dem Zweiten Weltkrieg sein“, fuhr er fort. Brock warf den Europäern vor, auf die Ölkrise durch ein Einfrieren des Status quo falsch reagiert zu haben. Statt dessen habe Amerika 19 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, die EG jedoch keine.

Laut Brock übt sich die EG im Negativen, statt wie früher die Fahne der Liberalisierung zu schwingen. Der Ärger des Botschafters ist verständlich: Erstmals seit vielen Jahren weist der US-Handel mit der EG ein Defizit aus. Etienne Davignon, Vizepräsident der EG-Kommission, hat die Vorwürfe auf derselben Veranstaltung scharf zurückgewiesen. Wenn die Brüsseler Agrarpolitik aufgegeben werde, hreche die Allianz zusammen, betonte er.

US-AKTIENMÄRKTE

Etat-Defizite verdüstern das schöne Konjunkturbild

H.A. SIEBERT, Washington
Wachsende Zweifel plagten Amerikas Aktienmärkte. Nicht anders ist der starke Abgabedruck in den vergangenen zwei Wochen zu erklären, der den Dow-Jones-Industrie-Index 27,53 Punkte kostete. An den letzten fünf Börsentagen fiel er um 10,99 (Freitag: 6,91) auf 1250,11, der breitere gestreute Nyse-Index um 0,53 (0,47) auf 96,13 Punkte. In die Schußlinie sind also besonders die „Glamours“ geraten. IBM sackte trotz einer Gewinnsteigerung um 24 Prozent auf 5,49 Milliarden Dollar 1983 auf 117 Dollar. Kein Zweifel, die Januar-Hoffnungen haben sich nicht erfüllt.

Hin- und hergerissen werden die Investoren von zwei „Schulen“, die an der Wall Street Verwirrung stiften. Der einen wächst die US-Wirtschaft zu langsam, der anderen zu schnell. Zur zweiten gehört auch Henry Kaufman von Salomon Brothers, der weiter vor Engpässen auf den Kreditmärkten und einer sich beschleunigenden Teuerung warnt, „die im Frühjahr die Notenbank zwingen wird, die Geldschrauben anzuziehen“. So sehen es auch die Devisenhändler, die am Freitag große Mengen Dollars kauften, weil das US-Bruttosozialprodukt (BSP) wie vorausgesagt, im vierten Quartal 1983 real um 4,5 statt um nur drei Prozent gestiegen ist. Am New Yorker Plat schnellte der Dollar von 2,7895 auf 2,8170 Mark.

Drohend hängt über den Börsen das gewaltige US-Haushaltsdefizit (200 Milliarden Dollar). Ein Abbau im größeren Umfang ist nicht in Sicht,

wie jetzt US-Handelsminister Malcolm Baldrige und der Leiter des Budgetbüros des Weißen Hauses, David Stockman bestätigen. Wer daran glaube, so Stockman, „träumt“. Im Wahljahr bewege sich kaum etwas. Umfragen zeigen deutlich, daß der amerikanische Wähler keine Steuererhöhungen und Kürzungen im Sozialbereich will. Präsident Reagan unterstützt den ersten, der Kongreß den zweiten Wunsch.

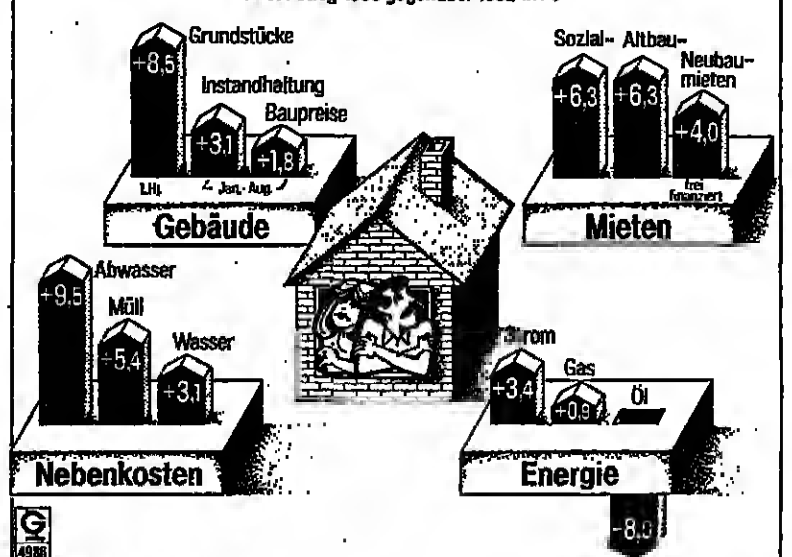
Klopft man die vorläufigen BSP-Zahlen ab, dann ergibt sich dieses US-Konjunkturbild: 1983 wuchs die Wertschöpfung real um 3,3 Prozent, verglichen mit minus 1,9 und plus 2,6 Prozent 1982 und 1981. Das Jahr begann zyklusgerecht und endete auch so: Im ersten Quartal betrug die Wachstumsrate 2,6, im zweiten und dritten dann 9,7 und 7,6 Prozent. Die Verlangsamung auf 4,5 Prozent in der Oktober-Dezember-Periode läßt hoffen, daß eine Überhitzung vermieden wird. 1984 soll die US-Wirtschaft zwischen vier und fünf Prozent wachsen.

Als Motor erwies sich 1983 die Verbraucher- und Investitionsnachfrage, die laut Baldrige nominal um 5,4 und 11,5 Prozent stiegen. Immer problematischer wird jedoch die weit auseinanderklaffende Export-Import-Schere, verursacht durch den zinsbedingten hohen Dollarkurs. So erhöht sich Amerikas Einfuhren 1983 zu ebenfalls laufenden Preisen um 22,4 Prozent, während die Ausfuhren nur 3,7 Prozent zulezten. Das heißt, die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft verringert sich auch zu Hause. Gemessen am BSP, nahm die Teuerung um 4,2 Prozent zu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Preise rund ums Wohnen

Preisanstieg 1983 gegenüber 1982 in %



Die Mieten stiegen 1983 um durchschnittlich 5,3 Prozent (nach 5,0 Prozent 1982 und 4,5 Prozent 1981). Auch wenn sich die Mieten stärker verteuert haben als in den Vorjahren, ist die allgemein prognostizierte Explosion der Mieten ausgeblieben.

QUELLE: GLORUS

Erfolge für ausländische Autos

Flensburg (dpa/VWD) - Ausländische Autos erzielten am deutschen Personewagenmarkt 1983 Erfolge. Sie erreichten einen Marktanteil von insgesamt 27,2 Prozent der über 2,42 Millionen Neuzulassungen, nach 24,9 Prozent 1982. Der Anstieg ist - wie aus den Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg hervorgeht - vor allem der Zunahme japanischer Modelle zu verdanken, darunter in erster Linie Mazda und Toyota. Unter den 20 meistverkauften Marken hatten vier von sechs Japanern Steigerungsraten von über zehn Prozent, Toyota und Mazda sogar 44 beziehungsweise knapp 40 Prozent. Größere Erfolge erzielten auch Volvo (plus 18,2 Prozent) und Lada (plus 25,8 Prozent). Der Anteil japanischer Importfahrzeuge betrug 1983 mit insgesamt knapp über 256 000 Neuanmeldungen 10,6 Prozent nach 9,8 Prozent 1982.

Weg der Kurse

	20. 1. 84	15. 1. 84
Boeing	48,625	47
Chrysler	30,875	32,125
Citicoor	36,75	38,875
Coca-Cola	52	51,50
Exxon	38,25	37,50
Ford Motors	44,125	47,50
IBM	117,125	118,75
PanAm	9	8,625
US Steel	31,125	31,625
Woolworth	35,375	36,50

Kostensenkung angestrebt

Bad Kissingen (dpa/VWD) - Die Bundesbahn strebt bis zum Ende dieses Jahrzehnts drastische Kostensenkungen im schwer defizitären Güterverkehr an. Wie das Bahnvorstandsmitglied Hans-Joachim Klein bei einer Verkaufsleitertagung am Freitag in Bad Kissingen sagte, sollen die Personalkosten um 25 Prozent und die Gesamtkosten um 30 Prozent gesenkt werden. Die Produktivität werde sich dadurch im Güterverkehr um 40 Prozent erhöhen.

Gute Abschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) - Gute bis sehr gute Abschlüsse wurden auf der 5. Internationalen Fachmesse Unterhaltungs- und Warenautomaten (IMA) getätigt, die am Sonnabend nach dreitägiger Dauer zu Ende ging. Nach Angaben der Messeleitung interessierten sich rund 11 000 Fachbesucher aus über 20 Ländern für die ausgestell-

Citicoor in Führung

New York (dpa/VWD) - Die New Yorker Bankholding Citicoor hat 1983 ihre Führung als größter US-Bankkonzern weiter ausgebaut. Mit 144,66 (Vorjahr: 130) Milliarden Dollar (344,1 bzw. 322,2 Milliarden Mark) Bilanzsumme zeigte die Muttergesellschaft der Citibank eine Zuwachsrate von vier Prozent, während die Bilanzsumme der Bank America Corp. um ein Prozent auf 121,18 (122,41) Milliarden Dollar schrumpfte. An dritter Stelle rangierte nach wie vor die Chase Manhattan mit 81,92 (80,86) Milliarden Dollar vor der Manufacturers Hanover mit 64,33 (64,04) und der J. P. Morgan & Co. mit 58,02 (58,80) Milliarden Dollar.

Im Stahlmarktsum

Duisburg (rti) - Der Duisburger Stahlkonzern Klöckner-Werke AG wird in die europäische Stahlmarktordnung zurückzuführen und sich an die Krisenregelungen des Artikels 58 des Montanvertrages halten. Wie ein Sprecher des Unternehmens bestätigte, ist zwischen dem Unternehmen und der EG-Kommission in Brüssel eine Einigung über die Produktionsquoten Klöckners erzielt worden. Der entsprechende Vertrag sei parafiert, aber noch nicht unterzeichnet worden. Danach wird Klöckner im ersten und den folgenden Quartalen dieses Jahres die Produktionsquote nicht mehr überziehen und somit nicht mehr mit Bußgeldern der EG-Kommission belegt werden.

Londoner Kassapreise

	20. 1. 84	15. 1. 84
Kupfer (t/mt)	983,5	978,25
Blei (t/mt)	275,5	283,25
Zinn (t/mt)	695,5	678,5
Zinn (t/mt)	8650	8637,5
Gold (t/Unze)	370,625	371,625
Silber (p/Unze)	585,20	577,25
Kakao 1 (t/mt)	1976,5	1824
Kaffee 2 (t/mt)	2097,5	2035,5
Zucker (t/mt)	132	132,50
Kautschuk (p/kg)	87,5	85,5
Wolle (p/kg)	447	448
Baumwolle 2 (t/mt)	59,05	57,55

1) Abladung Mai; 2) Abladung März; 3) A-Index-Preis Liverpool

BAUWERBE

Die Gemeinden sollen 1985 wieder mehr investieren

HEINZ STRÜWE, München
Die kommunalen Haushalte werden bereits im kommenden Jahr wieder den Spielraum für eine Aufstockung der Bauinvestitionen bieten. Nach Ansicht des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Bauwesens, Fritz Eichbauer, erlauben die schnellen Konsolidierungsschritte zahlreicher Gemeinden, 1985 aktiv zu werden. Das derzeitige geringe Produktionsniveau vor allem im Straßenbau lasse sich auf die Dauer nicht vertreten. Für zusätzliche kreditfinanzierte staatliche Baumaßnahmen noch in diesem Jahr, wie sie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie fordert, sieht Eichbauer „keine Chance“. Er verspricht sich mehr davon, die Haushaltsentscheidungen der Bundesregierung zu akzeptieren und die eigenen Forderungen auf 1985 zu richten.

Mit Blick auf die kommenden Mo-

nate erkennt Eichbauer, der anlässlich der Bau 94 auf einer Veranstaltung des Industrieverbandes Bartsch in München sprach, ohnehin keinen Grund zur Schwarzmalerei. „Wir stehen vor einem guten Baujahr.“ Bei einer erwarteten Zunahme des gesamten Bauvolumens um fünf Prozent und Stagnation im öffentlichen Bereich falle dem Wohnungsbau die Rolle des Konjunkturmotors zu. Bereits heute ist dies die einzige Sparte, deren Situation der Verbandspräsident das Prädikat „befriedigend“ gibt. An einem kräftigen Zuwachs von sieben Prozent ist nach Ansicht Eichbauers nicht mehr zu zweifeln. („Die Anfrage sind erfüllt“).

Während er aber im Gewerbebau, der 1984 um fünf Prozent zulegen soll, auch mittelfristig noch Wachstumsmöglichkeiten sieht, rechnet Eichbauer aufgrund des Bevölkerungsrückgangs im Wohnungsbau mit sinkendem Bedarf.

LUDWIG-ERHARD-MEDAILLE / An Computer-Unternehmer Nixdorf verliehen

„Wir sind besser als die Japaner“

PETER GILLIES, Bonn
„Ich glaube, daß wir in Deutschland die besseren Unternehmer haben.“ Wer solches mit Blick auf die japanische Konkurrenz behauptet, ist beispielsweise Heinz Nixdorf, Vorstandsvorsitzender der Nixdorf-Computer AG, kann einen Demonstrationen für sich sprechen lassen: Die Erfolgsbilanz seines 16 000-Mann-Unternehmens. Als ihm die Ludwig-Erhard-Medaille für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft verliehen wurde, ließ er in seiner Dankesrede in der Godesberger Redoute doch einige Töne ankommen, die man aus Unternehmermünd und recht selten hört. Hierzulande, so der Preisträger, stoße man - auch unter der neuen Bundesregierung - gravierend gegen marktwirtschaftliche Prinzipien. Die Bundesrepublik lasse zu, daß die Großen immer größer werden, behindere aber das Wachstum der Kleinen, der Newcomer. „Die Großen haben keine Arbeitsplätze geschaffen“, stellte Nixdorf fest.

Gegenüber den Japanern sollten sich die deutschen Unternehmer selbstbewußt geben, wenngleich der „unfairer Wettbewerb“ ein Ärgernis sei. Manchem Unternehmer bei uns sei zu empfehlen, „lieber mal ein Prozent teurer anzubieten“, wenn mit entsprechenden Gewinnen nach Steuern neue Arbeitsplätze zu schaffen seien, meinte Nixdorf. Gewiß eine Wertung, die nicht jeder Unternehmer so nachvollzieht.

Heinz Nixdorf, der 1952 im Keller mit 30 000 Mark (geliehenem) Kapital anfang und heute über einen weltweiten Elektronikkonzern gebietet, kann sich Seitenhiebe auf Monopole wie die Deutsche Bundespost oder das „Luftmonopol“ der Lufttrans über deutschem Boden nicht verhehlen. Angenehmlich räumte der Bilderbuch-Aufsteiger auch mit dem Urteil auf, die Strukturwache von heute sei zuerst auf Kapitalmangel zurückzuführen. „Kapital ist genügend vorhanden“, korrigiert er.

giert er, es fehlten dagegen Mut, Ideen und Einsatzbereitschaft. Richard von Weizsäcker, derzeit noch Regierender Bürgermeister von Berlin, der die Medaille an Nixdorf übergab, schmunzelte, denn der Berliner Senat weiß das innovatorische Engagement der Computer-Firma an der Spree zu schätzen.

Seine Firma habe gerade eine Berufsschule gebaut, „aber ohne Eingang und ohne Ausgang“, damit „die Lehrer jeden Tag gezwungen werden, zweimal die Fertigungshallen zu durchmessen, damit sie mal Fabrikluft schnupfen“. Schließlich sagte Nixdorf etwas ganz und gar Sperriges: „Ich freue mich, daß ich Deutscher bin, und ich bin stolz auf die Soziale Marktwirtschaft.“ Karl Hohmann (Ludwig-Erhard-Stiftung) fand für den Unternehmer Nixdorf in seiner Laudatio eine Kennzeichnung, der die Deutschen der achtziger Jahre medial weithin entworfen sind: „Sensation des Positiven“.

FLICK

Beteiligungen umgeschichtet

dpa/VWD, Düsseldorf
Veränderte Beteiligungsverhältnisse meldet die Friedrich Flick KG, Düsseldorf. Die Anteile des Komplementärs Dr. Friedrich Karl Flick betragen jetzt 39 Prozent, nachdem er die Kommanditanteile der aufgelösten Friedrich Flick Stiftung sowie Friedrich und Marie Flick Stiftung mit Wirkung vom 31. Dezember des vergangenen Jahres übernommen habe, berichtete das Unternehmen am Wochenende in Düsseldorf.

Die beiden Stiftungen hielten bisher rund 22 Prozent als Kommanditisten. Gleichzeitig wechselte die Friedrich Karl Flick Stiftung mit ihrem Anteil von 61 Prozent von der Rechtsstellung eines Komplementärs in die eines Kommanditisten. Die Friedrich Flick KG ist Inhaberin der Friedrich Flick Industrieverwaltung Kg aA in Düsseldorf. An der Konzeption eines familienbezogenen Unternehmens solle festgehalten werden, betonte die Gesellschaft weiter.

Als Anlaß für die Neuordnung bezeichnete Flick die 1974 geschaffene Erb-Ersatzsteuer. Von 1984 an werde diese Steuer auf Familienstiftungen jeweils 30 Jahre nach ihrer Errichtung in Höhe von 35 Prozent des Stiftungsvermögens fällig. Für die beiden ausgeschiedenen Stiftungen wäre die Erb-Ersatzsteuer am Ende dieses Jahrzehnts fällig geworden.

Hinzu komme, daß beide Stiftungen nach dem Willen des Stifters im Jahre 2000 aufgelöst werden müßten. Dann wären erneut 50 Prozent des Stiftungsvermögens als Erbschaftsteuer fällig. Innerhalb von 17 Jahren wären damit 85 Prozent Steuern aus der Substanz zu entrichten gewesen.

Zur Vermeidung „solcher auf eine Enteignung hinauslaufenden Besteuerung von Familienstiftungen“ habe der Gesetzgeber eine Übergangsregelung bis Ende 1983 vorgesehen. Nachdem jedoch eine einheitliche Auffassung der Länder nicht vorliege, solle die Frage durch die Finanzgerichte geklärt werden. Die Friedrich Flick KG werde diesen Weg gehen müssen.

Auch die Auflösung der 1961 gegründeten Friedrich Karl Flick Stiftung vor 1991 werde erwogen, um die dann zu zahlende 35prozentige Erb-Ersatzsteuer zu vermeiden.

BAU '84 / Do-it-yourself-Bauen wird immer beliebter - Schulungen und Beratung „vor Ort“ für den Kunden

Ertragswende bei den führenden Herstellern

HEINZ STÜWE, München
Explodierende Baukosten gaben jahrelang Auftrieb, aber auch Perioden langsamer steigender Preise wurden unbeschadet überstanden: Do-it-yourself-Bauen wird immer beliebter. Experten schätzen, daß die von Bauherren selbst, in Nachbarschaftshilfe oder aber in Schwarzarbeit erstellte Bauleistung bis 1985 um jährlich 20 Prozent ansteigen wird. Nicht nur der Handel stellt dieser Trend vor (oft unlösliche) Probleme, wenn es gilt, Laien das verwirrend vielfältige Angebot von Baustoffen zu erläutern.

Marktposition behauptet

Mit speziellen Arbeitsanleitungen, Bauherrenschulungen und Beratungsangeboten „vor Ort“ hat sich die Hebel Unternehmensegruppe, Emmerring-Fürstendruck, auf diesen anwachsenden Kundenkreis eingestellt. Josef Vögele, Sprecher der Geschäftsführung, nennt das Do-it-yourself-Bauen „eine gute Sache“, zumindest, wie er einschränkt, aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Hebel-Plansteine könnten ohne weiteres auch von Laien verarbeitet werden. Die Marktführerschaft bei Gasbeton, erst im Vorjahr errungen, konnte 1983

beibehalten werden. Vögele bezifferte den Marktanteil bei Montagebauteilen auf 61,9 (61) und bei Steinen auf 45,8 (38,9) Prozent. Der Gesamtumsatz der Gruppe konnte nach einem achtprozentigen Rückgang im Vorjahr auf 495 (465) Mill. DM ausgeweitet werden. Dazu steuerten Steine und Montagebauteile 253 Mill. DM bei, 7,7 Prozent mehr als 1982. An Steinen wurden 1983 6,2 Prozent mehr abgesetzt, bei den Bauteilen war das Plus mit 12,8 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Im Fertighausbereich hielt der Aufwärtstrend des Vorjahres an. 1103 (1093) verkaufte Häuser brachten einen Netto-Umsatz von 159 (145) Mill. DM. Unverändert 70 Mill. DM setzte die Bauunternehmung Josef Hebel, Memmingen, um. „Zufrieden“ ist die Geschäftsführung mit dem Gewinn der Gruppe.

Einbuße wettgemacht

Die Ytong AG, München, ebenfalls Gasbetonhersteller und die Nummer zwei am Markt, hat 1983 die empfindliche Mengeneinbuße des Vorjahres von 17 Prozent zum Teil wieder wettgemacht. Mit einer siebenprozentigen Absatzsteigerung bei Stei-

nen und Montagebauteilen ging im Gesamtunternehmen eine Umsatzzunahme von 4 Prozent auf über 250 Mill. DM einher. Die Umsatzrendite der Gesellschaft, die 910 (905) Mitarbeiter beschäftigt, verdoppelte sich vor Steuern auf 4 Prozent.

Vorstandsvorsitzender Dieter Jutzli führte diese „erfreuliche Ertragssteigerung“ auf den siebenprozentigen Produktivitätszuwachs sowie die bessere Kapazitätsauslastung zurück. Er stellte eine „angemessene“ Dividende von mindestens 10 (4) Prozent in Aussicht.

Das neue Jahr soll der Gesellschaft einen „Umsatzsprung“ von 20 Prozent und eine weitere Verbesserung der Ertragslage bringen. Hoffnungen richten sich vor allem auf die neuen Aktivitäten: Von der schwedischen Mutter wurde 1983 die Federführung im weltweiten Lizenz- und Anlagen-geschäft übernommen. Der Erwerb von Warenzeichen, Schutz- und Lizenzrechten beanspruchte einen großen Teil der Investitionssumme von 26 Mill. DM (bei 20 Mill. DM Abschreibungen).

Die Umstrukturierung des Produktprogramms der Eternit AG, Berlin, unter der Devise „Weg vom Asbest“ zeigt erste Erfolge. Eine Reihe

von asbestfreien Produkten wie Blumenkästen, Brandschutz- und Fassadenplatten sind auf dem Markt, weitere sollen folgen.

Kraftakt erfolgreich

Für großflächige Wellplatten ist bisher jedoch noch kein Asbestersatz gefunden, der die statischen und klimatischen Anforderungen erfüllt. Die asbestfreien und stark asbestreduzierten Erzeugnisse mit 198 Mill. DM sowie die Diversifikationsprodukte (95 Mill. DM), vor allem Heidelberger Dachstein, stützten 1983 bereits knapp die Hälfte zum Gesamtumsatz von 600 (593) Mill. DM bei.

Vorstandsvorsitzender Hans Thöni konnte auf der Bau '84 jetzt den Erfolg des Kraftakts der Jahre 1981 und 1982 verkünden, als über 1100 Mitarbeiter entlassen wurden. Eternit schrieb 1983 keine roten Zahlen mehr. Im Vorjahr hatte der Konzern 11,5 Mill. DM Verlust ausgewiesen. Trotz des positiven Betriebsergebnisses sieht Thöni sein Unternehmen „noch nicht über den Berg“. Er sei jedoch „voller Zuversicht“, daß sich die notleidenden Kredite nähmen um 80 Prozent zu. Gleichzeitig stiegen die Personal- und Betriebsko-

ITALIEN / Banken litten unter der Wirtschaftslaute

Dienstleistungen ausgebaut

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienischen Banken haben 1983 nach Schätzungen von Finanzexperten ihren Cash-flow nur um 4,6 Prozent auf rund 10 700 Mrd. Lire erhöht, während der vermutliche Gewinn der Kreditinstitute um 9,2 Prozent auf 1 700 Mrd. Lire zunahm. Bei einer Inflationsrate von knapp 15 Prozent bedeutet dies, daß in beiden Fällen real eine Verminderung (von über 10 bzw. 4 Prozent) eintrat. In 1982 war der Cash-flow um 7,1 Prozent und der Gewinn um 20,2 Prozent gestiegen, was bei einer Inflationsrate von beinahe 17 Prozent im ersten Fall eine reale Verminderung von etwa 10 Prozent und im zweiten Fall eine reale Steigerung von nicht ganz drei Prozent bedeutete.

Die Ertragsverschlechterung, die sich fast während des gesamten vergangenen Jahres in einer deutlichen Vernachlässigung der Banktätigkeit an der Mailänder Börse niederschlug, ist vor allem der verminderten Differenz zwischen Haben- und Sollzinsen (von 12,9 auf 11,7 Prozentpunkte) und der beträchtlichen Zunahme der Firmenzusammenbrüche zuzuschreiben. Allein die notleidenden Kredite nahmen um 80 Prozent zu. Gleichzeitig stiegen die Personal- und Betriebsko-

sten wesentlich schneller als die Erträge, während der Staat ein übriges tat und auch noch die Mindestreserven erhöhte.

Wegen der flauen Wirtschaftslage hatten die Banken die Darlehenszinsen proportional stärker ab als die Depostenzinsen. Außerdem stiegen die Kreditvergütungen nur um 14 Prozent, die Einlagen aber um 17 Prozent, so daß die Kreditinstitute gezwungen waren Schatzamtsaktien ins Portefeuille zu nehmen, die sich erheblich niedriger verzinst als die Darlehen an die Wirtschaft.

Den Ausweg aus der Ertragschwäche suchten die Banken - wie im Jahr zuvor - erneut hauptsächlich durch den Ausbau der Dienstleistungen und des Wertpapiergeschäfts. Insgesamt stiegen die Nettoerträge aus dem Dienstleistungsgeschäft um 20 Prozent, die Kommissionen aus dem Wertpapiergeschäft sogar überdurchschnittlich um 23 Prozent.

Für 1984 erwarten die Banken wieder eine leichte Entspannung der Ertragslage dank der Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit. Das dürfte Börsenbeobachtern zufolge von der 2. Jahreshälfte an auch den Bankwerten wieder zu größeren Interesse am Markt verhelfen.

FRANKREICH / Sanierungspolitik hat die private Sparneigung negativ beeinflusst

Langfristige Anlageformen bevorzugt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Austeritätspolitik der französischen Regierung hat sich im vergangenen Jahr auf die Sparneigung der privaten Haushalte insgesamt negativ ausgewirkt, da die Kaufkraft ihrer Einkommen stagnierte und sogar infolge zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zurückging, gleichzeitig aber der private Verbrauch immer noch etwas zunahm.

Davon wurde aber hauptsächlich der Immobiliensektor betroffen. Wegen der in Frankreich nach wie vor sehr hohen Zinsen und wegen der verschärften Mieterschutzbestimmungen wurde in diesem Sektor weit weniger als in den Vorjahren investiert. Auch das Gold, das andere traditionelle Anlageformen der Franzosen, wurde wegen des aus der Dollar-

hausse resultierenden Preisrückgangs vernachlässigt.

Andererseits ermutigten steigende Aktienkurse - plus 56 Prozent im letzten Jahr - zu größeren Wertpapieranlagen. Die Neuemissionen an französischen Aktien verdreifachten sich gegenüber 1982 auf zehn (3,5) Milliarden Franc. Die Aktienumsätze erreichten mit 107 (65) Milliarden Franc einen neuen Rekord. Vom Durchschnittsfranzosen bevorzugt wurden die Aktien der steuerbegünstigten Investment-Gesellschaften (Sicav), deren Portefeuilles an Aktien und Obligationen zum Jahresende 104 Milliarden Franc ausmachten.

Das Hauptinteresse galt allerdings wieder dem Rentenmarkt, an dem für 195 Milliarden Franc Anleihen emittiert wurden nach 155 Milliarden

1982, obwohl die Zinssätze für neue Obligationen um 1,5 Punkte zurückgingen. Mit etwa 15 Prozent oder real sechs Prozent sind sie aber im internationalen Vergleich hoch.

Auch das Sparbuchsparen hat weiter zugenommen. Insgesamt erhöhten sich die Einlagen bei den Sparkassen um elf Prozent auf 56,18 Milliarden Franc. Jedoch verminderte sich der Einlagenzuwachs um 19 Prozent auf 24,4 (30,2) Milliarden Franc. Davon wurden allein 2,5 Milliarden Franc auf das im Juni 1982 geschaffene neue inflationsindizierte Volkssparbuch (LEP) eingezahlt, dessen Einlagebestand zum Jahresende 7,8 Milliarden Franc erreichte. Das neue Industriesparbuch (Codefi) brachte es in nur vier Monaten auf sogar 6,9 Milliarden Franc.

Zertifikate machen das Rennen

hdt, Bielefeld

Die von der Sparkasse Bielefeld eingeführten Sparkassenzertifikate mit nur zweijähriger Laufzeit haben sich beim größten ostwestfälischen Geldinstitut zur besonders beliebten Form der Geldanlage entwickelt. Ihr Gesamtwert stieg 1983 um fast 19 Prozent auf 617 (521) Mill. DM und trug maßgebend zur Erhöhung der Spar-einlagen auf 2,48 (2,27) Mrd. DM bei. Rückläufig war dagegen der Bestand an Sparkassenbriefen und vor allem an Termineinlagen.

In der Erhöhung des Kreditvolumens von 2,96 auf 3,08 Mrd. DM spiegelt sich nach Meinung der Sparkasse die leichte Verbesserung der konjunkturellen Situation wider. Als besonders erfreulich wird dabei die Nachfragesteigerung im privaten Baufinanzierungsgeschäft um 36 Prozent gesehen.

ARAL / Tankstellen gemeinsam betreiben

Teilung des Restgeschäfts

dpa/VWD, Bochum

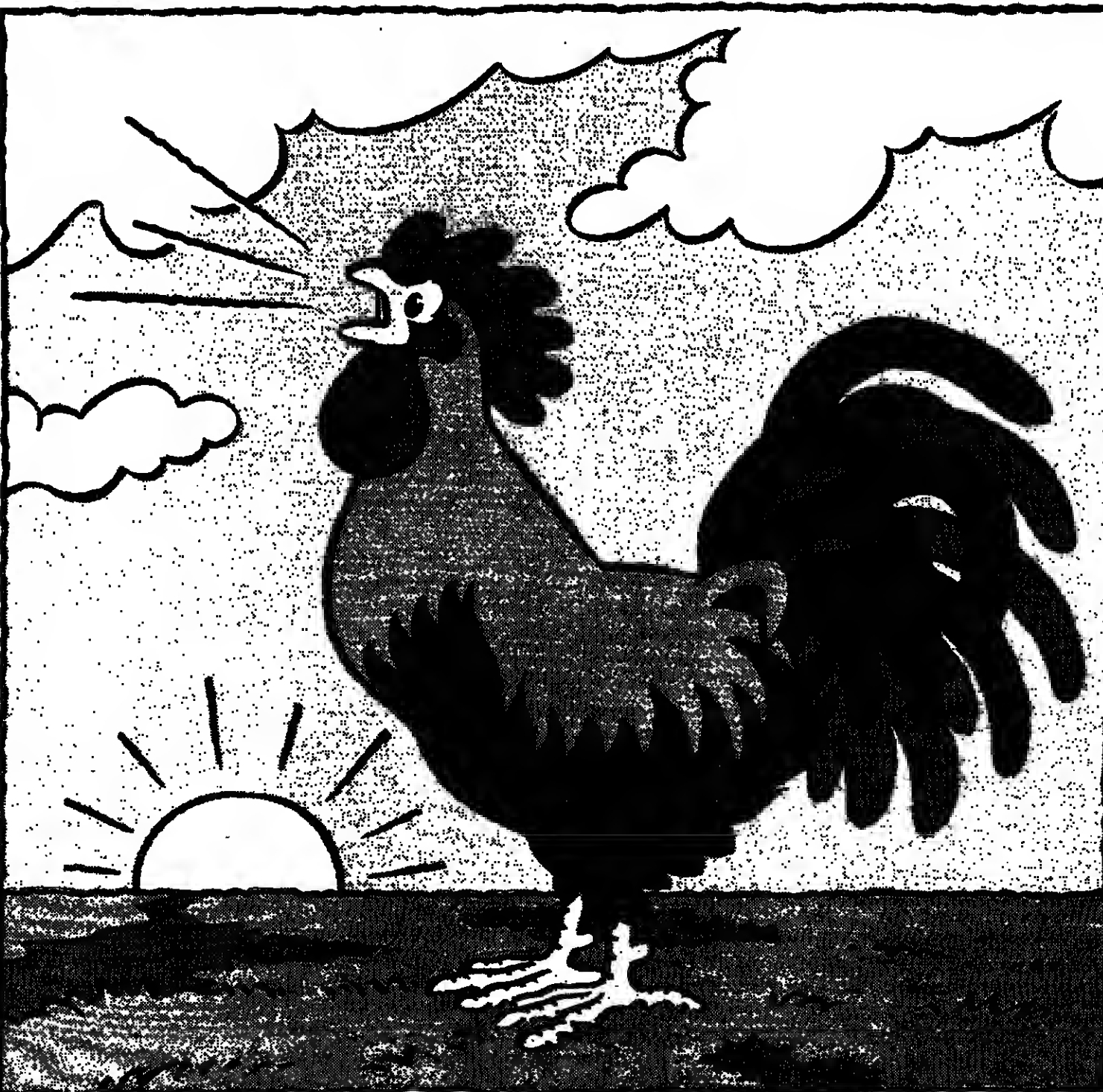
Das blau-weiße Tankstellennetz der Aral AG mit rund 4400 Stationen im Inland und 2000 im benachbarten Ausland soll nach den Plänen der drei Gesellschafter weiterhin gemeinsam betrieben werden. Wie die Aral AG am Samstag in Bochum bestätigte, haben die Veba AG (56 Prozent), Mobil Oil AG (28 Prozent) und Wintershall AG (15 Prozent) gemeinsam dem Bundeskartellamt in Berlin diesen Vorschlag unterbreitet. Das übrige Geschäft würden die Gesellschafter danach untereinander aufteilen und jeder für sich betreiben: so den Großhandel mit Treibstoffen, das Geschäft mit der Bundeswehr und den Vertrieb von Bunkerölen und Schmierstoffen. Der „weitest größte Teil“ des Aral-Umsatzes in Höhe von über 15 Milliarden Mark wird aber

über das Tankstellennetz abgewickelt.

Das Bundeskartellamt hatte die Vertriebsform der Aral AG beanstandet, nachdem der Bundesgerichtshof ähnliche Beziehungen in anderen Bereichen durch zwei Urteile als wettbewerbswidrig und damit für unstatthaft erklärt hatte. Die Gesellschafter der Aral AG besitzen seit über 20 Jahren ein Einlieferungsrecht für ihre Produkte in das größte deutsche Tankstellennetz entsprechend ihres Kapitalanteils und entscheiden andererseits über die Geschäftspolitik einstimmig.

Der Aral AG ist in der mündlichen Verhandlung in Berlin noch nicht deutlich geworden, wie sich die zuständige Beschuldbildung des Kartellamtes zu diesem Vorschlag stellt.

NEU: TERMINGUT MIT DER BAHN. AUF ALLE FÄLLE MORGENS ZUR STELLE.



Frühmorgens, kurz nachdem der Hahn aus den Federn ist, kommt ab sofort der Termindienst der Bahn. Und zwar so zuverlässig, daß wir dafür garantieren. Sie bringen Ihre Sendung (bis 80 kg) einfach an einen der 50 Termingutbahnhöfe. Montags bis freitags bis 17.30 Uhr. Am nächsten Morgen steht sie am Zielbahnhof garantiert bereit. Pünktlich um 8 Uhr (in wenigen Verbindungen bis 10 Uhr). Wenn Sie also künftig sicher sein wollen, daß Sie Ihre Termine garantiert einhalten können, sprechen Sie einfach mit Ihrem Kundenberater. Er hat noch mehr gute Argumente für den Termindienst, z. B. spätere Anlieferzeiten, zusätzliche Empfangsbahnhöfe usw. Sie können uns auch schreiben: DB-Termindienst, Postfach 1609, 6500 Mainz 1. Dann schicken wir Ihnen unsere Informationen postwendend zu.

DB Die Bahn

NAMEN

Prof. Dr. Joachim Zahn, langjähriger ehemaliger Vorstandsvorsitzender und jetzt Aufsichtsratsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim, vollendet am 24. Januar das 70. Lebensjahr. Der gebürtige Wuppertaler verlor in mehr als zwei Jahrzehnten seiner Vorstandstätigkeit geradezu fanatisch die Maxime, sich an einem langfristigen Markttrend zu orientieren und sich nicht durch vorübergehende Marktschwächen ablenken zu lassen.

Alex Scherf, von 1950 bis 1969 Vorstandsmittelglied der Gothaer Lebensversicherung a.G., vollendet am 22. Januar das 80. Lebensjahr.

Walter Deschler, Geschäftsführer der Gesellschaft der Ulma Steiger und Deschler GmbH und Interklas-Textil GmbH, Ulm/Donau, feiert am 24. Januar den 65. Geburtstag.

Prof. Dr. Oskar Vierling, Gründer und Gesellschafter-Geschäftsführer der elektrotechnischen Fabrik Oskar Vierling GmbH & Co. KG, Ebermannstadt, feiert am 24. Januar den 80. Geburtstag.

RENTENMARKT / Deutliche Stimmungsbesserung

Ausländer engagieren sich

Die Stimmung am Rentenmarkt hat sich aufgelockert. Die Kurse stiegen. Mit der Wiedereröffnung der D-Mark, die als Folge nachlassenden spekulativen Interesses für den Dollar eintrat, haben ausländische Investoren vorsichtig begonnen, sich in D-Mark-Titeln zu engagieren, die als „Entschädigung“ für die im internationalen Vergleich nicht sonderlich

hohen Zinsen einmal Aufwärtsgewinne abwerfen dürften. Inländische institutionelle Anleger rückten etwas von ihrer bisher zurückhaltenden Einstellung gegenüber Renten ab, weil der Eindruck aufzukommen schien, als sei für die nächste Zeit nicht mehr mit nennenswert niedrigeren Einstandskursen zu rechnen.

(cd)

Emissionen	20.1. 84	13.1. 84	29.12. 83	30.12. 83	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,78	7,92	7,88	7,45	10,95
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,77	7,83	7,72	7,04	10,55
Sonderinstitute	7,93	7,83	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,14	8,19	8,29	8,24	11,82
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,94	7,98	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,66	7,70	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,37	8,72	8,30	7,94	8,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,93	7,97	7,89	7,63	10,18
DM-Auslandsanleihen	7,88	7,99	8,08	8,45	10,32

MEXIKO / Erste beachtliche Schritte bei der Wiedergesundung der Wirtschaft

Die Bewährungsprobe steht noch aus

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mexiko, das mit 88,3 Milliarden US-Dollar im Ausland in der Kreide stehende, am zweithöchsten verschuldete Land der Welt, dessen Finanzier Kollaps 1983 mit 5 Milliarden neuen Krediten internationalen Banken, fast 3 Milliarden Finanzierungen internationaler Institutionen und 28 Milliarden Dollar Umschuldungen für öffentliche Stellen gerade noch vermieden werden konnte, hat im letzten Jahr beachtliche Schritte auf dem Weg zur Wiedergesundung gemacht. Aber die Krise ist noch nicht soweit gemeistert, daß sich die Mexikaner vom Druck ausländischer Hilfe abhängen können.

In diesem und im nächsten Jahr braucht Mexiko jeweils rund 8 Milliarden Dollar neues Geld, wovon die privaten internationalen Banken in diesem Jahr 3,8 und 1985 etwa 3 Milliarden Kredite locker machen sollen. Verständlicherweise sind die 526 Banken, die Mexiko schon rund 70 Milliarden Dollar gepumpt haben, darunter deutsche rund 4 Milliarden, nicht allein begeistert, daß sie ihre eingefrorenen Kredite weiter aufstocken sollen. Nicht wenige Institute zögern noch. Und bis zum 27. Januar werden wohl auch nicht alle Zusagen für den Jumbo-Kredit mit einer Laufzeit von zehn Jahren, darunter 5 3/4 Tilgungsfreien, vorliegen, eine Bedingung dafür, daß auch der Internationale Währungsfonds (IWF) im Februar weiter knapp 1,3 Milliarden Dollar herausruft.

Wie ein Klinkenputzer reist Angel Gurria, Generaldirektor für den öffentlichen Kredit und rechte Hand des mexikanischen Finanzministers, in elf Tagen in elf Städte, um die noch zögernden Bankiers gebührend zu stimmen. Nach einem Treffen mit Vertretern von 60 Banken aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und Skandinavien in Frankfurt berichtete Gurria über ein bisher sehr positives Echo auf seine Präsentation der Sanierungserfolge und der Pläne für die Zukunft, die er mit dem Geschick eines gewieften Verkäufers darbot, dem es wohl auch gelang, seine Großmutter einem jugendlichen Freier anzuhängen.

Die Ergebnisse der 83er-Sanierungsmaßnahmen haben manche Erwartungen übertroffen, und die Regierung erwartet in diesem Jahr weitere Fortschritte bei ihren Anstrengungen, der Wirtschaft des Landes wieder eine gesunde Basis zu geben.

Die Inflationsrate sank von fast 100 Prozent im Jahre 1982 auf 80 Prozent im Jahresdurchschnitt 1983, und sie soll in diesem Jahr weiter halbiert werden. Der Kampf gegen die Inflation soll auch künftig unter den wirtschaftspolitischen Zielen Priorität haben. In der Leistungsbilanz führte die radikale Importreduzierung zu einem positiven Swing um rund 7 Milliarden Dollar zu einem Überschuß von 3,5 Milliarden Dollar im letzten Jahr, nach einem 13-Milliarden-Defizit 1981. Für 1984 und 1985 wird mit einem Defizit von jährlich 1,5 bis

2 Milliarden Dollar gerechnet. Die Projektionen basieren auf einem gleichen Ölexportvolumen wie 1983 zu etwa gleichen Preisen.

Das Defizit des öffentlichen Sektors ist von 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 1982 auf 8,5 Prozent im letzten Jahr mehr als halbiert worden; es soll 1984 weiter um 5,5 Prozent sinken.

Diese Fortschritte hatten freilich einen hohen Preis. Das reale Wirtschaftswachstum von 8 bis 9 Prozent in den Jahren 1978 bis 1981 wurde von einer Schrumpfung abgelöst: Um 3,5 Prozent im letzten Jahr, um 0,5 Prozent im Jahr davor. Für 1984 wird ein einprozentiges Wachstum anvisiert und für die Zeit nach 1986 wieder eine Rückkehr zu Wachstumsraten von 5 bis 6 Prozent wie im Durchschnitt der letzten dreißig Jahre.

Zur Realität werden die Projektionen freilich nur, wenn auch künftig neue Auslandskredite fließen, damit die mit dem Sanierungsprogramm drastisch gedrosselten Wirtschaftstätigkeiten wieder aufleben können. Die Neuverschuldung soll langsamer wachsen als das Sozialprodukt. Außerdem sind weitere Umschuldungen nötig. Die schwierigsten Jahre in der nahen Zukunft werden 1987 und 1988 sein, in denen 14 und 11 Milliarden Dollar Auslandsschulden fällig werden. Eine Hypothek für das Land werden weiterhin die Zinsen für die Auslandsschulden bleiben, die in diesem Jahr fast die Hälfte der Exporterlöse ausmacht.

Ein Sieg läßt technische Überlegenheit vermuten. Zwei Siege sind eine deutliche Bestätigung. Drei Siege sind der Beweis.

BMW gewinnt 1984 zum 3. Mal die Rallye Paris-Dakar.



»In 20 Tagen durch die Hölle«, 10.000 km Wüstenmarathon, ständiger Kampf auf Biegen und Brechen – nicht nur gegen die mehr als 100 Konkurrenten, sondern vor allem gegen gnadenlose Hitze, eisige Kälte, gegen Sandstürme, auf Schotter, Geröll und im Schlamm: Das ist die Rallye Paris-Dakar. Am Neujahrstag 1984 wurde sie zum 6. Mal gestartet. Und am 20. Januar 1984 war Gaston Rahier mit seiner BMW am Ziel – als Sieger der Motorradwertung. Die anderen Fahrer des BMW Werkteams folgten auf den Plätzen 2 und 5. Und auch in der Mannschaftswertung belegt BMW den 1. Platz. Nach 1981 und 1983 ist das der 3. Sieg für BMW in diesem beispiellosen Hürdetest für Mensch und Maschine. Unter extremsten Anforderungen und schwierigsten Bedingungen zeigten sich einmal mehr die technische Reife, Problemlösbarkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit einer BMW.

In härtesten und anspruchsvollsten sportlichen Wettbewerben vorn zu liegen, ist bekanntlich bei BMW kein seltenes Ereignis.

Ein aktuelles Beispiel – neben der Rallye Paris-Dakar – ist die Formel 1 Weltmeisterschaft. Beide Wettbewerbe gehören zum absolut



anspruchsvollsten, was Motorsport zu bieten hat. Beide gelten als äußerst harte Materialtests mit höchsten Anforderungen an Qualität und Standfestigkeit. Offenbar gute Gelegenheiten für BMW Technik, sich durchzusetzen.

Die BMW Turbo-Technologie z.B. haben wir zu so hoher Zuverlässigkeit weiterentwickelt, daß sie praktisch auf Anhieb Weltmeisterschafts-Reife bewies.



Seit 1977 gibt es Turbo-Triebwerke in Formel 1 Wettbewerben. Seit 1982 fährt BMW – und 1983 stellt BMW den ersten Turbo-Weltmeister in der Formel 1. Schon in der 2. Saison also ein eindrucksvolles Ergebnis für die Dynamik und Zuverlässigkeit von BMW Technologie. Und auch die BMW Elektronik absolvierte selbst die härtesten Prüfungen mit Erfolg. Die von BMW erstmals auch bei Renntriebwerken eingesetzte elektronische Gesamtsteuerung des Triebwerks machte nicht nur die Nutzung von Leistungs-

bereichen möglich, die bis vor kurzem als praktisch unerreichbar galten. Noch wichtiger: Die Elektronik erhöhte die Standfestigkeit und die Zuverlässigkeit des unmittelbar an der absoluten Leistungsgrenze betriebenen Rennaggregats erheblich.

Zu so anspruchsvollen Sport-Erfolgen gehören Leistung und Zuverlässigkeit. Zu einem Erfolg bei anspruchsvollen Kunden gehört das gleiche. So innovativ die Wege sind, die wir bei den sportlichen Wettbewerben gehen, so fortschrittlich sind auch die Lösungen, die wir in der Serie anbieten.

Lassen Sie sich das bei Ihrem BMW Händler bald einmal beweisen. Sie werden sicher sofort feststellen, wie angenehm es ist, dem technischen Fortschritt nicht mehr hinterherfahren zu müssen.



OLYMPIA-TESTS / Klammer 4. Sieg in Kitzbühel - Deutsche Biathlon-Siege - Hysterie im Bobsport - Rückschlag im Eishockey

Wie der Wirt vom „Gasthof zur Post“ „Russen-Zigarren“ vor Dieben schützte

dpa/sid, Igls. Die vorolympische Hysterie treibt im Bobsport immer seltsamere Blüten: In Igls wurde in der Nacht der Versuch unternommen, den Zweier-Bob der UdSSR, wegen seines Aussehens auch „Russen-Zigarre“ genannt, zu entwenden. Zweieinhalb Wochen vor Beginn der Olympischen Winterspiele war das offenbar von langer Hand geplante Bubenstück Tagesgespräch bei der Zweierbob-Europameisterschaft in Innsbruck-Igls.

Kurz vor Mitternacht waren von dem Quartier der sowjetrussischen Bob-Fahrer in Sistrans, dem „Gasthof Post“, vermummte Gestalten aufgetaucht. Mit pochenden Schlägen weckten sie den Wirt Georg Burger auf. „Mach die Garage auf, oder wir drehen dir den Hals um“, habe man ihm gedroht, berichtete Burger.

Die unbekannten Gäste mußten allerdings unverrichteterdinge abziehen. „Ich habe ihnen gesagt, daß ich den Wagen vor der Garage, der nur zehn Zentimeter Platz ließ, nicht wegfahren kann und die Schlüssel

von dem Tor der Sicherheitsbeamten der Sowjetrussen hätten“, berichtete der Wirt weiter. Von der versuchten Entführung der Bobschlitte hat das sowjetische Sicherheitspersonal offenbar nichts mitbekommen.

Die Sowjets hatten zu Beginn der Saison mit der Bob-Neukonstruktion für Aufsehen gesorgt. Mit ihrem aerodynamischen Schlitten und einer ausgefeilten neuen Technik der vorderen Kufenanführung waren die Bob-Neulinge aus der UdSSR der internationalen Konkurrenz auf Anhieb davongefahren. Durch eine Nachkonstruktion des sowjetischen Schlittens haben Schweizer, Österreicher und auch die Deutschen in den letzten Wochen versucht, den technischen Rückstand zur UdSSR aufzuholen. Obwohl sie über die besseren Piloten verfügen, ist ihnen dies bisher noch nicht gelungen.

Ausschlaggebend ist möglicherweise die Lenkung des sowjetischen Bobs, aber das Geheimnis ist bisher noch nicht gelüftet worden. Das Bob-Team der UdSSR bewacht die Schlitten rund um die Uhr durch eigens dafür abgestelltes Personal. Absicht der versuchten Entführung der sowjetischen Bob-Schlitten war es offenbar, der sowjetischen Technik im Inneren der Bobs auf die Schliche zu kommen.

Als dies geschehen sollte, schliefen jedoch die sowjetischen Sicherheitsbeamten tief und fest. Und Georg Burger, dem Wirt des Gasthofes, haben sie es zu verdanken, daß immer noch niemand weiß, warum die sowjetischen Bob-Schlitten wirklich so schnell sind. Burger: „Ich habe die Gendarmen angerufen, da verschwanden die Vermummten sehr schnell.“ Übrigens: Für rund 14.000 Mark wollen die Sowjets angeblich nach den Spielen in Sarajevo ihre Schlitten zum Verkauf anbieten.

Und noch etwas: Vor vier Jahren verschwand auf dem Zürcher Flughafen für einige Zeit der deutsche Opel-Schlitten, mit dem man in Lake Placid Gold gewonnen wollte. Von den Tätern fehlt bis heute jede Spur.



Blumen für Kaiser Franz, Österreich feiert sein „rosendes Denkmal“ Franz Klammer nach dem vierten Abfahrtsieg in Kitzbühel. FOTO: MÜLLER

Franz wieder Kaiser, da grüßten sogar „Mausi und Hildchen aus Hamburg“

RAINER EINFELD, Kitzbühel. Neben dem Zielhang hatte sich ein grauhaariger Mann niedergekniet und die Hände wie zum Gebet gefaltet. Als Franz Klammer die Streif hinunterjagte, da flehte, schrie, weinte, betete, forderte er am Zielhang: „Franz kum, Herrgott, Franz kum.“ Und als Franz Klammer im Ziel war, als er Besitze auf der 3510 Meter langen Abfahrtsstrecke von Kitzbühel gefahren war, da rissen die 25.000 Menschen am Hahnenkamm die Absperrungen nieder, um ihrem „Kaiser Franz“ ganz nahe zu sein. Franz Klammer, der 30-jährige aus Kärnten, der Abfahrts-Olympiasieger von 1976 in Innsbruck, sprach zu ihnen über den Platzlautsprecher: „Danke, danke, danke, daß ihr mir den Rücken gestärkt habt.“

Als dies geschah, wurden zwei Transparente noch höher in den blauen Himmel von Kitzbühel gereckt: „Franz, wir danken Dir. Deine Ski-Lehrbuben“ und „Hildchen und Mausl aus Hamburg grüßen Franz Klammer“.

Es war der vierte Abfahrtsieg des Franz Klammer am Hahnenkamm, wo er bereits 1975, 1976 und 1977 gewonnen hatte. Und es war zugleich ein Jubiläum: der 25. Weltcup-Sieg für Klammer und der 100. für die österreichische Nationalmannschaft. Klammer, der Held einer Nation, analysierte sein Rennen kühl: „Als ich aufwachte und das gute Wetter sah, sagte ich mir: Heute muß ich gewinnen. Denn in Kitzbühel gibt es keine Zufallsieger. Ich habe von oben bis unten ins Ziel gekämpft. Ich bin so brutal gefahren wie zu meiner besten Zeit vor zehn Jahren. Als die Zuschauer an der Mausefalle und an der Hausbergkante aufschrien, da wußte ich, du bist schnell, sehr schnell, schneller als die anderen.“

Als Klammer das im Zielraum sagte, erschrak er, denn sein Team- und Markengefährte Anton Steiner näherte sich dem Ziel mit höchster Geschwindigkeit. Steiner, ein Slalom- und Riesenslalomspezialist, war mit der hohen Startnummer 55 ins Rennen gegangen – am Ende belegte er den dritten Platz. Klammer atmete auf.

Dann faßte er sich: „Mein Gott, dieser Steiner! Im Vorjahr ist er auf der Streif schwer gestürzt, im Training ist ihm bei hoher Fahrt eine Bindung aufgegangen, und nun dieser dritte Platz. Alle Achtung!“ Und Steiner gewann obendrein die Abfahrt und Slalom bestehende Kombination von Kitzbühel.

Die anderen aber zollten erst noch Franz Klammer Respekt. So, wie der frühere Schweizer Rennläufer Bernard Russi, 1976 in Inns-

bruck noch Klammer bester Kontrahent im Kampf um die Goldmedaille. Russi: „Klammer ist ein großer Lohnd für das, was er alles durchgemacht hat. Ich bewundere seine Einstellung. Heute merkte man ihm deutlich an, daß er regelrecht glücklich war, eine solche Abfahrt fahren zu dürfen.“ Und der Österreicher Karl Schranz, einst dreimaliger Sieger auf der Streif: „Franz Klammer ist der Abfahrer schlechthin. Wir alle haben wohl auf diesen Sieg gehofft, darum begangt. Denn einen würdigeren Sieger als Franz Klammer gibt es auf der Streif nicht.“

Viel Lob, viel Ehre für Franz Klammer. Einer stand dabei im Hintergrund. Einer, der am Ende der Saison ganz oben stehen könnte, auf dem Siegerpodest des Gesamtweltcup-Siegers. Die Rede ist von Pirmin Zurbriggen, einem 21-jährigen Hotelierssohn aus Saas-Almagell in der Schweiz. In Kitzbühel war Zurbriggen Vierter geworden. Eine Woche zuvor hatte er auf

Angerer siegt weiter, aber Favorit will er nicht sein

sid, Ruhpolding. Nicht erst seit seinen beiden Weltcupsiegen in Ruhpolding ist Peter Angerer (24) ein Medallientyp für Sarajevo. Doch das Biathlon-As stapelt tief. „Ich war vorher nicht Olympia-Favorit und bin es auch jetzt nicht geworden.“ Dennoch, ob es der mit der Ski-Rennläuferin Traudl Hächer befreundete Blondschopf wahrhaben will oder nicht: In Sarajevo führt der Weg zur Goldmedaille nur über Peter Angerer. An die Olympiastadt hat der Chiemgauer, 1983 Weltcup-Gesamtsieger, Silber- und Bronzemedallengewinner bei der WM, goldene Erinnerungen. Am Berg Igman war er vor vier Jahren Junioren-Weltmeister geworden. Ein gutes Omen?

Die Psyche stimmt. „Wenn man das ganze Jahr über im Training die Leistung bringt, muß man die Konkurrenz nicht fürchten.“ Bei der olympischen Generalprobe in Ruhpolding reichte es für Angerer über 20 km drei Strafrunden noch zum Sieg, weil er der Konkurrenz auf den letzten fünf Kilometern 40 Sekunden in der Loipe abnahm. Beim Sprint feuerte er seine letzten fünf Kugeln in 16 Sekunden ab. Ausgerechnet der letzte Schuß verfehlte das Ziel und brachte eine Strafrunde ein.

Doch wieder rante Angerer wie der Teufel und machte auf den letzten Kilometern neun Sekunden gut. Mit 2,1 Sekunden Vorsprung auf den Norweger Terje Krokstad hieß der Sieger wieder Peter Angerer. Bei vier von sechs Weltcuprennen gingen die Skijäger von Bundestrainer Jürgen Seifert an den Start und gewannen mit dem Erfolg von Fritz Fischer in

Pontresina (20 km) drei. Und dennoch zeigt die Stirn des cupstiegs in Ruhpolding ist Peter Angerer (24) ein Medallientyp für Sarajevo. Doch das Biathlon-As stapelt tief. „Ich war vorher nicht Olympia-Favorit und bin es auch jetzt nicht geworden.“ Dennoch, ob es der mit der Ski-Rennläuferin Traudl Hächer befreundete Blondschopf wahrhaben will oder nicht: In Sarajevo führt der Weg zur Goldmedaille nur über Peter Angerer. An die Olympiastadt hat der Chiemgauer, 1983 Weltcup-Gesamtsieger, Silber- und Bronzemedallengewinner bei der WM, goldene Erinnerungen. Am Berg Igman war er vor vier Jahren Junioren-Weltmeister geworden. Ein gutes Omen?

Die Psyche stimmt. „Wenn man das ganze Jahr über im Training die Leistung bringt, muß man die Konkurrenz nicht fürchten.“ Bei der olympischen Generalprobe in Ruhpolding reichte es für Angerer über 20 km drei Strafrunden noch zum Sieg, weil er der Konkurrenz auf den letzten fünf Kilometern 40 Sekunden in der Loipe abnahm. Beim Sprint feuerte er seine letzten fünf Kugeln in 16 Sekunden ab. Ausgerechnet der letzte Schuß verfehlte das Ziel und brachte eine Strafrunde ein.

Doch wieder rante Angerer wie der Teufel und machte auf den letzten Kilometern neun Sekunden gut. Mit 2,1 Sekunden Vorsprung auf den Norweger Terje Krokstad hieß der Sieger wieder Peter Angerer. Bei vier von sechs Weltcuprennen gingen die Skijäger von Bundestrainer Jürgen Seifert an den Start und gewannen mit dem Erfolg von Fritz Fischer in

Keine Kraft, Zusammenbruch folgte fast zwangsläufig

sid, Frankfurt. Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft ist um eine Illusion ärmer. Die Zeit der zweistelligen Niederlagen gegen die UdSSR sei vorbei, das Team aus Moskau durchaus verwundbar, die Zeit demnach reif für den ersten Überraschungscoup. Diese Einschätzungen beantworteten die Sowjets zwei Tage nach ihrem 6:2-Erfolg von München mit einer 12:4 (2:2, 6:1, 4:1)-Lektion in Frankfurt. Erstmals seit der WM 1977 in Wien und mit insgesamt 18. Mal in nunmehr 51 Länderspielen schoß der Rekord-Weltmeister zehn oder mehr Tore.

„Wir fürchten nur einen Gegner – uns selbst“, lautete der selbstbewußte Olympia-Ausdruck von Trainer Viktor Tichonow. Im Klartext: Nur eigene Überheblichkeit wie 1980 in Lake Placid, als ein amerikanisches Studententeam zur Goldmedaille stürzte, wird diese Mannschaft stoppen können. Trügerisch waren deshalb alle Hoffnungen, die in Frankfurt nach dem Zwischenstand von 2:2 aufklickten. Tichonow brauchte in der Pause nur daran zu erinnern, daß die Begegnung direkt im sowjetischen Fernsehen übertragen wurde. Prompt legten seine Cracks einen Gang zu.

„Die Russen sind einfach zu stark. Am besten treten sie wie die Harlem Globetrotters im Basketball nur noch zu Demonstrationszwecken, aber in keinem Wettkampf mehr an“, lautete der Vorschlag von Helmut Bauer, dem Geschäftsführer des Kölner EC. „Besser kann man einfach nicht spielen. Der Makarow könnte doch in

jedem Zirkus auftreten“, meinte der verletzte Außenstürmer Peter Obres, der endgültig für Olympia ausscheidet. Sein Mannheimer Vereinstrainer Ladislav Olejnik: „Die UdSSR wird jedes Jahr noch stärker, weil sie immer wieder neue Weltklassenspieler hervorbringt.“

Immerhin gab Viktor Tichonow seinem Kollegen Xaver Unsinn einen Tip mit auf den Weg: „Mein Freund Xaver Unsinn kann mit dem ersten Drittel sehr zufrieden sein. Er muß jetzt nur sehen, daß seine Mannschaft drei Drittel gut spielt.“ So einfach ist das also, aber auch so schwer. Unsinn: „Uns fehlt einfach die Kraft, um gegen diesen Gegner innerhalb von drei Tagen zweimal voll mitzuhalten.“ Erich Kühnhackl bestätigte: „Wenn wir kämpferisch nicht mehr Paroli bieten können, brechen wir zwangsläufig zusammen.“

Gerade der Kapitän symbolisierte in Frankfurt die Chancenlosigkeit. Kühnhackl, den die Bandscheibe zwickelt, stand mit seiner Angriffslinie bei fünf Gegentoren auf dem Eis und hatte selbst nur zwei Möglichkeiten, die der sowjetische Ersatztorwart Viktor Tschischik jedoch problemlos meisterte. Da sah die Bilanz des jungen vierten Stürmers mit Dieter Hegen (21), Michael Betz (21) und Manfred Ahne (22) schon erheblich besser aus.

Xaver Unsinn wird seine Mannschaft jetzt noch gegen die kanadische Olympia-Auswahl in Mannheim (28.1.) und Rosenheim (29.1.) testen. Danach muß er sein Aufgebot von derzeit 33 Spielern auf 20 Mann zusammenstreichen.

Maria Eppler wurde Zweite

sid, Verbier. Die frühere Weltmeisterin im Riesentorlauf, Maria Eppler aus Seeg, scheint rechtzeitig zu den Olympischen Winterspielen in Sarajevo noch in Form zu kommen. Beim Weltcup-Slalom in Verbier (Schweiz) belegte sie hinter der Österreicherin Anni Kronhölcher und vor der Schweizer Weltmeisterin Erika Hess den zweiten Platz.

Ihre Schwester Irene Eppler hatte zuvor bei der Weltcup-Abfahrt von Verbier nur Rang 28 erreicht. Im Weichschnee, auf einer fahrlässig präparierten Piste, waren ihre Hoffnungen auf eine bessere Platzierung versunken. Sie schimpfte: „Eine Katastrophe, ein solches Rennen hätte nie gestartet werden dürfen.“ Selbst die für Holland fahrende Miesbacher Slalom-Spezialistin Christa Kinshofer war als 22. noch schneller als Irene Eppler.

Das Rennen in Verbier gewann die Schweizerin Maria Walliser. Irene Eppler deutsche Teamkameradin holten beide Weltcup-Punkte. Regina Mösenlechner (Inzell) wurde Neunte und war erstmals seit ihrem schweren Sturz vor zwei Jahren Beste ihrer Mannschaft. Auf den Rängen 11 und 14 landeten die beiden Junioren-Weltmeisterinnen Marina Kiehl (München) und Michaela Gerg (Lenggries).

Zurück zum Slalom von Verbier, bei dem Maria Eppler Zweite wurde. Laufzeit hatte sie sogar im ersten Durchgang erzielt, doch dann fuhr sie verhalten. Maria Eppler: „Ich bin erstaunt, daß es nach meiner langen Krankheit so gut geht.“

Sepp Walcher gestorben

Österreichs Abfahrts-Weltmeister von 1978, Sepp Walcher, ist gestern tödlich verunglückt. Er stürzte bei einem Volks-Abfahrtsrennen und zog sich einen Genickbruch zu. Im Salzburger Krankenhaus erlag der 29-jährige Familienvater am Sonntagmittag seinen Verletzungen.

der klassischen Lauborn-Piste von Wengen bereits den sechsten Platz belegt. Jetzt sagt der gelernte Riesentorlauf-Spezialist: „Ich hoffe, man nominiert mich für Sarajevo auch für die Abfahrt.“ Für die Schweizer Abfahrts-Stars Urs Räber, Franz Heinzer, Conrad Cantthomen, Bruno Kern, Silvio Meli, Peter Müller und Peter Lüscher ist Zurbriggen Vorpreschen in ihre ureigenste Domäne etwas völlig Unverhofftes, Unverständliches. In Kitzbühel sagte Pirmin Zurbriggen: „Der vierte Platz in der Abfahrt auf der Streif bedeutet mir mehr als jeder Weltcup-Sieg in einem Slalom oder in einem Riesentorlauf.“ Dennoch will er den technischen Disziplinen (noch) nicht den Rücken kehren, „erst, wenn sich meine Karriere dem Ende zuneigt und ich nicht mehr so beweglich wie heute bin“.

Vorerst hat er anderes im Sinn: „Eine olympische Medaille in Sarajevo und den Gesamt-Weltcup.“ Zurbriggen verläßt die Abfahrt und verduzt die Slalom-Spezialisten. „Ich könnte“, sagt er, „wahrscheinlich viel besser sein. Doch ich habe nun einmal nicht den Ehrgeiz eines Ingeger Stenmark, der sich über dritte und vierte Plätze nur noch ärgern kann.“

GALOPP / Das Ende eines Gaunerstücks

Lebenslange Sperre für Trainer Wilfried Krawczyk

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln. Auf Lebenszeit wurde der Krefelder Wilfried Krawczyk (35) vom Ordnungsausschuß des Galoppverbandes in Köln von allen Rennbahnen verwiesen. Krawczyk, der Alarmanlagen baut und Rennpferde trainiert, ließ am 30. Oktober 1983 in Hannover statt der im Programm genannten Stute Schützenkette das Pferd Sandina laufen. Sie sollte erheblich schneller als Schützenkette sein. Krawczyk wollte die Wetter täuschen, um selbst am Wettschalter oder beim Buchmacher einen Coup landen zu können. Der aber mißlang, weil Sandina für dieses Rennen der unteren Leistungsklasse doch zu langsam war und nur Vierte wurde. Der erfolgreiche Schwindel wurde durch einen Bericht der WELT (vom 14.11.83) bekannt.

Das Galopp-Direktorium begann danach seine Ermittlungen. Krawczyk legte schließlich ein Geständnis ab. Bei der Verhandlung machte der gelernte Berufsschweizer aber Dunkelmann im Hintergrund als mittelbare Täter verantwortlich. Er selbst spielte die Rolle des Exprenten.

Krawczyk hatte sich angeblich von Bekannten 11.000 Mark geliehen, die er zum vereinbarten Zeitpunkt nicht zurückzahlen konnte. Deshalb sei er angeblich von diesen Hintermännern (es tauchte der Name Stoeffken aus Duisburg-Buchholz auf) zu dem Täuschungsmanöver gezwungen worden. Krawczyk berichtete dem Ordnungsausschuß sogar von einer Bedrohung mit einer Pistole. Zu Hause auf einem Autobahnzubringer in der Nähe der Krefelder Rennbahn soll man ihn gewaltsam während der Fahrt aus einem Auto geworfen haben.

Krawczyk, der ein umfangreiches Vorstrafenregister (vornehmlich Betrug und Körperverletzung) aufzu-

weisen hat, tischte dann auch noch eine Story auf, die untermauern sollte, daß er nicht der Initiator der Gaunerei war. Angeblich hatte er der Stute ein leistungshemmendes Beruhigungsmittel verabreicht, damit sie nicht gewinne. Er habe das Präparat in einen Apfel gespritzt, den er dem Pferd zum Fressen gegeben habe. Krawczyk treuherrlich: „Ich wollte eigentlich das Pferd kaskadieren lassen.“ Der gewarnte Mann weigerte sich, den Krawczyk zu bezeugen. Der Krawczyk hat seinen Angaben zufolge lediglich fremdes Geld auf den Sieg von Sandina placierte.

Für Sandina sollte er dem Vorbesitzer Hans-Joachim Kipper aus Wermelskirchen 6000 Mark zahlen. Bislang sind dort aber erst 2000 Mark angekommen – jetzt soll sich das Pferd am 23. November beim Training in Krefeld ein Bein gebrochen haben. Krawczyk legte eine Quittung des Schlechtermeisters Winkelmann vor, der das Pferd verwertet haben soll. Einen Tierarzt hat er bei dem Unfall nicht zu Rate gezogen. Krawczyk: „Man konnte doch deutlich sehen, daß Sandina nicht mehr zu retten war.“

Der ehemalige Besitzer und Trainer von Sandina, der seine Story auch schon diversen Medien zum Kauf angeboten, beantragte schließlich auch noch den Ausschuß der Öffentlichkeit aus dem Verfahren, dem der Vorsitzende, Rechtsanwalt Johann-Matthias Freier von der Necke, ohne Beratung einer Anwaltschaft nachkam. Krawczyk wollte Namen von Hintermännern nennen, fühlte sich aber bedroht, wenn die Presse es erfahre. So tagte man 30 Minuten ohne Öffentlichkeit, aber Krawczyk erzählte wohl nicht viel mehr als bei den bisherigen Verhandlungen. Direktoriums-Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper verließ sogar während der „Enthüllungen“ das Gebäude.

TENNIS

Zweifel an den Stars

Nach einem Jahr des Erfolgs mit Kingscup-Sieg und Daviscup-Aufstieg ist Niki Pilić besonders vom Scheitern im Tennis-Kingscup 1984 in Essen betroffen. Dem erfolgsorientierten Jugoslawen macht wenige Wochen vor dem Daviscup gegen Argentinien die Erkenntnis zu schaffen, daß selbst gegen ein schwedisches Team ohne den Topstar Wilander verloren wurde. Und es war seine erste Niederlage, seitdem er die Mannschaft des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) betreut.

Dabei war es vorwiegend dem Einsatz von Pilić zu verdanken, daß beim 1:2 gegen Schweden wenigstens eine akzeptable Leistung geboten wurde. Die Steigerung gegenüber dem 3:0 gegen die UdSSR (sie muß absteigen) zum Auftakt war unverkennbar. „Aber wenn man in neun Wochen nur ein Turnier spielt“, kritisierte der Trainer mit Blick auf Michael Westphal und Hans-Dieter Beutel, „dann fehlt einem die notwendige Matchpraxis vor einer so schweren Aufgabe.“

Nach dem Kingscup-Sieg vor einem Jahr hatte Pilić versprochen, eine Klasse-Mannschaft zu bilden. Spätestens seit Essen weiß er, daß es nicht allein an ihm liegt, daß auch seine Spieler die Forderungen nach härterem Training und mehr Turniereinsätzen erfüllen müssen. So fragte man sich, ob der 18-Jahre alte deutsche Ranglisten-Erste Michael Westphal seine spielerischen Grenzen nicht bereits erreicht hat. Ähnliche Fragen sind bei Hans-Dieter Beutel und dem Neusser Doppel-Andreas Maurer und Wolfgang Popp sicher ebenso erlaubt. Pilić und Sportdirektor Günter Sanders ließen dennoch keinen Zweifel daran, daß das Kingscup-Quartett mit dem Daviscup-Team identisch sei.

MOTORSPORT

Triumph für BMW

Mehr Sport, weniger Drama – das war der rote Faden, der sich über 12.000 Kilometer durch die sechste Auflage der Wüsten-Rallye Paris-Dakar zog. Die Veranstalter hatten die Sicherheitsstruktur verbessert, die Teilnehmer waren besser vorbereitet. Damit hat sich auch die Typologie der Dakar-Reisenden verschoben: Die Hurra-Stürmer der früheren Jahre sind durch pragmatische Hochleistungssportler abgelöst worden.

Porsche sprang sozusagen aus dem Stand in völlig neuem Terrain. Der Franzose René Metge war Kerl genug, um die Harmonie zwischen technischer Theorie und sportlichem Angriffsgelände herzustellen. „Wir haben gewonnen, weil wir die beste Maschine hatten“, sagte der Garagebesitzer aus dem Pariser Vorort Malakoff, als er in der Hauptstadt Senegals mit Ehren überschüttet wurde. Der Sieger von 1983 startete diesmal auf dem Allrad-Porsche Nummer zwei: Der Belgier Jacky Ickx wurde Sechster.

Besonders eindrucksvoll war bei den Motorrädern der Doppelsieger der BMW-Zweitürer-Boxermaschinen über die japanische Konkurrenz mit über drei Stunden Vorsprung. „Das Ergebnis in Dakar“, so BMW-Sportleiter Dietmar Beinbauer, „war ein Schock für die Werkteams von Honda und Yamaha.“ Der Sieger heißt Gaston Rahier (Belgien), der Zweite Hubert Auriol (Frankreich). Rahier ist ein Fahrer von zierlicher Statur. Er, nur 1,64 m groß, war schon von Kindheit an ein Akrobat auf dem Motorrad und krönte seine Karriere mit drei Moto-Cross-Weltmeistertiteln. Jetzt erfüllte er sich noch „einen Lebenswunsch“. Auriol hatte bereits 1981 und 1983 die Rallye auf einer BMW-Maschine gewonnen.

FECHTEN

Bellmann im Finale

Mit Weltmeister Elmar Bormann (Taubertischhofen) gewann zwar der große Favorit in Nördlingen die deutsche Meisterschaft der Degenfechter, doch niemand hatte erwartet, daß er sich im Finale mit dem Modernen Fünfkämpfer Achim Bellmann aus Warendorf auseinanderzusetzen hätte. Bellmann hatte auf seinem Weg ins Finale zuvor sogar den früheren Olympiasieger Alexander Pusck ausgeschaltet. Mit 10:6 Treffern hatte Bormann das Final-Gefecht gegen Bellmann gewonnen und ihm dann ein großes Kompliment gemacht: „Achim praktiziert den ungarischen Fechtstil und hat eine sagenhafte Kondition.“

Bellmann erklärte dies so: „Ich habe mich schließlich in Ungarn ganz speziell auf die deutschen Fechtmeisterschaften vorbereitet.“ Und dann: „Warum sollte ein Fünfkämpfer nicht ebenfalls so gut fechten können wie die Fechter. Jürgen Hingsen ist schließlich als Zehnkämpfer auch deutscher Meister im Weitsprung geworden.“

Nach den Olympischen Spielen in Los Angeles will Bellmann vom Modernen Fünfkampf zum Degenfechten wechseln. Vor sechs Jahren war der 28-jährige Student (Sport und Englisch) bereits Sechster der deutschen Degenmeisterschaft. Bellmann: „Ich möchte einmal eine Fecht Saison ganz durchziehen, um zu wissen, wo ich dann stehe.“ Fecht-Bundestrainer Emil Beck sah Bellmanns Auftreten mit Skepsis. Bellmann dazwischen: „Daß er meinen Stil nicht mag, stört mich nicht.“

Der Iserlohner Jörg Stratmann sicherte sich zum vierten Mal seit 1974 den Titel im Säbelfechten. Er stoppte den Siegeszug von Jürgen Nolte (St. Augustin), der zuvor vier Mal hintereinander den Titel gewonnen hatte.

SPORT-NACHRICHTEN

Einen Satz gewonnen

Hamm (sid) – Den ersten Satz gewann die deutsche Damen-Volleyballmannschaft zwar mit 15:3, doch das Länderspiel in Hamm gegen Ex-Weltmeister Kuha verlor sie vor 1000 Zuschauern mit 1:3.

Ohne Punkteverlust
Berlin (dpa) – Ohne Punkteverlust gewann die Wasserfreunde Spandau 04 als Berliner Mannschaft das Wasserball-Städturnier in Berlin. Den zweiten Platz belegte Athen.

TTC Jülich im Finale

Jülich (dpa) – Mit 5:4 gewann der TTC Jülich in eigener Halle das Halbfinale im Tischtennis-Europapokal der Pokalsieger gegen Spartakus Budapest und erreichte damit überraschend den Einzug in das Endspiel Ende April gegen Spartak Moskau. Vor 900 Zuschauern gewann der Schwede Ulf Carlsson für die Jülicher drei Punkte. Er besiegte Tibor Klamper, Janos Molnar und Zoltan Kriston.

Österreichischer Erfolg

Sapporo (sid) – Der Österreicher Manfred Steiner gewann das Weltcup-Springen auf der 90-m-Schanze von Sapporo (Japan). Bester Deutscher war Wegscheider (Hammer) als 44.

Groß Sportler des Jahres

Dortmund (dpa) – Der Offenbacher Michael Groß und die Tschechoslowakin Jarmila Kratochvílová sind von Europas Sportjournalisten zu Europas Sportlern des Jahres 1983 gewählt worden. Die Wahl wurde zum ersten Mal von der Union der Europäischen Sportjournalisten (UEFS) durchgeführt. Der viermalige Schwimm-Europameister gewann die Wahl vor Zehnkampfweltmeister Daley Thompson (Großbritannien). Bei den Frauen gingen die ersten vier Plätze an Leichtathletik-Weltmeisterinnen: Hiltr Kratochvílová lagen Martina Koch („DDR“), Tamara Bykowa (UdSSR) und Grete Waitz (Norwegen).

Silber für Doppelsitzer

Olang (dpa) – Hans Stangassinger und Franz Wembacher (Berchtesgaden/Bischofshofen) gewannen bei den Rodel-Europameisterschaften in Oleng (Italien) die Silbermedaille im Doppelsitzer. Es siegten die Italiener Helmut und Walter Brunner. Die Titel in den Einzel-Wettbewerben gingen ebenfalls an Italiener: Paul Hildgartner und Monika Auer.

Landwirt siegte

Verden (dpa) – Mit dem Überraschungssieg von Klaus Heinrich Bohlmann (Bremervörde) auf Exzellenz endete das Mächtigkeitspringen beim 9. Verdener Hallenreitturnier. Der 29-Jährige Landwirt überwand im dritten Stechen als einziger die 2,10 Meter hohe Mauer und die 1,80 hohe und 1,90 tiefe Triple-Barre.

In Bad Homburg gestartet

Bad Homburg (dpa) – Von acht Startorten aus begann gestern die Rallye Monte Carlo, der erste Lauf zur Weltmeisterschaft 1984. Von Bad Homburg aus nahm Ex-Weltmeister Walter Röhrl (Audi Quattro) die Strecke in Angriff.

Viernall 6,0 für Hamilton

Salt Lake City (dpa) – Die ersten Titel bei den US-Meisterschaften der Eiskunstläufer in Salt Lake City gewannen Weltmeister Scott Hamilton bei den Herren und die Geschwister Kitty und Peter Carruthers im Paarlauf. Der 25-jährige Hamilton beherrschte die Konkurrenz überlegen und wurde für seine Kür viermal mit der Ideal-Note 6,0 belohnt.

Ohne Einspruch

Brüssel (dpa) – Die Damen und Herren des Deutschen Hockey-Bundes erhielten ohne Einspruch das Startrecht für die Olympischen Spiele. Stärkster Gegner der Damen in der Vorrunde ist Weltmeister Holland, für die Herren ist es der frühere Olympiasieger Indien.

LEICHTATHLETIK

Heike Daute sprang 6,99 m

sid, Los Angeles

Heike Daute, die Weitsprung-Weltmeisterin aus Jena, setzt auch in der Hallen-Saison die Maßstäbe. In Senftenberg gelang ihr mit 6,99 m eine Hallen-Weltbestleistung.

In Los Angeles verlor 100-m-Weltrekordler Calvin Smith über 60 Yards überraschend gegen seinen Landsmann Ron Brown, der in 6,16 Sekunden gewann. Brown, der im Vorjahr auch Weltmeister Carl Lewis in der Freiluft-Saison die erste Niederlage beibrachte, sagte nach seinem Sieg über Smith selbstbewußt: „Das 100-m-Gold von Los Angeles ist noch nicht vergeben.“ Und dann: „Warum sollte ich mir gegen Lewis keine Chance ausrechnen?“

In Düsseldorf stieß der für Bayer Leverkusen startende Amerikaner August Wolf die Kugel 21,22 m weit. Das ist Weltjahresbestleistung.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Aston - Liverpool 1:3, Arsenal - Notts 1:1, Everton - Tottenham 2:1, Ipswich - Birmingham 1:2, Leicester - Coventry 1:1, Manchester United - Southampton 3:2, Nottingham - Norwich 3:0, Watford - Stoke 2:0, West Ham - Bromwich 1:0, Wolverhampton - Luton 1:2. Tabelle: 1. Liverpool 48 Punkte, 2. Manchester United 46, 3. West Ham 43.

HOCKEY

Bundesliga, Herren (Halle), Gruppe Nord, 9. Spieltag: Leverkusen - Berlin 11:3, Gladbach - Celle 11:11, SW Köln - Braunschweig 9:5, RW Köln - Hannover 13:10. - Gruppe Süd: Rüsselsheim - Dürkheim 7:7, München - Mülheim 7:10, Stuttgart - Limburg 10:9, Heidelberg - Frankenthal 9:9.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Reutlingen - Altsa 9:5, Düsseldorf - Heusenstamm 9:3, Bad Hamm - Herbornschbach 9:7, Saarbrücken - Bremen 9:3. - Bundesliga, Damen, 11. Spieltag: Donauwörth - Stuttgart 9:4, Kiel - Saarbrücken 9:5, Düsseldorf - Kaiserberg 9:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: München - Hamburg 1:3, Passau - Frankfurt 3:0, Leverkusen - Gießen 1:3, Fort. Bonn - Paderborn 0:3, Nor-

derstedt - SSF Bonn 3:2. - Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Darmstadt - Oythe 0:3.

Länderspiel, Damen, in Hamm: Deutschland - Kuba 1:3.

SKI ALPIN

6. Weltcup-Abfahrt der Damen in Verbier/Schweiz: 1. Walliser (Schweiz) 1:39,84 Min., 2. Flanders (USA) 1:39,98, 3. Charvátová (CSSR) 1:40,76, 4. Pignatelli (Schweiz) 1:41,10, 5. Miesenlechner (Deutschland) 1:41,29, 6. Chaud (Frankreich) 1:41,30, 7. Kistler (Schweiz) 1:41,31, 8. Bozon (Frankreich) 1:41,32, 9. Wollinger 1:41,36, 10. Wolf (beide Österreich) 1:41,44, 11. Cerg (Deutschland) 1:41,48, 12. Gantnerova (CSSR) beide 1:41,78.

Weltcup-Abfahrt der Herren in Kitzbühel: 1. Klammer 2:02,82, 2. Resch 2:03,39, 3. Steiner (alle Österreich) 2:03,43, 4. Zurbriegen (Schweiz) 2:03,44, 5. Wirsberger (Österreich) 2:03,54, 6. Rüster 2:03,75, 7. Cathomen (beide Schweiz) 2:03,84, 8. Ghidoni (Italien) 2:03,89, 9. Müller (Schweiz) 2:03,92, 10. Pfaffenbichler (Österreich) 2:04,03, 11. Wildgruber (Deutschland) 2:04,13, 12. Moll (Schweiz) 2:04,19, 13. Lee (Australien) 2:04,19, 14. Wenzel (Liechtenstein) 2:04,33, 15. Hinterseer (Österreich) 2:04,43.

Weltcup-Slalom der Herren in Kitz-

bühel: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:38,24, 2. Gruber (Österreich) 1:38,31, 3. Kitzaj (Jugoslawien) 1:38,33, 4. P. Maitre (USA) 1:38,30, 5. Stenmark (Schweiz) 1:39,25, 6. Strand (Schweiz) 1:39,50, 7. Nilsson (Schweiz) 1:39,51, 8. Vion (Frankreich) 1:39,59, 9. Frommel (Liechtenstein) 1:40,00, 10. Popangelov (Bulgarien) 1:40,25.

Weltcup-Slalom der Damen in Verbier: 1. Kronbichler (Österreich) 1:30,97, 2. M. Eppler (Deutschland) 1:31,07, 3. Fless (Schweiz) 1:31,07, 4. D. Talla (Polen) 1:31,09, 5. Konetz (Liechtenstein) 1:31,51, 6. Guignard (Frankreich) 1:32,15, 7. H. Wenzel (Liechtenstein) 1:32,35, 8. Ortli (Schweiz) 1:32,44, 9. McKinney (USA) 1:32,59, 10. Gadient (Schweiz) 1:33,70, 11. Barbier (Schweiz) 1:33,99, 12. F. Wenzel (Liechtenstein) 1:33,01, 13. E. Eppler (Deutschland) 1:33,80, 14. Marasova (CSSR) 1:34,00, 15. Lancaster (USA) 1:34,38.

BIATHLON

Weltcup-Rennen in Ruhpolding, 10-km-Sprint: 1. Angerer (Deutschland) 30:19,5 Min./1. Straßrunde, 2. Krokstad (Norwegen) 30:21,6/1, 3. Rütch 30:23,2/2, 4. Ulrich (beide DDR) 30:35,0/1, 5. Eder (Österreich) 31:00,0/0, 6. Lirhus (Norwegen) 31:05,7/2, 7. Matous (CSSR) 31:07,5/0, 8. Wick (DDR) 31:11,8/2, 9. Jurecek (CSSR) 31:28,2/0, 10. Pichler 31:32,5/2, ... 17. Reiter

31:54,2/0, ... 22. Fischer (alle Deutschland) 32:02,7/3. - Stand im Weltcup: 1. Lirhus 97 Punkte, 2. Angerer 86, 3. Mougell (Frankreich) 83, 4. 7,5-km-Staffel: 1. DDR* (Wick 28:14,5/0, Rütch 25:12,2/0, Jacob 25:20,5/0, Ulrich 25:58,7/0), 2. Bundesrepublik Deutschland 1 (Fisch 28:29,8/1, Pichler 28:46,7/0, Angerer 28:08,4/0, Fischer 25:57,5/0), 1:47:32,5/0, 3. Norwegen 1:49:04,5/0,3.

SKISPRINGEN

Weltcup in Sapporo/Japan: 1. Akimoto (Japan) 240,2 (94,5+155,7), 2. Alonen (Finnland) 235,1 (94,5+140,6), 3. Steiner 231,1 (92,0+139,1), 4. Esser (beide Österreich) 216,1 (89+126,9), 5. Asphol (Norwegen) 213,5 (85+128,5), 6. Kales (Finnland) 210,9 (89+121,9), 7. Stjernem (Norwegen) 209,6 (89,5+120,1), 8. Hürner (Österreich) 206,9 (89,5+117,4), 9. Hauswirth (Schweiz) 203,7 (84+119,7), 10. Hastings (USA) 201,1 (84,5+116,6), ... 21. Schwarz (Deutschland) 177,6 (81+96,6). - Stand im Weltcup nach zwölf Konkurrenzrennen: 1. Weisskogel (DDR*) 125, 2. Nylkänen (Finnland) 93, 3. Ostwald (DDR*) und Buleu (Kanada) 87.

FECHTEN

Deutsche Meisterschaften in Nördlingen, Einzel, Degen, Finale: Bormann (Taubertshausen) - Bellmann (Warendorf) 10:6, um Platz drei: Pusch - Fischer (beide Taubertshausen) 12:11. - Säbel, Finale: Stratzmann (Taubertshausen) - Scholz (Darmstadt) 12:11, um Platz drei: Schneider - Cernohousky (beide Taubertshausen) 10:6, 5. Platz: Volkman (Bonn), 6. Kiffer (Aistfeld), 7. Nolte (St. Augustin), 8. Theuerkauff (Bonn).

HANDBALL

Krisensitzung mit Schobel

dpa/sid, Falköping

Torhüter Andreas Thiel konnte sich nicht erinnern, jemals in einer so schwachen Mannschaft gestanden zu haben. Nach der 20:24-Niederlage gegen Spanien beim Worldcup in Schweden findet die erste Krisensitzung des Deutschen Handball-Bundes gemeinsam mit dem Bundesausschuß Leistungssport bereits am Donnerstag in Frankfurt statt. Denn in Schweden belegte die deutsche Handball-Nationalmannschaft ohne Punktgewinn nur den letzten Platz. Sie ist am Nullpunkt angelangt. Bundestrainer Simon Schobel muß sich nun an folgender Bilanz messen lassen: 14 Siege, 16 Unentschieden und 19 Niederlagen.

Dieter Ehrlich vom Bundesausschuß Leistungssport fordert deshalb ultimativ: „Wir haben einfach keine Zeit mehr, noch weiter unten herumzukreben.“

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R. 1. Prapant (R. 1. Prapant), 2. Murano, 3. Amoro. Foto: 88/13, 10, 13, ZW: 552, 2. R. 1. Otranto (J. Piontek), 2. Jalta, 3. Penn. Foto: 56/28, 38, 30, ZW: 290, DW: 2324, 3. R. 1. Willem (A. Tylicki), 2. Mirkan, 3. Garuda. Foto: 24/12, 21, 12, ZW: 228, DW: 1272, 4. R. 1. Dingo (W. Kniese), 2. Bergpanther, 3. Allaro. Foto: 72/16, 12, 15, ZW: 164, DW: 848, 5. R. 1. Nauthi (D. Hic), 2. Weinbrand, 3. Amira. Foto: 38/16, 24, 20, ZW: 553, DW: 2688, 6. R. 1. Nandor (P. Schiergen), 2. Ricca, 3. Gomera. Foto: 88/14, 16, 15, ZW: 652, DW: 1738, 7. R. 1. Soade (F. Jungmann), 2. Baleb, 3. Eposkita. Foto: 152/20, 15, 15, ZW: 480, DW: 1484, 8. R. 1. Picobello (D. Hic), 2. Gangster, 3. Bumbury. Foto: 168/82, 46, 42, ZW: 2652, DW: 26 632, 8. R. 1. My Love's Hope (M. Tunc), 2. Troubadour, 3. Royal Sea. Foto: 44/21, 30, 20, ZW: 479, DW: 2600.

GEWINNZAHLEN

Letzte: 3, 7, 16, 24, 28, 46 Zusatzzahl: 18. - Spiel 77: 0 1 8 2 1 8 0. - Toto: Effertwette: 2, 1, 1, 2, 2, 0, 1, 1, 0, 2. (Ohne Gewähr).

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.

Dozent Dr. med. habil.

Wolfgang Gattig

19. 9. 1911 - 14. 1. 1984

Im Namen der Familie
Rosmarie Gattig2 Hamburg 65
Wibbeltweg 3

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis auf dem Waldfriedhof Wohldorf-Ohlstedt stattgefunden.

Am 13. 1. 1984 verstarb plötzlich und unerwartet unser Mitarbeiter, Herr

Gerd Neuber

geboren am 31. 5. 1933

Herr Neuber war 19 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und verantwortungsbewußten Mitarbeiter. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

der

Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 24. 1. 1984, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof Altona, Stadionstr. 5, statt.

Am 15. Januar 1984 verstarb im Alter von 90 Jahren

Herr Bergassessor a. D.

Ulrich Feit

Der Verstorbene war über 35 Jahre lang bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1958 als Bergwerksdirektor in der deutschen Kaliindustrie tätig, in den letzten Jahren zugleich als Vorstandsmitglied der Vereinigten Kaliwerke Salzdettfurth AG auf dem Kaliwerk Hattorf in Philippsthal an der Werra. Ausgezeichnet mit hohen menschlichen und fachlichen Qualitäten hat er sich große Verdienste um die deutsche Kaliindustrie erworben, an deren Entwicklung und Wiederaufbau nach dem Kriege er maßgeblichen Anteil hatte.

Wir trauern um eine bedeutende Persönlichkeit, der wir großen Dank schulden.

Kali und Salz Aktiengesellschaft

Kassel, den 23. Januar 1984

Die Trauerfeier hat in aller Stille stattgefunden.

Laßt uns Brücken bauen
über Gräber hinweg,
von Mensch zu Mensch,
von Volk zu Volk.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Haupt-Str. 2 · 3500 Kassel · Postfach 103380 · 3401

Am 18. Januar 1984 verstarb im Alter von 91 Jahren Herr

Generaldirektor i. R.

Dr. Hans Constantin Paulssen

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Mehr als drei Jahrzehnte war der Verstorbene mit unseren Unternehmen auf das engste verbunden. Seit dem Jahre 1942 gehörte er in Fortsetzung einer Familientradition unseren Mitgliedervertretungen und Aufsichtsräten an, viele Jahre davon als Aufsichtsratsvorsitzender. Sein Vater, Staatsminister Dr. Arnold Paulssen, war von 1895 bis 1942 führend in unseren Gremien tätig.

In schwerer Zeit, in die auch der Wiederaufbau unserer Unternehmen im Westen fiel, hat der Verstorbene mit seinen reichen Kenntnissen und Erfahrungen in souveräner Art zukunftsweisende Entscheidungen mitgestaltet. Besondere Verdienste erwarb er sich um Schaffung und Festigung der Gothaer Versicherungsgruppe.

Seine starke Persönlichkeit und seine vornehme Gesinnung gewannen ihm die Zuneigung und die Hochachtung aller, die ihn kennengelernt haben.

Wir werden seiner stets in Dankbarkeit, Treue und Verehrung gedenken.

Gothaer Versicherungsgruppe

Gothaer Lebensversicherung a. G., Göttingen
Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Göttingen
Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln
Gothaer Rückversicherung AG, Köln

Die Mitgliedervertretungen Aufsichtsräte Vorstände

Billig-Flüge

weltweit
0 81 03/6 30 31
0 82 03/1 29 83
Tx. 4 195 363Familienanzeigen
und Nachrufekönnen auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werdenTelefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30Berlin
(0 30) 25 91-29 31Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert
StrohmDeutschland-Korrespondenten: Berlin:
Klaus Böttger, Karin, Klaus Götzel, Peter
Woritz; Düsseldorf: Dr. Wilh. Hübner,
Joachim Grottel, Harald Pöy, Frank
Woritz; Dr. Dinkwart, Christmann (englisch)
Korrespondent für Südamerika/Lateinamerika:
Jorge Adame, Joachim Weber, Hamburg:
Berndt Schilling, Jan Brech, Käte Wenzel
u. M.; Hannover/Kiel: Christoph Grotzel
Schwerdt von Schwemmerfeld (Politik); Han-
nover: Daniela Schmidt (Wirtschaft); Mün-
chen: Peter Schmitt, Dinkwart, Saffa;
Münster: Zing-Hu Kuo, Werner WeitzelChefredakteur (Inhalt): Joachim
HübnerAuslandskorrespondenten: Wilhelm Hübner:
London: Fritz Wirth, Wilh. Hübner; Mos-
kau: Friedrich H. Wenzmann; Paris: August
Grotzel; Rom: Joachim Schmidt; Bonn:
Friedrich Mackensen; Stockholm: Rainer
Schmitt; Tokio: Peter Schmitt, Dinkwart, Saffa;
Münster: Zing-Hu Kuo, Werner WeitzelAuslandskorrespondenten: WELTADP:
Albanien: H. A. Antonow; Belgien: Peter H.
Hübner; Bulgarien: Dr. Hübner; China: Peter
Hübner; Dänemark: Dr. Hübner; Deutschland:
Klaus Böttger, Karin, Klaus Götzel, Peter
Woritz; Frankreich: Dr. Hübner; Griechenland:
Klaus Böttger, Karin, Klaus Götzel, Peter
Woritz; Italien: Dr. Hübner; Japan: Dr. Hübner;
Korea: Dr. Hübner; Lateinamerika: Dr. Hübner;
Niederlande: Dr. Hübner; Norwegen: Dr. Hübner;
Österreich: Dr. Hübner; Polen: Dr. Hübner;
Portugal: Dr. Hübner; Rumänien: Dr. Hübner;
Schweiz: Dr. Hübner; Spanien: Dr. Hübner;
Sowjetunion: Dr. Hübner; Tschechien: Dr. Hübner;
Türkei: Dr. Hübner; Ungarn: Dr. Hübner;
Vereinigtes Königreich: Dr. Hübner; West-
deutschland: Dr. Hübner; Westfalen: Dr. Hübner;
Wien: Dr. Hübner; Zypern: Dr. HübnerZentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger
Allee 65
Tel. (0 22 2) 30 41, Telex 5 97 745300 Bonn 61, Kirchstraße 60, Redaktions-
Tel. (0 22 2) 3 20 10, Telex 124 611; Anzeigen:
Tel. (0 22 2) 25 91 29 31/32, Telex 1 94 0115300 Hamburg 20, Kaiser-Wilhelm-Str. 1,
Tel. (0 40) 54 71, Telex: Redaktion und Ver-
waltung: Tel. (0 40) 54 71, Anzeigen: Tel. (0 40)
5 47 03 80, Telex 5 17 001 775300 Bonn 2, im Teichbruch 100, Tel.
(0 22 2) 10 11, Telex 5 22 819
Anzeigen: Tel. (0 22 2) 10 11, Telex 5 22 819
Tel. (0 22 2) 10 11, Telex 5 22 8195300 Bonn 2, im Teichbruch 100, Tel.
(0 22 2) 10 11, Telex 5 22 819
Anzeigen: Tel. (0 22 2) 10 11, Telex 5 22 819
Tel. (0 22 2) 10 11, Telex 5 22 8195300 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel.
(0 69) 71 71 11, Telex 4 12 40
Anzeigen: Tel. (0 69) 71 71 11, Telex 4 12 40
Tel. (0 69) 71 71 11, Telex 4 12 405300 München 40, Schellingstraße 20-42, Tel.
(0 89) 3 30 13 01, Telex 5 23 61
Anzeigen: Tel. (0 89) 3 30 13 01, Telex 5 23 61
Tel. (0 89) 3 30 13 01, Telex 5 23 615300 München 40, Schellingstraße 20-42, Tel.
(0 89) 3 30 13 01, Telex 5 23 61
Anzeigen: Tel. (0 89) 3 30 13 01, Telex 5 23 61
Tel. (0 89) 3 30 13 01, Telex 5 23 61

Monatsabonnement bei Zustellung durch
die Post oder durch Träger DM 5,50 ein-
schließlich 7% Mehrwertsteuer. Ausland-
abonnement DM 22,- einschließlich Porto.
Der Preis des Leserscheinabonnements wird
auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnenten-
verträge sind in vorrätiger Auflage.

Bei Nichtbestellung ohne Vorwissen des
Verlegers oder infolge von Störungen des
Arbeitsbetriebes bescheiden keine Ansprüche
gegen den Verlag. Abbestellungsbedingun-
gen können mit zum Monatsende ange-
geben werden und müssen bis zum 10.
des laufenden Monats im Verlag schriftlich
vorliegen.

Geldige Anzeigenpreise für die Deutsch-
sprachige Nr. 19 und Kombinationen mit
DIE WELT und dem SONNTAG Nr. 19
und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984,
für die Hamburg-Angabe: Nr. 48

Ausländische Publikationsorgane der Berliner
Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der
Frankfurter Wertpapierbörse, der
Hannoverschen Wertpapierbörse, Hamburg,
der Münchener Wertpapierbörse, München,
der Stuttgarter Börse, Stuttgart, und der
Südwestdeutschen Wertpapierbörse
zu Stuttgart.

Für unverkauft abgesetztes Material keine
Rückzahlung.

Die WELT erscheint mindestens viermal
jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-
REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000
Hamburg 24, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.

Nachdruckverbot: Reinhold Prechtel

Herstellung: Werner Knoch

Anzeigen: Dietrich Wöhring

Vertrieb: Gerd Dieter Löffel

Druck: in 5300 Bonn 10, im Teichbruch 100;
5300 Hamburg 20, Kaiser-Wilhelm-Str. 1

Pankraz, Maxim's und das neue Mittelmeer

Dem Trott mitteleuropäischer Verhältnisse für einige Zeit entronnen, sitzt Pankraz an pazifischen Gestaden und denkt darüber nach, ob es dann wirklich stünde, was ihm hiesige Intellektuelle immer wieder voll Selbstbewußtsein versichern: daß nämlich diese riesige Wasserschüssel, genannt Pazifischer Ozean und umflankt von Kalifornien, Japan, China, Australien, das „neue Mittelmeer“ sei, Mittelpunkt, Kraftzentrum und geistiges Experimentierfeld der modernen Welt, so wie eben das Mittelmeer das Kraftzentrum der antiken Welt war.

Die Dimensionen, soviel steht fest, sind einigermassen deckungsgleich. Zwar ist der Pazifik unendlich viel größer als das Mittelmeer, aber dafür haben sich auch die Kommunikationsmöglichkeiten ins Phantastische gesteigert. Ein Kalifornier oder Hawaiianer fühlt sich einem Taiwaner oder Japaner räumlich mindestens so nahe wie einem Römer einem Karthager oder einem Griechen einem Ägypter. Und der räumlichen Nähe folgt die geistige: Viele Kalifornier, auch solche europäischer Abstammung, wissen sich z. B. den Taiwan-Chinesen längst viel enger verbunden als einem beliebigen Europäer; von den Hawaiianern zu schwelgen, die ohnehin „melting pot“ aus Weißen, Japanern, Chinesen, Polynesiern und Filipinos entstammen.

Sie alle eint eine Art „pazifisches Bewußtsein“, ein wachsendes Überlegenheitsgefühl gegenüber den „Nicht-Pazifikern“, das sich in erster Linie aus technischen, vor allem kommunikationstechnischen Errungenschaften speist. Wenn der Abend kommt am Strand von Waikiki, stecken die Hotels, statt die elektrische Strandbeleuchtung einzuschalten, altpolymerische Folien in eigens dafür angebrachte Halterungen. Der Anblick der unzähligen flackernden Naturfeuer vor dem Hintergrund von Kokospalmen und rauschender Brandung ist prachtvoll und urwüchsig, doch er täuscht keinen Moment darüber hinweg, daß wir uns in Computerland befinden und an der Spitze des Fortschritts marschieren.

In seinem (Durchschnitts-)Hotelzimmer verfügt Pankraz hier über einen Zimmercomputer, der seine sämtlichen Service-Forderungen einlesen kann, die er für die Dauer seines Aufenthalts an die Hoteldirektion hat. Er kann mit dem Gerät Flüge buchen, Konten überprüfen, Telegramme aufgeben und wahrscheinlich noch vieles mehr, von dem er gar keine Ahnung hat. Sein Zimmer-Fernseher bietet eine ganze Latte amerikanischer und japanischer Programme, inklusive das Privatprogramm des Hotels selbst und das Programm einiger örtlicher Einkaufszentren, das freilich nur aus Hulahula-Tänzen und Werbespots besteht. Angeschlossen ist ferner eine „Pay-TV“-Vorrichtung, mittels derer er fast beliebig viele der neuesten Hollywoodfilme auf seine Mattscheibe zaubern kann. Der Zimmersafe ist erdbebensicher und kann ebenfalls mit dem Computer codiert und programmiert werden. Die Zimmertür schließt man zu oder auf, indem man eine Lochkarte mit persönlichem Code in einen Schlitz steckt. Manchmal versagt das System.

Pankraz

Bei weitem noch nicht alles klappt mit der Elektronik, und einiges kommt ernst. Männer wie überflüssige Spieler vor. Überhaupt scheint das Leben an der Pazifikküste in vielen Gegenden ausgesprochen spielerische Züge zu tragen. Zwar arbeitet man hart und präzise, aber zur präzisen Härte treten Phantasie und ein fast manischer Hang, alles mögliche auszuprobieren, „Lücken“ zu entdecken und sofort auszufüllen, eine Vorliebe für starke Farben. Das „Römische“ und das „Griechische“, ist man versucht zu sagen, gehen dauerhafte Symbiosen ein, und zwar keineswegs nur in Kalifornien, sondern auch in Japan und Taiwan, von Hawaii wiederum zu schwelgen. Fast unbekannt sind, nach den Beobachtungen von Pankraz, Wehleidigkeit und Anspruchsdenken. Das Leben macht immer irgendwie Spaß, selbst dort noch, wo Sekten den angeblich nahe bevorstehenden Untergang der Welt predigen.

Überall wird der „Unterhaltungswert“ großgeschrieben. „Brot und Spiele“ - jener Schlußruf der antiken Massen gilt auch hier. Alles, was einem kulturell an Europa und der Ostküste noch gut dünkt, trachtet man an sich zu ziehen: den Glanz der Oper, die Bayreuther Festspiele (denen Seattle Konkurrenz zu machen anfängt), den Reichtum der Museen, den Lebensstil der alteuropäischen Oberklassen (oder was man dafür hält), ihre Weine, ihre Rezepte und Marotten. Auf der „Ginza“ in Tokio gibt es abendliche Haute Couture wie nur irgendwo in Paris, und selbst im kommunistischen Peking hat man kürzlich ein „Maxim's“ eröffnet.

Dieses Peking „Maxim's“, bei uns als Kuriosität belächelt, gilt am Pazifik als sphinxhaftes Signal der Öffnung. Jedermann in Honolulu scheint es zu kennen, und es löst gleichzeitig Triumph und Bangigkeit aus. Die Chinesen, so weiß man, sind die große Unbekannte im politischen und kulturellen Spiel am neuen Mittelmeer. Die Russen empfinden man als politische Bedrohung, nicht als technische und kulturelle Herausforderung. Die „Europäer“ sind dekadent und zum Untergang verurteilt; man wird ihre verkommenen Stätten bald so besuchen, wie im 19. Jahrhundert ein britischer Gentleman griechische Ruinen besuchte. Aber vor den Chinesen hat man Respekt.

Zur Zeit spielen sie noch die Rolle der neuen Phönizier. Was sie leisten können, sofern man sie läßt, zeigen sie auf Taiwan, in Hongkong und Singapur. Wird eines Tages auch der schlafende Festlandriesen zu grandioser Kreativität erwachen? Wird Peking eines Tages zum neuen Karthago werden, und wird es dann die „Griechen“ und „Römer“, die Kalifornier und Japaner, politisch in die Schranken fordern? Von der Beantwortung dieser Frage, alle am Pazifik wissen es, hängt das Schicksal des neuen Mittelmeers ab.

Gastgeschenk des Bundeskanzlers an Israel: Drei unbekannte Briefe des Zionisten Theodor Herzl

„Das Ziel ist hoch, der Weg ist weit“

Bundeskanzler Kohl wird bei seinem Besuch in Israel den Gästen drei bislang unbekannte Briefe von Theodor Herzl überreichen. Sie stammen aus Privatbesitz und wurden den Herausgebern der „Briefe und Tagebücher“ Theodor Herzls, deren erster Band im Frühjahr 1983 im Verlag Ullstein/Propyläen erschien, erst jetzt zugänglich. Der Adressat ist Carl Eduard Zöge von Manteuffel (1864-1950), ein „christlicher Zionist“, der als offizieller Gast am ersten Zionisten-Kongress in Basel 1897 teilnahm. Zöge von Manteuffel ließ mit eigenen Mitteln in St. Michael an der Etsch junge Juden zu Weinbauern heranbilden, die sich später in Palästina niederlassen sollten.

Hochverehrter Herr Baron, Ihre großmütigen Bestrebungen in der zionistischen Sache sind mir wohl bekannt und in Erinnerung. Wäre mir Ihre Absicht, nach Palästina zu gehen, früher bekannt gewesen, so hätte ich Sie gebeten, sich der von Thom. Cook arrangierten Reise des Londoner Maccabaeen Chub anzuschließen, dem ersten „Palästina-Pilgrimage“. Die Herren gingen am 6. April von London ab.

Die beiliegenden Empfehlungskarten werden Ihnen hoffentlich von Nutzen sein. Dr. D'Arbela in Jerusalem ist ein Prachtmensch. Die Herren Loewe und Gross kenne ich nicht persönlich, aber sie gehören zu unseren Freunden. Dr. Loewe ist Journalist, W. Gross Geschäftsmann.

Die Adresse des Herrn Schuh habe ich nicht. Sie werden von Gross in Jaffa hören, wo er ist. Zu Schuh habe ich viel Vertrauen. Er war bei mir, als er von der Berliner Palästina-Ausstellung kam.

Und nun habe ich eine große Bitte. Oder wenn Sie mir dieses Wort im Namen der Sache gestatten: einen Auftrag.

Ich höre von Mißbräuchen der Verwaltung in gewissen jüdischen Kolonien. Die Sache ist sehr ernst, weil die ganze Zukunft unserer Sache kompromittiert werden kann, wenn es ein

zelne schlechte gewissenlose Subjekt unter den Verwaltern gibt. Wollen Sie, Herr Baron, der Vertrauensmann sein, der das erforscht?

Wenn ja, bitte ich Sie sich mit meiner Karte an Bernhard Papiermeister in Jaffa zu wenden. Dieser wird Ihnen Mittel u. Wege zur Erforschung der Wahrheit angeben, u. ich würde Sie um einen genauen Bericht für den Münchener Congress bitten.

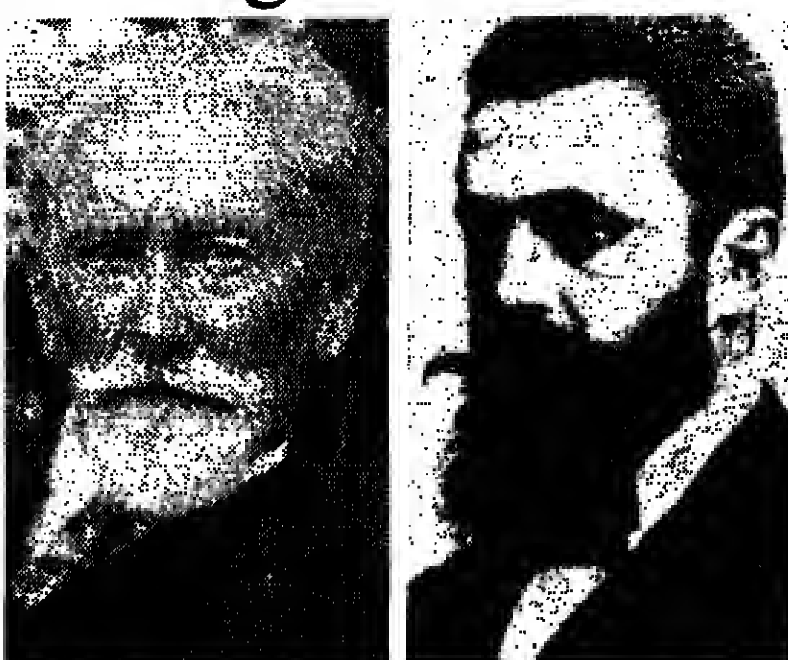
Wollen Sie sich dem Auftrage nicht unterziehen, der in einer gewissen Correlation mit Ihren eigenen Untersuchungen steht, so erblicke ich diese Karte zurück. In jedem Fall ist die Sache streng vertraulich zu behandeln. Es ist eine solche, die man nur einem Gentleman anvertrauen kann. Wollen Sie sich des Papiermeisters bedienen, so sind die anderen Karten natürlich nicht abzugeben, oder erst nach Beendigung Ihrer Enquête. Die anderen Herren dürfen von der Enquête nichts wissen.

In München beim Congress hoffe ich Sie jedenfalls zu sehen. Genehmigen Sie, Herr Baron, die Ausdrücke meiner hochachtungsvollen Ergebenheit.

Th. Herzl

Hochverehrter Herr Baron, Ihre freundlichen Briefe habe ich erhalten. Die Untersuchung, die ich Ihnen zugesagt habe, war nur als Untersuchung aufzufassen u. nicht als Spionage, denn sie ist nicht von Feindseligkeit eingegeben, sondern vom gerechten Wunsch den Klüffeln zu helfen, vorausgesetzt, daß es wirklich Verfolgte und nicht etwa bloße Querulanten sind. Ich will übrigens auf der Sache jetzt nicht mehr zurückkommen.

Es wird alle Zionstreunde sehr freuen, wenn Sie den Congress mit Ihrer Anwesenheit beehren. Die gewünschten „Vorarbeiten“ gehen gleichzeitig ab. Wenn wollen Sie diese schicken? Ich würde gern, welche Kreise Sie für die Zionsssache schon interessiert haben und welche Sie noch in Ihrem wohlwollenden Eifer zu interessieren gedenken. Wir



Der Zionist und der „christliche Zionstreund“ Theodor Herzl (rechts) und sein Briefpartner Baron Zöge von Manteuffel

können nicht genug Freunde werben. Das Ziel ist hoch, der Weg ist weit, und mes bons Juifs sind zuweilen recht mühslos - von den manvais Juifs gar nicht zu reden. Seit Jahr und Tag arbeite ich daran, vom deutschen Kaiser (der unsere Sache durch seinen Oheim von Baden kennt) ein Zeichen seiner öffentlichen Teilnahme zu erhalten. Würden Sie das nicht zufällig Rath? Auch dies bleibt natürlich streng unter uns.

Mit hochachtungsvollem Gruss Ihr dankbarer

Th. Herzl

Hochverehrter Herr Baron, herzlichen Dank für Ihren freundlichen Brief. Ich weiß nicht mehr, wie der junge Mann hieß, dem ich riet, sich an Sie zu wenden. Es wird schon der sein, von dem Sie schreiben. Persönlich kenne ich ihn nicht. Er schrieb mir und ich antwortete ihm. Auch für Ihren bereits ausgetragenen Schützling kann ich derzeit nichts thun. Diese u. viele ähnliche Fälle

beweisen nur, wie Recht ich habe, wenn ich zuerst die territoriale Grundlage schaffen will. Dann ist für alle Kräfte Platz. Warum gibt es unter den reichen Juden nicht mehr Leute, die them edlen und grossmütigen Beispiele folgen. Wir hielten weiter. Doch ist es eine so hohe Genugthuung mit Männern wie Sie durch ein gemeinsames Ideal verbunden zu sein, daß wir rastlos bleiben wollen.

Mein nächstes Ziel ist die Gründung der grossen jüdischen Bank. Ich hoffe, sie wird gelingen, wie der Congress gelang. Dann werden wir zweifello Succurs bekommen.

Es fällt mir ein: haben Sie vielleicht directe oder indirecte Beziehungen zu einer der europäischen Herrscherfamilien? Sollte dies der Fall sein, so könnte ich möglicherweise eine weitere Combination machen, die unsere Sache ein bisschen vorwärts brächte. Mit hochachtungsvollen Grüßen Ihr aufrichtig dankbarer

Th. Herzl

Gefühle auf der Achterbahn: M. G. Aragons Film „Dämonen im Garten“

Juanito, der Blechtrommler Spaniens

Manche Regisseure halten sich nicht an die Spielregeln. So sieht Manuel Gutierrez Aragon seinen jüngsten Film „Dämonen im Garten“ im Spanien von 1942 und 1952 an. Doch statt die erwartete Pflichtübung, die Abrechnung mit Francos Regime, zu absolvieren, erzählt er einfach Geschichten von einer herrlich konfuse Familie.

Im unruhigen Jahr 1942 bemüht sich Gloria, die „Königin des Schwarzmarkts“, ihren Klam zusammenzuhalten. Zwar hat ihr braver Sohn Oscar soeben die schöne Ana (Anna Belen) zum Altar geführt. Doch die tändelt mit Oscars leichtem Bruder Juan herum, der wiederum der scheuen und störrischen Angela (Angela Molina) den Kopf verdreht hat.

Hier fahren die Gefühle Achterbahn. Eben noch standen sich die feindlichen Brüder mit geladenen Pistolen im Stall gegenüber, da fallen sie einander auch schon um Verzeihung bettelnd in die Arme. Dann der Sprung.

Zehn Jahre später droht die Sippe zu zerfallen. Juan hat die unglückliche Angela einen kleinen Juanito beschert und sich rechtzeitig aus dem Staub gemacht. Oscar glaubt sich von Ana betrogen. Gloria gleiten die Zügel aus der Hand. Nun rückt Aragon Juanito als eine Art spanisches Oskar Matzerath in den Mittelpunkt des Szenenreignis.

Well er schwer krank ist, wird sein Bett mitten in Glorias geheimnisvollem Gemischwarenladen aufgestellt, der „El Jardin“, „Der Garten“ heißt. Rasch durchschaut der kleine Pascha alle Ränke der Erwachsenen und läßt sie wie Marionetten um sein Lager herumtanzten.

Die kunterbunte Unordnung dieses „Gartens“ mit seinen exotischen Waren und betörenden Düften hat Aragons Inszenierung geprägt. Denn der spanische Regisseur - trotz internationaler Achtungserfolge hierzulande fast unbekannt - knüpft keinen festen Handlungsstrang, sondern läßt

sein poetisches Garn vernünftig zerfransen.

Zwar fehlen seiner sprachhaften Chronik der epische Atem Luchino Viscontis und die surrealistischen Geistesblitze Luis Bunuels. Die einzelnen Anekdoten aber werden von hervorragenden Darstellern wie kleine Edelsteine auf Hochglanz poliert und funkeln in den kräftigen Farben des Südens. Das Kunststück der italienischen Brüder Taviani, die in ihrem Film „Die Nacht von San Lorenzo“ mit den Menschen zugleich eine politische Epoche porträtierten, gelingt hier nicht, ist wohl auch nicht beabsichtigt. Aragon bietet ein selten gewordenes Vergnügen: Reines Kino, dem gemächliche Abschweifungen, ein subtiles Balancieren zwischen Trauer und Komik, sowie pralle Sinnlichkeit wichtiger sind als das (zeitkritische) Gedankens Bläse. Nur die Dämonen, die durch den Titel geistern, jedoch sucht man in diesem liebevoll gemalten Sittenbild vergebens.

HARTMUT WILMES



Familienchronik aus dem Spanien Francos: Angela Molina und Encarna Paso in „Dämonen im Garten“

FOTO: ENDFILM

Ein Mozart aus den Kasematten: „Idomeneo“ unter H. Kupfer in Stuttgart

Gymnasten mit Singverpflichtung

In Mozarts „Idomeneo“ faltet sich die Opera seria in mächtigem Wurf noch einmal voll auf und sprengt sich gleichzeitig ein für allemal von der Bühne: Ein musikalisches Harakiri, an dessen Ende nicht der Tod, wohl aber das Leben steht. Die alte Kunstform der Opera in ihrer Abfolge von Arien und Rezitativen, dieser fast-fürerliche vokale Ein-Mann-Betrieb vor festlichen Kulissen, singt sich in wundervollem Schmelzen zu Grabe. Noch einmal zeigt Mozart die musikalische Gewalt, die sich in die vielbewunderte Herkömmlichkeit einbringen ließ. Gleichzeitig aber steht sein Werk auch schon unter bis dahin unvorstellbarem musikalisch-dramatischem Dampf.

Der Chor übernimmt im „Idomeneo“ eine neue aktive Rolle. Erste Ensembles wagen sich voller Bedeutung zukunftsweisend hervor. Mozarts „Idomeneo“ gleicht in diesem Punkt einer riesigen Werkstatt voller neuer, erstmals erprobter Modelle. Es ist ein genialstrebendes Experiment, verschleierte oft noch wie ein Monument vor seiner Enthüllung. Doch unter dem Schleier rumort es ausdrucksgesättigt in gewaltiger Schönheit.

Von dieser Schönheit aber will Harry Kupfer in seiner Neuzinszenierung im Kleinen Haus der Stuttgarter Staatstheater (Das Große ist noch wegen Renovierung geschlossen) nichts wissen. Er stürzt die Hülle ins Dunkel. Kreta wird ihm von Wolfgang Gussmann szenisch ausbetonierte Smog liegt über der Insel. In zerbrochenen Kasematten sammeln sich unter dem Knüttel die Gefangenen mit kleinem Flüchtlingsgepäck, die Kricken in der Hand,

den Hut auf dem Kopf, das Attache-Kofferchen unter dem Arm. Weiße Jubelmasken im Frohsinnsschiff putzen das Elend auf die Pfisterkastenschwaden der Rote-Kreuz-Schwärmer macht sich aufdringlich. Aus eilig montierten Lautsprechern walken die Fernchöre des Sieges auf die graue Masse der Elenden nieder. Kupfer greift inszenarisch tief in die Klischeekiste des nassen Jammers und räumt sie aus.

Markwürdig - in der zweiten Hälfte der Aufführung ist es damit wie abgeschnitten vorbei. Alle Fassen fallen. Eine Ernsthaftigkeit ohne ironische Fußnoten wächst langsam heran, die auf die inszenatorische Kiebigkeit der Kingasakte wohlwundend verzichtet. Plötzlich sind die jammervollen Kreter wie Trojaner Kupfer von Herzen schuppe. Die Aufführung konzentriert sich auf Leid und Leiden. Der Protagonist: Diesen Vater, der auf Göttergeheiß den eigenen Sohn schlachten muß, das Volk vor Vergeltung zu retten; diesen Sohn, dem allmählich Wissen um die tragische Verstrickung des Vaters erwacht; die beiden Frauen, aus denen zarte wie wütende Leidenschaft singt.

Kupfer scheucht sie alle in abrupten Wendungen, hin- und hergerissen von ihren explosiven Gefühlen, über die graue Bühne: Bodengymnasten, sie alle mit Singverpflichtung. Das zählt sich musikalisch nicht immer aus. Das Unglück ist überdies: Stuttgarts Schauspielhaus, das Ausweichquartier der Oper, ist mit einer Akustik geschlagen, die alles Orchester spiel mordet. Ein Kasematten-Mozart wird hörbar, der klingt, als kröche er aus Fernsehapparaten der frühen

sechziger Jahre: dumpf, unartikuliert, dicklich. Das ist gewiß nicht Dennis Russell Davies Schuld, auch nicht die des Orchesters. Chor und Solisten, im geringeren Maße gebildet, erregen der Aufführung ihren Rang, allen voran Rüdiger Woblers in der Titelpartie.

Woblers als Idomeneo besitzt, singend, königliche Autorität. Es gelingt seiner einzigartigen vokalen Kunstfertigkeit, Homolais deutsche Überklingung zu lassen: Ein Sänger auf dem Höhepunkt seines Könnens. Um Woblers ist bei allen Verzweiflungsanstrengungen, allem Entsetzen über das mörderische Geschehen, in das er verstrickt ist, große innere Ruhe. Seine Kunst leuchtet wie eine musikalische Zentralsonne über dem Werk. Sein Idomeneo verkörpert noch ein mal herrlich das alte Formprinzip der Opera seria. Wenn er am Ende dem Thron entsagt auf Geheiß des Gottes, ist es, als trete die alte Volkalkunst damit in den Ruhestand und bürde der Folgegeneration von Tenören den Erbgang auf.

Auf Zinko Socos Schültern drückt er einstellend noch ziemlich schwer, doch wird sich das wohl bald ändern. Der junge Sänger bringt alle Voraussetzungen zum Star mit. Eine blendende Physis, eine entwicklungsfähige Stimme, ein neuer Tenor, dessen Zukunft begonnen hat. Carmen Rapp singt die Szenen und Arien Elctas mit elektrisierender Spannung. Radli Viljakainen ist die sanftmütige Ila, Roland Bracht tönt mit Priesterkraft. Jubel für alle. Für Davies und Kupfer auch kräftig das Gegenteil.

KLAUS GETTEL

Thomas Bernhards neues Stück „Der Schein trügt“ in Bochum uraufgeführt

Wenn Minetti die Teller zerbricht

Der Schein trügt in der Tat: Es gibt kein neues Stück von Thomas Bernhard. Was jetzt unter dem Titel „Der Schein trügt“ in Bochum uraufgeführt wurde, ist eigentlich nur eine Variation dessen, was Österreichs führende Pessimismus-Schleuder schon vor Jahren mit dem Stück „Minetti“ begann. Der alternde Künstler und seine Lebenslügen. Und natürlich ist auch Bernhard Minetti in Bochum wieder dabei. Bekannte Gesichter, noch bekanntere Gefühle.

Claus Peymann führte Regie. Man war in Bochum unter sich, eingeschlossen das Premierpublikum. Man lachte über die schmalsten Witzchen und jubelte am Ende mit aller Gewalt. Aber warum hat man denn nun eigentlich gelacht? Das Stück kann es eigentlich kaum gewesen sein. Zwei Brüder, altgewordene Künstler - Artist spricht: Tellerjongleur der eine (Bernhard Minetti), Schauspieler der andere (Traugott Buhre) - treffen sich jeden Dienstag und jeden Donnerstag in schneibarer brüderlicher Eintracht. Aber natürlich trügt das - jeder ist des anderen Beizebul. Für sich allein und während ihrer Begegnungen breiten sie ausführlich ihre Vergangenheit aus.

Der Artist erzählt von Erfolgen in Beruf und Ehe. Mit beidem ist es aber in Wirklichkeit nicht weit her. 23 Teller hat der Jongleur an seinem besten Tag durch die Luft gewirbelt (vorher freilich war ihm wohl eine runtergefallen). Mit 50 ist er „abgetreten“, selbstredend „auf dem Zenit“. Und von da an scheint der Frührentner nur noch seine Frau Mathilde traktiert zu haben, die furchtbar falsch

Klavier gespielt hat und auch ansonsten dringend der Linderung durch ihren überlegenen Gatten bedurfte.

Aber Mathilde hat sich dafür gerächt. Sie hat bei ihrem Ableben testamentarisch das Wochenendaus nicht ihrem Mann, sondern dem Bruder vermacht. Das ist die ewige Wunde des alternden Artistenherzens. Wie konnte Mathilde nur so ungerecht sein.

Ungerecht war sie offenbar wirklich. Denn Bruderherz Schauspieler ist nun keineswegs besser als der Artist. Offenbar nur eine wirklich große Rolle. Den Tasso. Davon zeugt er. Den Lear möchte er gern spielen, aber erstens sind alle Schauspielerektoren, die er kannte, inzwischen gestorben. Und außerdem vergift der altgewordene Tasso dauernd den Text.

Aber auch sonst ist nicht viel viel ihm los. Er ist Hypochondr. Sein Leben lang krank. Erst die Lunge, dann die Nieren. Augenblicklich wohl die Galle. Ja, und mit Mathilde-irgendwie scheint das eine Ehe zu dicht gewesen zu sein, ohne daß der Bruder Artist das mitgekriegt hat. Vielleicht trügt aber auch der Schein. So wichtig ist das ohnehin alles nicht.

Also die übliche Bernhard-Mixtur. Ein paar Bösartigkeiten. Ein paar Witzchen. Viel Schlimmes über das Leben. Insbesondere über das Leben als Künstler. Ein paar Anleihen bei Samuel Beckett („Aschengut“) und Eugene Ionesco („Die Stühle“). Fünf oder sechsmal tauschen die Brüder gegensätzliche Meinungen darüber aus, ob die Hose gekürzt werden muß oder nicht. Ist der Wellenstich nun auf dem linken Auge blind oder nicht? Mathilde jedenfalls war der

Meinung. Oder: Bruder Schauspieler hat früher mal mit einem anderen „großen Schauspieler“ auf der Bühne gestanden. Wie hieß der wohl? Richtig geraten! Bernhard Minetti! Das Publikum jubelt.

Sonst geschieht eigentlich nichts in dem Stück. Es ist nicht mehr als ein guter Spielanlaß für zwei gute Männer. Und die hat man ja zu Verfügung. Bernhard Minetti spielt, wie er immer spielt. Die Hälfte seines Textes versteht man nicht. Er gleicht dem durch Knorrigkeit aus. Ein Alter, mit dem nicht gut Kirschen essen ist, wohl auch nicht war. Einer, der seine Enttäuschungen zu kleinen bis mittleren Bösartigkeiten sublimiert. Eine schöne Szene: Minetti am Spiegel, darüber nachdenkend, ob das Leben nun für die „Geschichte“ gereicht haben könnte. Er streckt sich die Zunge heraus. Halb Ironie. Halb Verachtung. Aber irgendwie selbstverständlich, beiläufig. Das triff.

Traugott Buhre fast noch eindringlicher. Er ist variantenreicher. Ein gelackter Pfeifer. Immer wie aus dem Ei gepellt. Aber irgendwie steckt dahinter mehr Kälte, mehr Berechnung. Manchmal, wenn Buhre von seinem Bruder spricht, bekommt sein Gesicht eine tödliche Härte. Hinter der Biedermeier-Maske lauert Gefahr.

Aber das ist's dann schon fast. Regie (Claus Peymann) und Bühnenbild (Erich Wönder/Andreas Breito) beschränken sich auf Arrangement und Rahmen. Ordentliches Gebrauchstheater. Von „Groß-Schriftsteller“ Bernhard hatte man sich dann doch etwas mehr erhofft.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Deutscher Musikrat beim Bundeskanzler

DW, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Deutschen Musikrat zu einem Gespräch über die Situation des deutschen Musiklebens empfangen. Die zunehmende Bedeutung der aktiven Beschäftigung mit Musik eines großen Teils der Bevölkerung wurde von Bundeskanzler Kohl als erfreuliche Entwicklung bewertet. Besonders positiv sei, daß sich heute mehr als zwei Millionen junge Menschen aktiv mit Musik in Musikschulen, Chören und Instrumentalgruppen beschäftigen. Den Projekten des Deutschen Musikrates zur Förderung des Laienmusizierens sowie der zeitgenössischen Musik sagte der Bundeskanzler seine Unterstützung zu. Der Bundeskanzler gab dem Deutschen Musikrat die Anregung, für das Europäische Jahr der Musik und das Internationale Jahr der Jugend 1985 ein Konzept auszuarbeiten, um qualifizierte junge Musikensembles dem Ausland vorstellen zu können.

Nach Moskau mit Hochhuths „Juristen“

AP, Göttingen

Zu Vorgesprächen über eine Gastinszenierung von Rolf Hochhuths „Juristen“ am Moskauer Künstlertheater wird der Intendant des Deutschen Theaters in Göttingen, Günter Fleckenstein, im Februar in die sowjetische Hauptstadt fliegen. Fleckenstein war schon im vergangenen Jahr von der Moskauer Bühne eingeladen worden. Jetzt soll der Termin festgelegt werden. Hochhuths Stück war am 14. Februar 1980 außer in Hamburg und Heidelberg in der Inszenierung Fleckensteins auch in Göttingen uraufgeführt worden.

Holland siegte beim Filmfest von Avoriaz

AFP, Avoriaz

Der niederländische Film „The Lift“ (Der Fahrstuhl) von Dick Maas wurde mit dem Großen Preis des 12. Festivals des phantastischen Films im französischen Wintersportort Avoriaz ausgezeichnet. Der Sonderpreis der Jury ging an den niederländischen Streifen „De vierde Man“ (Der vierte Mann) von Paul Verhoeven. „Dead Zone“ des Kanadiers David Cronenberg erhielt den Kritikerpreis, den „Suspense-Flicker“-Preis für einen besonders spannungsgeladenen Film sowie die „Goldene Antenne“ der französischen Fernsehstation „Antenne 2“.

Jewtuschenko stellt seinen ersten Film vor

AFP, Moskau

Jewgeni Jewtuschenko, Enfant terrible der sowjetischen Literaturszene, hat seinen ersten Film „Kinderarten“ vorgestellt. In dem autobiographischen Streifen schildert Jewtuschenko das Schicksal eines Jungen, Genia, der im Herbst 1941 vor den anrückenden deutschen Truppen nach Sibirien geschickt wird. Im Gegensatz zu den herkömmlichen sowjetischen Geschichtsfilmern, in denen es von Helden nur so wimmelt, entdecken in Jewtuschenkos Film die kritischen Augen eines Kindes auch Gauer und Spekulationen, die aus dem Schicksal der Geflüchteten Profit schlagen. An einem weiteren Tabu rüttelt der Regisseur, indem er Jugendliche zeigt, die Tag und Nacht in Waffenfabriken arbeiten. Der in Moskau, Estland und Sibirien gedrehte Film ist fast ausschließlich mit Amateurschauspielern besetzt. Er soll in den kommenden Wochen in den Moskauer Kinos herauskommen.

Roger Blin gestorben

AFP, Paris

Der französische Schauspieler und Regisseur Roger Blin ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Der Künstler hatte seine gesamte Karriere dem avantgardistischen Theater gewidmet und maßgeblich dazu beigetragen, daß in den fünfziger Jahren Werke „skandalöser“ Schriftsteller wie Jean Genet und Samuel Beckett auf der Bühne erschienen. Auch in Deutschland inszenierte Blin mehrfach Werke Genets.

Gegendarstellung

In der Ausgabe Nr. 4 der Welt vom 5. 1. 1984 ist unter der Überschrift „Die Lulu des Dr. Schön“ aufgeführt worden, daß eine Untersuchungskommission der Universität Essen herausgefunden habe, daß ich das Plagiat des bisherigen Rektors der Universität Essen, Herrn Prof. Dr. Gentsch, einer Illustrierten zugespielt haben müsse. Dies ist unzutreffend. Ich habe das Plagiat des Herrn Prof. Dr. Gentsch weder einer Illustrierten noch sonstigen Medien zugespielt; auch bin ich von einer „Untersuchungskommission“ zu diesem Sachverhalt nicht angehört worden.

Prof. Dr. Günter Schön.

In Messel buddeln jetzt Raupen und Bagger

Naturschützer unterlagen im Kampf gegen den Müll

H. H. KANNENBERG, Darmstadt

Der Ausbau der Tonschiefergrube Messel bei Darmstadt - weltberühmte Fundstätte für Fossilien - zu einer gigantischen Müllkippe für das gesamte Unterrhein-Gebiet ist nicht mehr aufzuhalten. Heute beginnen die Bauarbeiten. Am Freitag schmeterte die 3. Kammer des Verwaltungsgerichtes Darmstadt eine Klage von 35 Parteien (darunter die Gemeinde Messel) gegen den Planfeststellungsbeschluss des Landes Hessen ab (siehe WELT v. Samstag). Richter Rainer Eckert nach dem Studium von 8000 Aktenseiten in der Urteilsbegründung: „Das Gericht hält den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der Mülldeponie für rechtmäßig. Die vorgesehenen Schutzmaßnahmen reichen aus, eventuelle Gefahren abzuwenden. Wagt man die gegensätzlichen privaten und öffentlichen Interessen gegeneinander ab, so hat das öffentliche Interesse den Vorrang.“

Auf der Landkarte ein unbedeutender Fleck zehn Kilometer nordöstlich von Darmstadt, für die Fossilienforscher der Welt ein Mekka ihrer Wissenschaft: Die „Grube Messel“ ist ein stillgelegtes Ölschieferbergwerk, ein gigantisches, 700 000 Quadratmeter großes und 60 Meter tiefes Loch in der Sandebene zwischen Main und Odenwald. Aus diesem Loch holen Paläontologen seit 1875 Spuren der Frühgeschichte irdischen Lebens, wie sie in diesem Erhaltungssgrad (Erhaltungsschicht im Magen) kaum irgendwo sonst aus Tageslicht kamen. Das „Messel Urpferdchen“ etwa, ein hundegroßes Urpferd unseres Pferdes, das vor 50 Millionen Jahren statt Gras das Laub der Eozänwälder fraß. Oder der 1978 entdeckte „Zeit-Halbaffe“, der weltweit in Fachkreisen Aufsehen erregte. Dazu fossile Vögel, Fische und Tertiär-Krokodile.

Der umstrittene Plan, das einmalige Fossilien-Paradies bis 1986 in eine Mülldeponie zu verwandeln, die bis 2020 mindestens 25 Millionen Tonnen Verbrennungsschlacke, ungefährlichen Industrie- und Gewerbemüll und Klärschlamm aufnehmen soll, kann nun nach dem Darmstädter Ur-

teil realisiert werden. Ein Sprecher des Kreises Darmstadt-Dieburg quittierte die Entscheidung mit der Ankündigung: „Jetzt fangen wir gleich an zu bauen.“

Die Argumente der Kläger gegen den Planfeststellungsbeschluss lassen sich auf drei Punkte zusammenfassen: 1. Der Planfeststellungsbeschluss bietet keine Garantie dafür, daß die illegale Einlagerung von Giftmüll verhindert werde. 2. Es sei gefährlich, einen Müllberg mit einem Flutungs-potential von etwa drei Milliarden Kubikmetern ausgerechnet über einem latenten „Feuerofen“ aufzubauen. Die Ölschiefersohle neige zu Selbstentzündungen. 3. Ein „zentraler Mülldeponie für das gesamte Rhein-Main-Gebiet“ setze die Bewohner der Umgebung einer unzumutbaren Lärm- und Geruchsbelastung aus.

Das Gericht beugte sich mit seiner Entscheidung dem Druck der Notwendigkeiten, den das hessische Umweltministerium auf einen kurzen Nenner bringt: „Wenn die Deponie Messel bis 1986 nicht funktioniert, dann stehen wir im Rhein-Main-Gebiet vor der Müllkatastrophe!“ Der Widerstand der Fossilienforscher war schon vor dem Prozeß weitgehend ausgeräumt. Sie erhoffen sich vom Ausbau der Grube sogar Vorteile für ihre Arbeiten. Diese waren nämlich in den weichen Ölschieferschichten (40 Prozent Wasser, 60 Prozent Rohöl) von Jahr zu Jahr gefährlicher geworden, weil die Hänge in Bewegung geraten sind. Durch die teilweise Verfüllung der Grubenwände mit harter Verbrennungsschlacke werden die tonhellen Ölschieferböschungen verfestigt.

Nach Zusage der hessischen Oberbergämter „Glückauf“ darf die paläontologische besonders ergiebige Nordwestschöpfung der Grube, wo 90 Prozent der Funde entdeckt wurden, noch mindestens 20 Jahre lang weiter ausgegraben werden.

Ob die unterlegenen Kläger gegen das Urteil Revision einlegen werden, steht noch nicht fest. Der Beginn der Bauarbeiten würde dadurch freilich nicht verzögert.



Bei Temperaturen um 48 Grad C unter Null gebietet „General Winter“ selbst den Nigama-Fällen Einhalt. Der 52 Meter tiefe Wasserfall erstarrt. FOTO: DPA

Nichts ging mehr nach dem ersten Schnee

Staus bis zu 45 Kilometer auf den Autobahnen / Winterkatastrophen auch in USA und Schottland

DW, Köln
Anhaltende Schneefälle ließen gestern nachmittag den Straßenverkehr nahezu im gesamten südwestdeutschen Raum der Bundesrepublik Deutschland zusammenbrechen. In Nordrhein-Westfalen kam innerhalb von zwei Stunden auf den Autobahnen und Bundesstraßen zwischen Moers am linken Niederrhein und Lidscheid im westlichen Sauerland zu mehreren hundert Unfällen. Opfer der katastrophalen Straßenverhältnisse wurden hier vor allem die Heimkehrer aus den sauerländischen Fremdenverkehrsgebieten und aus der Eifel. Die in die Ballungszentren führenden Autobahnen zwischen Meinerzhagen und Schwerte und von Olpe nach Köln waren auf ihrer gesamten Länge von etwa 45 und 80 Kilometern durch Unfälle blockiert. „Es ging weder vorwärts noch rückwärts“, berichtete ein Polizeisprecher.

Die vom Wintersport zurückfluten-

den Autos bildeten auf allen Spuren einen einzigen Blechkolk. Unterbrochen war auch der vielbefahrene Ruhrschneelweg, die mehrspurige Bundesstraße 1, auf der gesamten Länge von Dortmund bis Gelsenkirchen in beiden Richtungen.

Die Schneefront vom Südwesten erreichte gestern nachmittag schnell als erwartet das Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Auch am Wiesbadener Autobahnkreuz und im Bereich des Frankfurter Kreuzes am Flughafen bis zum Offenbacher Kreuz und zum Autobahnkreuz Bad Homburg kam der Verkehr total zum Erliegen.

Schwere Schneestürme über Großbritannien haben am Wochenende vor allem den schottischen Norden fast vollständig lahmgelegt. Alle Straßen zwischen England und Schottland wurden in der Nacht zum Sonntag wegen Schneeverwehungen gesperrt. Tausende Autofahrer waren

im Schnee steckengeblieben und mußten von Hilfsmannschaften geborgen werden. Die Schneefälle und die Verwehungen durch den Sturm waren so gewaltig, daß einige Städte wie Inverness im äußersten Nordwesten vollständig vom Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten waren. In den schottischen Bergen wurden am Sonntag drei Bergsteiger vermißt, die am Vortag zu einer Klettertour aufgebrochen waren.

In der Bucht von Peterhead (Nord-schottland) riß sich eine Ölbühneninsel im Sturm aus ihrer Verankerung und trieb in der See. 29 der 51 Besatzungsmitglieder wurden von Hubschraubern geborgen.

Mehrere Züge, die wegen hoher Verwehungen auf freier Strecke steckenblieben, konnten erst nach stundenlangem Suchen aus der Luft gefunden werden, da sie völlig zugesneit waren. 30 Reisende eines Zuges wurden 90 Kilometer westlich von Inverness an Bord eines Hubschraubers gezogen, da keine Aussicht bestand, die Strecke in kurzer Zeit mit Schneepflügen freiräumen zu können.

Große Teile der USA sind zum zweiten Mal in diesem Winter vom „Sibirien-Express“ in eine starre Eislanschaft verwandelt worden. Am Samstag, dem vierten „Eiszeit“-Tag, meldeten zahlreiche Ortschaften neue Tiefsttemperaturen. Die gegenwärtige Kälteperiode hat schon wieder mindestens 29 Menschenleben gefordert. Während der ersten Kälteperiode dieses Winters waren in den USA in den letzten beiden Dezembertagen nahezu 500 Menschen umgekommen.

Die Invasion der Kälte - „Sibirien-Express“ genannt, weil sie aus der Sowjetunion über den Nordpol und West-Kanada einfließt - ließ in allen US-Bundesstaaten auf dem amerikanischen Festland das Thermometer unter den Gefrierpunkt sinken.

Staatsanwalt forderte zwei Jahre für Lübecker Kohlhaas

Gutachter attestierte Ströbel „Querulantenwahn“

da/DW, Lübeck

Eine auf Bewährung auszusetzende Freiheitsstrafe von zwei Jahren wegen Zerstörung eines Bauwerks und besonders schweren Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte hat der Staatsanwalt Freitag vor dem Lübecker Schwurgericht gegen den 50 Jahre alten Gebrauchtwagenhändler Leopold Ströbel gefordert. Die ursprünglichen Anklagepunkte des versuchten Mordes in Tateinheit mit einer ebenfalls versuchten Sprengstoffexplosion ließ der Angeklagte fallen.

Ströbel war im März 1981 mit einer umgebauten Planieraupe in das Gerichtsgebäude in Lübeck gefahren und hatte dabei die gesamte Eingangsfassade zum Einsturz gebracht. Die mit Dieselmotor betriebene Raupe, auf der zusätzlich ein gefüllter Gasdruckbehälter befestigt waren, war erst in der Eingangshalle des Gerichts zum Stehen gekommen.

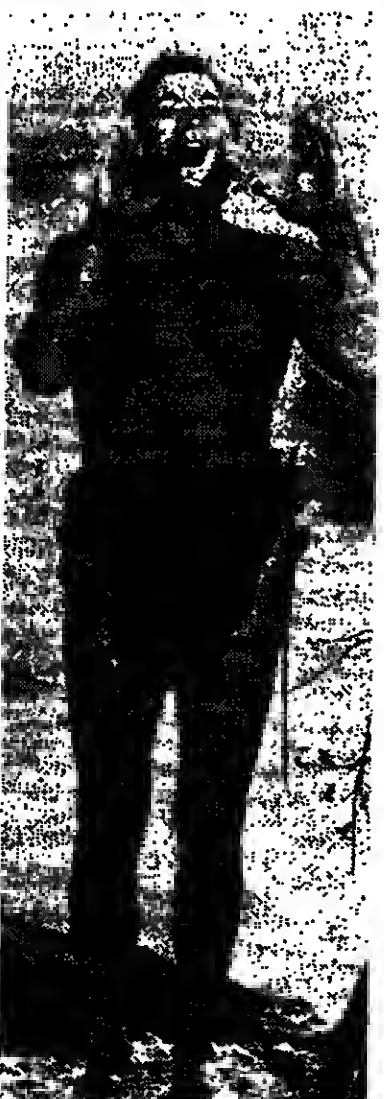
Mit der Tat wollte Ströbel gegen seiner Meinung nach ungerechte Urteile protestieren, die in mehreren zivilen Strafprozessen gegen ihn ergangen waren. Auf der Raupe, auf der der Mann quer durch das Stadtgebiet zum Gericht gefahren war, hingen außerdem Plakate mit dem Hinweis: „Vorsicht, Explosionsgefahr! Wir protestieren gegen ungerechte Gerichtsurteile.“

In seinem Plädoyer ging Oberstaatsanwalt Christian Ankermann

davon aus, daß dem Gebrauchtwagenhändler keine „mörderischen Absichten“ nachzuweisen seien. Bei der strafrechtlichen Würdigung des Falles sei es für die Staatsanwaltschaft darum gegangen, eine „angemessene Reaktion“ zu finden, um dem Angeklagten den weiteren Lebensweg nicht zu verbaun.

Ströbel leidet nach Ansicht des psychologischen Sachverständigen unter einem „nicht psychotischen Querulantenwahn“, unter vermindelter Einsichtsfähigkeit. Er ist aber weder krank noch schwachsinnig. Sein Verhältnis zur Justiz, mit der er in jahrelanger Auseinandersetzung steckt, ist stark affektiv; ihre abstrakten, formalen Argumente bleiben ihm unverständlich. Am schmerzhaftesten kann man Ströbel nach Ansicht des Kieler Psychologieprofessors Hermann Wegener treffen, wenn man ihn nicht ernst nimmt.

Eine jahrelange Steigerung der Gefühle endete sich in der Raupenfahrt. Die zunächst vorhandene Überbewertung der Idee, ungerecht behandelt zu werden, wurde für ihn schließlich zur Hauptlebensfrage: „Wir dürfen abends nicht mehr schlafen“, berichtete seine Frau, die treu und trotzig zu ihm steht. Alles in allem, nannte der Gutachter Ströbel eher gutmütig. Er brauche einen Therapieplan, der ihm Urteile verdeutliche, auf ihn eingehe und ihn beruhige.



Der beste „Tarzan“, den es je gab: Johnny Weissmüller beim Urscälen. FOTO: KINDERMANN

Niemand konnte ihm das Wasser reichen

SAD/dpa, Acapulco

Johnny Weissmüller war einst ein reicher, berühmter und kraftstrotzender Mann. Er starb arm, einsam und elend. Er saß im Rollstuhl. Seine Gesicht war ausgezehrt, sein Körper ausgemergelt. Geistig war er völlig klar. Er lächelte verkrümpt, weil er sein Zittern nicht mehr unterdrücken konnte. Zwei mexikanische Krankenpfleger mußten ihn pflegen, in das Bett legen, in den Rollstuhl setzen. Tagaus, tagein...

In der Nacht zum Samstag starb der 79jährige in Acapulco - ein Mann, der neun Schlaganfälle überlebt hatte. Sein „Tarzan“-Schrei „Aaaseeooo“ ist verstummt, für immer.

Johnny Weissmüller, geboren am 2. Juni 1904 in Chicago, war ein Star zu Wasser, zu Lande und in der Luft. „Er hat nicht gelitten, sondern ist ganz ruhig eingeschlafen“, nachdem er fast den ganzen Tag noch einmal den Blick aus Meer genossen hat“, erzählte seine aus Berlin stammende fünfte Frau Maria, mit der er fast 25 Jahre verheiratet war. Gestern schon wurde der Held von 18 Filmen, der in Mexiko wie ein Hero verehrt wurde, in Acapulco beerdigt. Rundfunk und Fernsehen begleiteten den erfolgreichsten Schwimmer der ersten Jahrhundert-Hälfte mit 67 Weltrekorden und fünf Goldmedaillen auf seinem letzten Weg.

Johnny Weissmüller war schon zu Lebzeiten Legende. Der Sport, der Film, seine Eskapaden wie seine Ehrlichkeit machten ihn zu einer Persönlichkeit. Trotz Verarmung war er so geblieben, wie es seinem Naturell entsprach: ein Charmeur, ein Schlitzohr, ein aufrechter Mann, der gern lachte und scherzte, gern ein Glaschen (zuviel) trank und - zur Freude seiner Umwelt - immer wieder den „Tarzan“-Urscälen „Aaaseeooo“ ausstieß. Als sich vor knapp einem Jahrzehnt sein Gesundheitszustand rapide verschlechterte, klaberten auch Englands Königin Elizabeth und US-Präsident Richard Nixon Genesungswünsche. Briefe mit der Adresse „An Tarzan, Mexiko“ kamen bei Weissmüllers an. Heilmittel aber, die ihm Freunde aus aller Welt anboten, verschmähte er.

Wer Weissmüller sagt, denkt an Schwimm-Weltrekorde und „Tarzan“. Er selbst hat es in seinen Memoiren deutlich gemacht: „Ohne Schwimmen wäre ich nichts.“ Zur Erinnerung: Als erster Mensch durchbrach er die Minuten „Schallmauer“ über 100 m Krawl (1922 - 58,6 Sekunden), fünf Goldmedaillen gewann er 1924 in Paris und 1928 in Amsterdam. 67 Weltrekorde stellte er auf und blieb jahrelang auf allen Strecken bis zu einer halben Meile unbesiegt.

Solch eine Karriere hatte keine Parallele, und so war es kein Wunder, daß sich auch der Film um ihn rief. Später der Metro Goldwyn Mayer Company lockten Weissmüller mit Greta Garbo und Clark Gable. „Ich sollte mit ihnen essen; das war damals der Wunsch eines jeden. Danach sagte man mir, ich solle auf einen Baum klettern und ein weglaues Mädchen wieder einfangen. 150 Bewerber waren angetreten - ich bekam die Rolle.“ Tarzan war geboren.

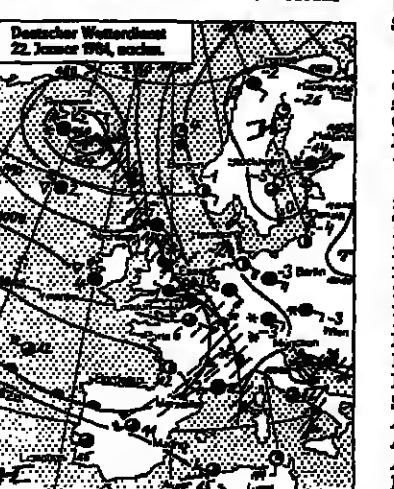
Den ersten Streifen drehte Weissmüller 1932, den letzten 1954. Geld ließ ihm so gut wie keins, weil er selbst kein Verhältnis dazu hatte. Sein erstes Drehbuch sah 60mal den auf der ganzen Welt berühmt gewordenen Urscälen vor, die wenigen Worte, die der Dschungelheld mit seiner hohen Fiestelstimme zu sprechen hatte, erschöpften sich in „Tarzan essen“, „Tarzan schwimmen“ oder „Ich Tarzan, du Jane“.

1954 trat der allererste von 13 Tarzan-Darstellern, dem keiner seiner Nachfolger das Wasser reichen konnte, zum letzten Mal vor die Kamera. Dann war auch diese Karriere vorbei, weil er Fett ansetzte. Selbst eine Konventionalestrafe von 5000 Dollar pro Pfund konnte nichts daran ändern.

Sein Geld haben vor Maria die vier anderen Ehefrauen kassiert. Dazu kamen später dann die Drinks. Als sich der alternde Star 1973 im Cesar's Palace in Las Vegas, wo er die Gäste begrüßen mußte, einen Hühnerbruch zuzog, begann sein körperlicher Verfall. Aber er wurde weder geisteskrank noch war er verrückt, wie man häufig las. Die Ärzte nannten Johnny ein medizinisches Wunder, weil er neun Schlaganfälle mehr oder weniger leicht wegsteckte. Nur die letzten einhalb Jahre konnte sich der einstige Schwimmstar nur noch im Rollstuhl bewegen. Mit dem Blick aufs Meer, den er genossen hat, lebte er wie in einer Filmkapsel - bis zum Tod. Der Rundfunksender von Mexiko-City unterbrach in der Nacht zum Sonntag seine Sendung und verbreitete stündlich die Nachricht vom Tod des Ehrenbürgers von Acapulco.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Eine von der Deutschen Bucht zur Adria verlaufende Tiefdruckrinne bildet die Grenze zwischen trocken-kaltem Luft im Nordosten und milderer Meeresluft im Südwesten.



Vorhersage für Montag:
Nordostlich der Elbe: Wolzig mit Auflockerungen. Nach trocken.
Südlich Rheingebiet: Meist stark bewölkt. Zeitweise länger andauernder Schneefall, später Schneereg.

Westliches Bundesgebiet: Zunächst Auflockerungen und weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittags von Westen her zeitweise Regen, um plus 4 Grad C, nachts kaum niedriger. In den Mittelgebirgen Schneefall.

Weitere Aussichten:
Auch im Nordosten unbeständig und kalte.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:			
Berlin	-3°	Kairo	17°
Bonn	-2°	Kopenhagen	-5°
Dresden	-4°	Las Palmas	15°
Essen	-3°	London	1°
Frankfurt	-2°	Madrid	11°
Hamburg	-2°	Mailand	2°
Leipzig	-1°	Mallorca	14°
München	-3°	Moskau	-5°
Stuttgart	-3°	Nizza	8°
Wien	-1°	Ost	-12°
Amsterdam	-2°	Paris	6°
Aten	15°	Prag	6°
Bucarest	15°	Rom	12°
Brisel	-1°	Stockholm	-5°
Budapest	-2°	Tel Aviv	16°
Bukarest	1°	Tunis	14°
Helsinki	-14°	Wien	-2°
Istanbul	11°	Zürich	0°

• Sonnenaufgang am Dienstag: 8.12 Uhr, Untergang: 18.56 Uhr; Nebelaufgang: — Uhr, Untergang: 11.16 Uhr.
• In KEZ, zentraler Ort: Kassel

Odyssee endete im griechischen Kleinstadtkloster

E. ANTONAROS, Athen

Einer der sensationellsten Kunstdiebstähle überhaupt, der die Polizei in Ungarn, Italien und Griechenland seit November vergangenen Jahres beschäftigt hat, ist nun gelöst worden: Den Hinweisen eines anonymen Anrufers folgend, haben griechische Polizeibeamte im Garten eines Klosters bei der Kleinstadt Agion, knapp 180 Kilometer westlich von Athen, sechs wertvolle Bilder italienischer Maler gefunden, die am 5. November 1983 aus dem Museum der Bildenden Künste in Budapest gestohlen worden waren.

Die zunächst unbekannten Diebe hatten ihre Aktion mit professioneller Akribie betrieben: Während das Budapest Museum restauriert wurde, drangen sie, wahrscheinlich als Bauarbeiter verkleidet, in die Ausstellungsräume ein, wo sie vermutlich auf defekte Alarmanlagen stießen, und verließen den Ort mit sieben Bildern von Raffael, Titorello, Tiepolo und Giorgione. Von den Gemälden, die zwar einen Versicherungswert von 28 Millionen Dollar haben, in Wahrheit aber unbezahlbar sind, wurde kurz darauf nur eines wiedergefunden.

Durch die Festnahme von zwei ungarischen Komplizen und Entdeckung eines Schraubenziehers und eines Plastikbeutels am Tisort konnte eine heiße Spur nach Italien zurückverfolgt werden. Drei der italienischen Justiz keineswegs unbekannte Berufsverbrecher wurden sofort festgenommen. Einer von ihnen namens Giacomo Marini gab interessante Informationen. Das wiederum führte die Spur ins griechische Städtchen Ites, unweit von Delphi. Dort will er seinem angeblichen Auftraggeber, dem Olivenhändler Eftimios Moschoklaidis, die Bilder übergeben haben.

Der auf diese Art und Weise beschuldigte Hellene ist mehr als eine lokale Größe: Er ist stammreich, in Griechenland gilt er als „König der Oliven“. Seine Firma, die den schlichten Namen „Oliven- und Ölverarbeitung“ trägt, exportiert jährlich 200 000 Tonnen Olivenöl ins Ausland.

Moschoklaidis, der in der griechischen Geschäftswelt als ein angesehener Unternehmer gilt, pocht auf seine weiße Weste und ist sicher, daß

ihm nichts nachzuweisen ist. Eine Hausdurchsuchung, die unmittelbar nach Marinis belastender Aussage erfolgte, brachte in der Tat keine Erkenntnisse. Gefunden wurde in Moschoklaidis' feudalem Wohnsitz nur eine unregistrierte Parabellum-Waffe.

Trotzdem wurde weiterhin recherchiert. Dabei kam heraus: Moschoklaidis hat einen in Amerika lebenden Bruder, ebenfalls sehr wohlhabend und äußerst kunstliebend. Das wiederum bekräftigte den von Anfang an bestehenden Verdacht, daß es sich in Budapest um einen sogenannten Auftragsdiebstahl gehandelt hat. Irgendein Kunstfanatiker, so spekuliert man in Fahnderkreisen, hat eine italienische Verbrecherbande mit der Entwendung der wertvollen Bilder beauftragt - gegen stattdessen Honorar selbstverständlich. Denn auf dem freien Kunstmarkt so bekanntes Diebesgut loszuwerden, ist unmöglich.

Als in der Nacht zum Freitag ein anonym Anrufer dem diensthabenden Offizier der Athener Polizei exakte Angaben über das Versteck der

Bilder machte, begann der letzte Akt: In einem vergriffenen, grünen Koffer im Garten des Klosters Panaghia Trypiti fanden die Polizisten tatsächlich die seit Monaten gesuchten Kunstwerke: Drei von ihnen waren noch eingekramt, die übrigen hatten die Diebe in Zeitungspapier eingewickelt, um den Transport zu erleichtern. Ein Experte der Athener Pinakothek stellte sofort fest, daß es sich um die Originale handelt. „Ihr Zustand ist erstklassig“, befand er. „Die Diebe haben sie mit größter Sorgfalt behandelt.“

Heute sollen ungarische Polizisten die Bilder nach Budapest zurückbringen. Die Suche nach den Hintermännern des Diebstahls ist freilich noch nicht beendet. Die Athener Polizei schweigt beharrlich über den aktuellen Stand. Aber die Art und Weise, wie die Bilder wiedergefunden wurden, verrät die Nervosität der Täter. Offenbar haben sie in letzter Minute kalte Füße bekommen und wollten das belastende Diebesgut so schnell wie möglich loswerden. Ob dieser Schachzug die Spur zu ihnen verwischen wird, bleibt abzuwarten. (SAD)

Größter britischer Geldraub vor der Aufklärung?

SAD, London

Nach neunmonatiger Intensivfahndung glaubt Scotland Yard, den ersten Durchbruch zur Aufklärung des größten Geldraubs in der britischen Geschichte erzielt zu haben. Am Wochenende wurde der Autobändler John Horsley (41) angeklagt, bei dem Raubüberfall auf ein Geld- und Wertsachendepot englische Banknoten im Wert von 25,5 Millionen Mark erbeutet zu haben. Drei weitere Verdächtige werden noch verhaftet. Der Überfall auf das Ost-Londoner Depot des Geldtransportunternehmens Security Express fand am Ostermontag vergangenen Jahres statt. Eine zum Teil mit Affenmasken getarnte bewaffnete Bande überfüllte die siebenköpfige Wachmannschaft und drohte, das Personal bei lebendigem Leib zu verbrennen. Für Hinweise, die zur Überführung der Täter führen, hat Security Express zwei Millionen Mark Belohnung ausgesetzt.

Familiengröße

AFF, Mailand

Ihren drogenabhängigen Sohn hat eine 52 Jahre alte italienische Mutter am Wochenende in Bassignana (Nord-italien) erschossen, als ihr der 17 Jahre alte Elio erklärte, er werde nach Mailand gehen und dort als Dealer Geld machen.

Noch 100 Jahre Wachstum

dpa, Paderborn

Ein Stopp im Wachstum der Weltbevölkerung ist erst in knapp 100 Jahren zu erwarten. Im Jahr 2080 werden sich fast zehn Milliarden Menschen auf dem Erdball drängen. Die jährliche Zuwachsrate liegt derzeit bei 1,7 Prozent. Diese Daten nannte am Sonntag beim Neujahrsempfang der Paderborner Universität der Berliner Politikwissenschaftler Prof. Karl Deutsch.

Seitensamer Fund

dpa, München

Ungefaßte Juwelen, Schmuck, Uhren, Ölgemälde und Ikonen hat die Münchner Polizei in einer verwahrlosten Wohnung in München sichergestellt. Es besteht der Verdacht, daß die Gegenstände von noch nicht abschätzbarem Wert aus Einbrüchen stammen. Mieter des Einzimmer-Apartments ist ein 47jähriger Schmuck- und Antiquitätenhändler.

400 000 Mark Belohnung

dpa, London

Die britische Versicherungsgesellschaft Lloyds hat 400 000 Mark Belohnung für Hinweise ausgesetzt, die zur Wiederbeschaffung des aus dem Londoner Auktionshaus Christie's gestohlenen Schmucks führen. Vier bewaffnete Banditen waren Freitag in die Ausstellungsräume eingedrungen und hatten Schmuck im Wert von vier Millionen Mark entwendet.

Bluts-, nicht wahlverwandt

dpa, München

Der CSU-Politiker Hermann Höcherl (71) und der als „roter Rudi“ von den Christsozialen immer gern geliebte Münchner SPD-Bundesagogeordnete Rudolf Schöbinger sind miteinander verwandt. Die Großmutter von Rudolf Schöbinger ist die Großmutter von Hermann Höcherl. Das fanden beide Politiker während einer Bahnfahrt heraus.

8500 Berliner heroinsüchtig

AP, Berlin

Rund 8500 Berliner sind der Heroinsucht verfallen. Der Drogenbeauftragte des Senats, Wolfgang Heckmann, wies darauf hin, daß derzeit mit einer jährlichen Steigerungsrate von 500 zusätzlichen Abhängigen gerechnet werden müsse.

Anzeige

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

VERBODEN VERBREITUNG IN DER BRD UND IN DEN LÄNDERN

Hinweis für den neuen Abonnenten:

Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendblatt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 50 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 50 30, 2000 Hamburg 36.

Bestellchein

Bitte befüllen Sie mit dem nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,50 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage), einseitige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Brief:

Telefon:

Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendblatt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 50 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift:

ZU GUTER LETZT

Dauerhaft nur für kurze Zeit, meldete gestern die Nachrichtenagentur AP.